

Beteiligentransparenzdokumentation

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst"

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/868)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juni 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "Thü- ringenForst"

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 12 des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst" vom 25. Oktober 2011 (GVBl. S. 273), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Die Finanzaufführung beträgt für das Jahr
2020 29.100.000 Euro,
2021 28.376.000 Euro,
2022 27.410.000 Euro
und ab 2023 jährlich 30.145.700 Euro zuzüglich einer
jährlichen Steigerung in Höhe von zwei Prozent erst-
malig ab dem Jahr 2024."

2. Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Zur Bewältigung der von Dürre, Sturm und Bor-
kenkäferbefall entstandenen außergewöhnlichen Son-
dersituation erhält die Landesforstanstalt zusätzlich zu
den in Absatz 2 Satz 2 genannten Beträgen Zuführun-
gen in Höhe von jeweils 4.000.000 Euro in den Jah-
ren 2019 bis 2022."

3. Folgender neue Absatz 5 wird eingefügt:

"(5) Zur Bewältigung des aufgrund des Klimawandels
notwendigen Waldbaus erhält die Landesforstanstalt
zusätzlich zu den in Absatz 2 Satz 2 genannten Beträ-
gen Zuführungen in Höhe von jeweils 11.000.000 Euro
in den Jahren 2021 bis 2036."

4. Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden die Absätze 6
und 7.

5. Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und folgende Sätze werden angefügt:

"Darüber hinausgehend kann die Landesforstanstalt bis zum Ablauf des 31. Dezember 2023 Kredite aufnehmen, um Waldgrundstücke zu erwerben. Eine Kreditaufnahme nach Satz 2 bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium."

6. Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 9.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Die Erhaltung des Waldes, der Waldumbau und die Sicherung sowie der Ausbau seiner gemeinwohl-, natur- und klimaschutzorientierten Bewirtschaftung ist eine vordringliche Aufgabe im gesamtgesellschaftlichen Interesse.

Nach den Sturmschäden in Thüringer Wäldern sowie den extrem heißen Sommern der vergangenen Jahre und der daraus folgenden Massentwicklung des Borkenkäfers ist nunmehr ein weiterer Dürresommer zu befürchten. Ein Großteil der Anpflanzungen und Kulturen ist vertrocknet und durch Schädlinge befallen. Die Ausbreitung des Borkenkäfers ist so hoch wie zuletzt vor mehr als 70 Jahren.

Der Holzmarkt ist zusammengebrochen. Die COVID-19-Pandemie hat zu weiteren, ganz erheblichen Einschränkungen des Holzmarktes geführt. Die Holzindustrie nimmt mangels Nachfrage kein Holz ab. Die Holzpreise waren zuvor durch den massenhaften Anfall von Schadholz ohnehin drastisch gesunken, sodass die Sanierung und der Absatz von Käferholz kaum noch möglich sind. Waldbesitzer können die Aufbereitung des Schadholzes nicht mehr finanzieren. Die Refinanzierung der Kosten der Wiederbewaldung ist nicht gegeben. Für viele Privatwaldbesitzer besteht die Gefahr des finanziellen Totalverlusts. Anders als andere Wirtschaftsbereiche kommt die Forstwirtschaft nicht aus einer der längsten und stärksten Boomphasen der Wirtschaftsgeschichte. Im Gegenteil: Die letzten zwei Jahre waren so katastrophal für die Thüringer Forstwirtschaft wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht. Sämtliche Reserven des Sektors sind aufgebraucht, Mitarbeiter und Betriebe erschöpft. Die Shut-Down-Maßnahmen zur Eindämmung des Anstiegs der Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus bedingen zudem erhebliche Einschränkungen bei der Waldbewirtschaftung, dem Holzabsatz und der Holzverarbeitung. Nach den Schäden durch klimawandelbedingte Extremwetterereignisse trifft die Forstwirtschaft mit Corona nunmehr ein dritter Großschaden.

Die Thüringer Forstverwaltung kann die aktuelle Krisensituation weder finanziell noch personell bewältigen, insbesondere fehlen Kapazitäten für die Beratung, Betreuung und Unterstützung der Waldbesitzer. Die Landesforstanstalt muss deshalb für die Wahrnehmung dieser und weiterer hoheitlicher Aufgaben finanziell unterstützt werden, um die katastrophale Gesamtsituation, erheblich verstärkt durch die COVID-19-Pandemie, akut sowie dauerhaft meistern zu können. Zusatzaufwand in Beratung, Förderung, Käfersanierung sowie Waldumbau auf riesigen Flächen ist nur mit zusätzlichem Personal und dieses nur mit zusätzlicher Finanzzuführung an die Forstanstalt zu realisieren.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel 1****Zu Nummer 1**

Mit der Anhebung und dauerhaften Festschreibung der Finanzzuführung auf dem Niveau des Jahres 2018 ab dem Jahr 2023 wird sichergestellt, dass bei der Landesforstanstalt ausreichend Personal für die Aufgabenerfüllung, insbesondere Unterstützung der privaten und kommunalen Waldeigentümer in den Bereichen Beratung und Betreuung, Fördermittelverfahren einschließlich Umsetzung und Kontrolle sowie für die Arbeitsausführung zur Verfügung stehen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie für die hoheitliche Aufgabenwahrnehmung der Landes-

forstanstalt werden damit abgedeckt und sichern die Unterstützung der privaten und körperschaftlichen Forstbetriebe wieder auf dem Niveau des Jahres 2018. Bis zum Ende des Jahres 2022 greift die gesonderte Zuführung nach § 12 Abs. 4 (siehe Nummer 2).

Die Anhebung und Festschreibung der Finanzaufführung ist zwingend erforderlich, damit neben den betrieblichen Aufgaben des Staatswaldes auch die sozialen, ökologischen und sonstigen hoheitlichen Aufgaben im bisherigen Umfang wahrgenommen werden können.

Die jährliche Steigerung um jeweils zwei Prozent ist erforderlich, um nicht wegen Besoldungs- beziehungsweise Tarifsteigerungen zwangsläufig Personal abbauen zu müssen. Zudem wird damit die übliche Indexierung von Finanzaufführungen für übertragene hoheitliche Aufgaben erstmalig festgeschrieben.

Zu Nummer 2

Die in § 12 Abs. 4 Satz 1 enthaltenen Zuführungen an die Landesforstanstalt werden für die Jahre 2021 und 2022 verstetigt. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Sondersituation im Wald unvermindert fortbesteht und ungeahnte Ausmaße annimmt.

Zu Nummer 3

Die Erhaltung der vielfältigen Leistungen und Wirkungen der Wälder aller Eigentumsformen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Auswirkungen der klimabedingten Schädigungen der Wälder auf die Absatzmärkte für Rundholz wurden durch die Corona-Pandemie noch deutlich verstärkt. Um großflächigen Waldverlust, verbunden mit einer extrem schwierigen wirtschaftlichen Situation für die betroffenen Waldbesitzer, künftig vorzubeugen, muss der Waldbau hin zu klimaresilienten Wäldern weiter und deutlich intensiver vorangetrieben werden. Ansatzpunkte dafür bieten zunächst die aktuell kalamitätsgeschädigten Flächen. Daneben sind jedoch auch bisher intakte, jedoch risikobehaftete Bestände umzubauen. Aufgrund der relativ langsamen Entwicklung von Waldökosystemen und des großen Flächenumfangs wird von einem Umbauzeitraum von zunächst mindestens 15 Jahren ausgegangen.

Der Landesforstanstalt kommt innerhalb ihres hoheitlichen Tätigkeitsfeldes eine zentrale Bedeutung im Zusammenhang mit dem Waldbau zu. Die von ihr zu leistenden Aufgaben erstrecken sich zum einen auf die konzeptionelle Planung (Grobkonzeption und Feinplanung) des Waldbaus über alle Waldeigentumsformen sowie die Steuerung, Koordinierung und fachliche Begleitung der Konzeptumsetzung. Das notwendige forstliche Vermehrungsgut in Form von Saatgut und Pflanzen ist abzusichern. Die Waldeigentümer sind bezüglich der Thematik Waldbau zu sensibilisieren und waldbaulich sowie hinsichtlich der Fördermöglichkeiten zu beraten und aktiv zu unterstützen. Bezüglich der Klimaveränderungen, der Baumarteneignung, des Waldschutzes und der Risikobewertung sowie der Bewirtschaftungsform sind Grundlagenerhebungen beziehungsweise aktualisierte Empfehlungen notwendig. In dem Zuge wie der Waldbau voranschreitet ist eine Dokumentation und Erfolgskontrolle erforderlich.

Für das Paket der genannten Maßnahmen ist ein Finanzbedarf von elf Millionen Euro jährlich über den Zeitraum von 2021 bis 2036 zu veranschlagen. Aktive Maßnahmen auf der Einzelfläche wie zum Beispiel Ansaat oder Pflanzung sind hierin nicht enthalten. Die hierfür erforderliche Liquidität müssen die Forstbetriebe aller Eigentumsformen selbst aufbringen beziehungsweise können dafür Fördermittel in Anspruch nehmen.

Zu Nummer 4

Redaktionelle Änderung

Zu Nummer 5

Im neuen Absatz 8 wird ein erweiterter Kreditaufnahmetatbestand geregelt. Da sich die Landesforstanstalt zurzeit in einer Phase der holzmarktbedingt schwindenden Liquidität befindet, kann sie den Ankauf forstlicher Flächen nicht mehr im notwendigen Umfang aus eigenen Mitteln sicherstellen. Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Holzmarkt wird es aber aktuell vermehrt zum Verkauf von Waldflächen kommen. Mit dem Gesetzentwurf wird daher ein erweiterter Kreditaufnahmetatbestand geregelt, der es der Landesforstanstalt ermöglicht, Waldflächen zu erwerben. Da sich der Waldflächenmarkt derzeit noch weiter dynamisiert, soll die Option der zweckgebundenen Kreditaufnahme bis zum 31. Dezember 2023 bestehen bleiben.

Durch einen Erwerb von Waldflächen durch die Landesforstanstalt kann in der aktuellen schwierigen Situation sichergestellt werden, dass eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Flächen erfolgt und die Waldflächen nicht als reines Investitionsobjekt gehandelt und im schlimmsten Fall schlecht bis gar nicht bewirtschaftet werden.

Mit dem Walderwerb würde zudem dem Anliegen von § 31 des Thüringer Waldgesetzes entsprochen und die Inanspruchnahme anstaltseigener Flächen, zum Beispiel durch Infrastrukturprojekte, aufgewogen. Zudem werden an die Bewirtschaftung des Staatswaldes besondere Anforderungen gestellt. Er hat nicht nur eine Vorbildfunktion zu erfüllen, sondern muss auch Aufgaben übernehmen, die andere Waldbesitzer nicht leisten können.

Langfristig stehen den durch den Erwerb von Wald begründeten Verbindlichkeiten Liegenschaftswerte gegenüber, die sich nach Ende der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Holzmarkt und dem Ende der Borkenkäferkalamität werterhöhend entwickeln werden.

Zu Nummer 6

Redaktionelle Änderung

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der CDU:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blechtschmidt

Bühl

Lehmann

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof
Forstbetrieb Marienberg-Gelobtland
Schutzgemeinschaft Thüringer Wald Thüringen e.V.
ThüringenForst
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.
Landesbeirat Wald & Holz Thüringen e.V.
Ökologischer Jagdverein Thüringen
Waldbesitzerverband für Thüringen e.V.
NABU Thüringen e.V.
Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.
Forstunternehmer Verband Thüringen
Deutscher Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V.
Katholisches Büro Erfurt
Familienbetriebe Land und Forst Thüringen
ThüringenForst
Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen
Technische Universität Dresden
Bund Deutscher Forstleute, Landesverband Thüringen
BUND Thüringen e.V.
Thüringer Forstverein e.V.
Thüringer Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbezirksinhaber e.V.
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

THÜR. LANDTAG POST
28.08.2020 11:30

19927/2020

Thüringer Rechnungshof · Postfach 10 01 37 · 07391 Rudolstadt



Der Präsident

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Durchwahl:

Verlangen des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten gemäß § 111 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:
10. Juli 2020

1. Gesetzentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/868

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Vorlage 7/644

Rudolstadt
28. August 2020

2. Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren

Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/1013

3. Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 7/724 – Neufassung

4. Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken

Antrag (Alternativantrag zu Drucksache 7/724) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/793

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten erhalten Sie zum oben genannten Beratungsgegenstand die Äußerung des Thüringer Rechnungshofs.

Mit freundlichen Grüßen

(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

Anlagen

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de



Der Präsident

Thüringer Rechnungshof · Postfach 10 01 37 · 07391 Rudolstadt

Thüringer Landtag
Mitglieder des Ausschusses
für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Durchwahl:

Ihr Zeichen:

– Drs. 7/868/1013/724

NF/793

Verlangen des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten gemäß § 111 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Ihre Nachricht vom:
10. Juli 2020

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben)

1. Gesetzentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/868

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Vorlage 7/644

Rudolstadt
28. August 2020

2. Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren

Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/1013

3. Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 7/724 – Neufassung

4. Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken

Antrag (Alternativantrag zu Drucksache 7/724) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/793

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zum Gesetzentwurf und den Anträgen nehme ich wie folgt Stellung:

A. Gesetzentwurf:

Gegen den Gesetzentwurf bestehen erhebliche Bedenken:

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

- I. Der Rechnungshof sieht nur einen geringen Zusammenhang zwischen der COVID-19-Pandemie und der Krisensituation der Forstwirtschaft.
- II. Die dauerhafte Festschreibung der Zuführungen an die Landesforstanstalt auf dem Niveau des Jahres 2018 steht im Widerspruch zu dem bisherigen forstpolitischen Ziel, die Waldbesitzer zu eigenverantwortlichem Handeln zu befähigen. ThüringenForst und den Waldbesitzern fehlt damit der Anreiz, im Nicht-Staatswald eigene Strukturen für die Bewirtschaftung aufzubauen. Gegen die bis 2022 befristete Sonderzuführung von jährlich 4,0 Mio. EUR bestehen keine Bedenken.
- III. Der Rechnungshof kann keinen Bedarf für eine Zuführung von 11,0 Mio. EUR jährlich (insgesamt 176 Mio. EUR bis 2036) für im Wesentlichen hoheitliche Aufgaben beim Waldumbau erkennen. Waldumbau ist eine kalamitätsunabhängige Daueraufgabe. Beratung der nicht-staatlichen Waldbesitzer und Konzepterstellung sollten im Wesentlichen aus der befristeten Sonderzuführung zu decken sein. Ein ggf. entstehender zusätzlicher Bedarf sollte im Haushaltsplan veranschlagt werden.
- IV. Der Rechnungshof lehnt die zusätzliche Kreditaufnahme zum Erwerb von Waldgrundstücken ab. Der Erwerb kalamitätsgeschädigter Flächen führt zu erheblichen Folgekosten für die Landesforstanstalt. Die Landesforstanstalt kann auch nicht objektiv vorab feststellen, ob potenzielle private Investoren ihren Wald ordnungsgemäß bewirtschaften werden. Um eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung sicherzustellen, reichen die Vorschriften des Thüringer Waldgesetzes aus.

B. Anträge der Fraktionen

- I. Der Rechnungshof teilt im Wesentlichen die Analyse zur Situation der Waldbesitzer.
- II. Der Rechnungshof unterstützt die Bitten an die Landesregierung, über den erreichten Stand der Landtagsbeschlüsse zur Kalamitätsbewältigung, zur finanziellen Unterstützung aller Waldbesitzarten sowie zum Stand des Waldumbaus zu berichten und den Aktionsplan Wald 2030 ff. finanziell zu untersetzen. Nur so hat der Landtag die Möglichkeit zur effektiven Steuerung der weiteren Maßnahmen und zur zielgerichteten Bewilligung von Haushaltsmitteln.
- III. Der Rechnungshof spricht sich gegen die Einrichtung eines Sondervermögens aus. Das Budgetrecht des Landtags würde dadurch ausgehöhlt. Die Errichtung verringert zudem die Haushaltstransparenz und widerspricht den Grundsätzen von Einheit und Klarheit des

Haushalts. Eine Kreditfinanzierung wäre aufgrund des fehlenden Zusammenhangs mit der COVID-19-Pandemie nicht zulässig.

- IV. Der Rechnungshof befürwortet eine Prämie für Waldbesitzer, sofern der erforderliche Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten in einem angemessenen Verhältnis zur gewährten Leistung steht. Ein geeigneter Parameter für die Bemessung der Prämie ist der jährliche Holzzuwachs. Aus dem Holzzuwachs kann ein direkter Zusammenhang zwischen CO₂-Bindung und Prämienhöhe hergestellt werden.

Zum Gesetzentwurf im Einzelnen:

zu I. Zusammenhang zwischen der COVID-19-Pandemie und der Krisensituation der Forstwirtschaft

Laut Begründung zum Gesetzentwurf sind die Änderungen wegen des zusammengebrochenen Holzmarktes und der COVID-19-Pandemie erforderlich. Durch die Shutdown-Maßnahmen seien die Waldbewirtschaftung, der Holzabsatz und die Holzverarbeitung stark eingeschränkt.

Bewertung

Richtig ist, dass der Holzmarkt, insbesondere für Nadelholz, aufgrund der Kalamitäten (Sturm und Borkenkäfer) zusammengebrochen ist. Die COVID-19-Pandemie hat sich auf die unmittelbare Waldbewirtschaftung sowie auf die Holzbe- und -verarbeitung (und damit den Holzabsatz der Industrie) hingegen nur geringfügig ausgewirkt. Die Arbeit der Forstunternehmer ist durch die Infektionsschutzmaßnahmen (Arbeit im Freien, Einzelarbeitsplätze) nicht eingeschränkt. Lediglich die Arbeitskräftebeschaffung aus dem Ausland ist durch Reisebeschränkungen teilweise erschwert. Im Juni 2020 beurteilten rund 71 % der deutschen Nadelholzsägewerke ihre Geschäftslage als gut, im Juli 2020 immerhin noch rund 61 % (Juni 2019: 44 %; Juli 2019: 42 %).^{1,2}

Die allgemeine Akzeptanz in der Bevölkerung, die durch die COVID-19-Pandemie finanziell Geschädigten durch höhere Ausgaben der öffentlichen Haushalte zu unterstützen, sollte nicht für die Unterstützung nur gering betroffener Bereiche missbraucht werden.

¹ Lückge: Geschäftslage der Nadelholzsägewerke deutlich besser, Holzzentralblatt 27/2020, S. 500.

² Lückge: Nadelholzsägewerke mit guter Geschäftslage, Holzzentralblatt 32/2020, S. 580.

zu II. Dauerhafte Festschreibung der Zuführungen an die Landesforstanstalt auf dem Niveau von 2018; Sonderzuführungen bis 2022 (Art. 1 Nr. 1 und Nr. 2 des Gesetzentwurfs)

ThüringenForst erhält gemäß § 12 Abs. 2 S. 1 des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts ThüringenForst“ (LForstAG TH) eine jährliche Zuführung für hoheitliche Aufgaben. 2020 beträgt diese Zuführung gemäß § 12 Abs. 2 S. 2 LForstAG TH 29,1 Mio. EUR³ und soll bis 2025 auf rund 24,3 Mio. EUR sinken. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass diese Zuführung bis 2023 auf rund 30,1 Mio. EUR steigen soll. Ab 2024 soll sie um jährlich 2,0 % steigen. Der Anstieg gegenüber der geltenden Rechtslage beträgt somit rund 7,0 Mio. EUR.⁴ Laut Gesetzesbegründung federt die Erhöhung die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die hoheitlichen Aufgaben ab. Die Festschreibung auf dem Niveau des Jahres 2018 soll sicherstellen, dass ThüringenForst ausreichend Personal für die Beratung und Betreuung der privaten und kommunalen Waldbesitzer zur Verfügung steht. Die jährliche Steigerung gleiche Tarif- und Besoldungsanpassungen aus und verhindere so den Zwang zum Personalabbau. Außerdem sei eine Indexierung für übertragene hoheitliche Aufgaben üblich.

Bewertung

Der Rechnungshof hatte die dauerhafte Festschreibung der Zuschüsse auf dem Niveau von 2018 bereits in seiner Stellungnahme (VL 7/393 an den HuFA) zum Entwurf des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG) kritisiert. Bislang war es erklärtes forstpolitisches Ziel, die Waldbesitzer zunehmend zu befähigen, eigenverantwortlich zu handeln. Die staatliche Betreuung der Privatwaldbesitzer und die Holzvermarktung durch staatliche Forstbetriebe sehen sich regelmäßig beihilfe- bzw. kartellrechtlichen Prüfungen ausgesetzt. Das Bundeskartellamt hat die staatliche Holzvermarktung für den Privatwald unter der Bedingung zugelassen, dass die Privatwaldbesitzer zunehmend dazu befähigt werden, in forstlichen Zusammenschlüssen eigenverantwortlich zu handeln und auch eigenes Personal zu beschäftigen. Mit der Festschreibung der Zuführung für hoheitliche Aufgaben fehlt ThüringenForst der Anreiz, die Privatwaldbesitzer in die Selbstständigkeit zu entlassen. Umgekehrt haben die Privatwaldbesitzer keinen Anreiz, eigene Strukturen für die Bewirtschaftung ihres Waldes aufzubauen, solange ThüringenForst die Beförderung zu nicht kostendeckenden Preisen anbietet.

Die Indexierung von 2 % entspricht zwar ungefähr den Besoldungs- und Tarifanpassungen der letzten Jahre. Unklar bleibt aber, woraus sich ableitet, dass eine solche Indexierung für übertragene hoheitliche Aufgaben üblich ist.

³ Zuzüglich 4,0 Mio. EUR Sonderzuführung gemäß § 12 Abs. 4 S. 1 LForstAG TH.

⁴ Durch die 2%ige Dynamisierung steigt die Zuführung 2025 auf rund 31,3 Mio. EUR.

Landesforstanstalten anderer Länder nehmen ebenfalls – wenn auch in anderem Umfang – hoheitliche Aufgaben wahr. Für diese hoheitlichen Aufgaben erhalten sie in der Regel Zuführungen nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans. Auch das Land NRW legte die Zuführungen für den Landesbetrieb Wald und Holz, dessen Aufgabenportfolio bis 2019 im Wesentlichen demjenigen von ThüringenForst entsprach, im jeweiligen Haushaltsplan fest.

Der Landtag sollte die Zuführungen deshalb nur – wie in Art. 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs vorgesehen – für einen bis 2022 begrenzten Zeitraum erhöhen. Gegen die zeitlich begrenzte Erhöhung bestehen keine Bedenken. Um die Selbstständigkeit der Waldbesitzer zu fördern, könnte danach der Erhöhungsbetrag auch als Zuwendung ausgereicht werden, um die Betreuung von privaten Dienstleistern einzukaufen. So fördert beispielsweise Nordrhein-Westfalen die Betreuung forstlicher Zusammenschlüsse durch Dienstleister mit bis zu 80 % der Kosten. Eine zusätzliche Förderung könnte allenfalls gewährt werden, wenn die Haushaltslage dies zulässt.

zu III. Zusätzliche jährliche Zuführung von 11,0 Mio. EUR in den Jahren 2021-2036 zur Bewältigung des Waldumbaus (Art. 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs)

ThüringenForst soll von 2021 bis 2036 jährlich 11,0 Mio. EUR, insgesamt also 176 Mio. EUR, zur Bewältigung des Waldumbaus erhalten. Laut Begründung soll dieser Betrag der Entwicklung und Umsetzung von Konzepten in Verantwortung von ThüringenForst dienen, das „notwendige forstliche Vermehrungsgut in Form von Saatgut und Pflanzen“ abzusichern und ThüringenForst in die Lage versetzen, die Waldbesitzer zu beraten und „aktiv zu unterstützen“. Nicht enthalten in diesem Betrag seien jedoch „aktive Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel Ansaat oder Pflanzung“. Die hierfür erforderliche Liquidität sollen die Forstbetriebe aller Eigentumsformen selbst aufbringen.

Bewertung

Weder aus dem Bericht der Landesregierung zum Umsetzungsstand des Aktionsplans Wald 2030 ff. noch aus den zusätzlich von der Staatskanzlei dem Rechnungshof zur Verfügung gestellten Unterlagen lässt sich entnehmen, auf welcher Grundlage dieser Zuschuss kalkuliert wurde. Da der Waldumbau eine kalamitätsunabhängige Daueraufgabe ist, sollten zumindest für den Landeswald bereits Vorarbeiten für ein solches Konzept geleistet sein. Zudem existiert nach Aussage der Landesregierung⁵ seit 2011 ein Konzept „zur Verwirklichung des seit dem Jahr 2009 formulierten Ziels, 100.000 Hektar Wald besitzübergreifend so umzubauen, dass diese Wälder auch bei sich

⁵ Antwort des TMIL vom 4. April 2019 auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Kießling, Drs. 6/7054.

ändernden klimatischen Bedingungen eine ausreichende Vitalität und Stabilität besitzen". Dieses Konzept sehe „grundlegenden Baumartenwechsel“ durch Pflanzung oder Saat auf rund 25.000 Hektar vor.

Auch die Beratung der Waldbesitzer zum Waldumbau ist eine kalamitätsunabhängige Daueraufgabe. Es sollte deshalb möglich sein, den personellen Bedarf für die Konzepterstellung aus der befristeten Sonderzuführung von 4,0 Mio. EUR zu decken.

Dagegen erscheint der Betrag von jährlich 11,0 Mio. EUR für die in der Begründung genannten Zwecke stark überhöht. Selbst unter der Annahme, dass 50 % des Betrages für externe Dienstleistungen und sonstigen Sachaufwand benötigt werden, können daraus immer noch rund 80 Beschäftigte der Entgeltgruppe E 10 oder 70 Beschäftigte der Entgeltgruppe E 13 zusätzlich vergütet werden.

Auch wenn man davon ausgeht, dass sich die Fläche für den „grundlegenden Baumartenwechsel“ durch die Kalamitäten verdoppelt hat und das bestehende Konzept überarbeitet werden muss, bedeutet dies, dass in der Summe 3.500 EUR je Hektar für konzeptionellen Aufwand und für die Betreuung der Waldbesitzer veranschlagt werden. Da Waldumbau in allen Eigentumsarten auch bisher schon mit dem vorhandenen Personal bewältigt wurde, ist ein derartiger Bedarf auch in der aktuellen Sondersituation nicht erkennbar.

Zusätzliche Zuführungen für die hoheitlichen Aufgaben beim Waldumbau sollten nur gewährt werden, wenn der Bedarf konkret untersetzt ist. Der Landtag sollte sich die Flexibilität bewahren, die Notwendigkeit dieser zweckgebundenen Zuführungen regelmäßig zu überprüfen. Eine jährliche Bewilligung im Rahmen des Haushaltsplans würde es ermöglichen, die Zuführung anhand des konkreten Bedarfs festzusetzen.

zu IV. Ermächtigung für ThüringenForst zur Kreditaufnahme zum Erwerb von Waldgrundstücken (Art. 1 Nr. 5 des Gesetzentwurfs)

§ 12 Abs. 7 des Errichtungsgesetzes lässt bereits jetzt eine Kreditaufnahme bis zu 15 Mio. EUR für Investitionen zu. ThüringenForst soll bis zum 31. Dezember 2023 zusätzlich Kredite aufnehmen können, um Wald zu erwerben. Dies wird damit begründet, dass es aufgrund der COVID-19-Pandemie vermehrt zu Waldverkäufen kommen werde. Es bestehe die Gefahr, dass die Flächen als Investitionsobjekt betrachtet werden und „schlimmstenfalls schlecht bis gar nicht bewirtschaftet werden“. Mit dem erweiterten Kreditrahmen soll sichergestellt werden, dass die zum Verkauf stehenden Flächen weiterhin ordnungsgemäß bewirtschaftet werden, indem ThüringenForst sie erwirbt. Langfristig sei mit einer Wertsteigerung der Flächen zu rechnen.

Bewertung

Die zusätzliche Kreditaufnahme hatte der Rechnungshof bereits in seiner Stellungnahme zum Entwurf des ThürCorPanG abgelehnt (VL 7/393 an den HuFA).

Bereits die Annahme, dass potenzielle Käufer von Waldflächen diese nicht ordnungsgemäß bewirtschaften, ist nicht belegt. Jeder „Investor“ muss die Vorschriften des Thüringer Waldgesetzes einhalten. Wer z. B. eine kalamitätsbedingt kahle Fläche erwirbt, ist ebenso wie der Voreigentümer gemäß § 23 Abs. 1 Thüringer Waldgesetz innerhalb von sechs Jahren zur Wiederaufforstung verpflichtet. Zudem stellt sich die Frage, anhand welcher Kriterien ThüringenForst vorab feststellen können soll, ob ein Käufer die erworbenen Flächen ordnungsgemäß bewirtschaftet.

Sofern ThüringenForst kalamitätsgeschädigte Flächen erwirbt, bedarf es weiterer Investitionen in Aufforstungen und deren Pflege. Diese belasten zusätzlich die Liquidität und bedürfen darüber hinaus zusätzlicher Arbeitskapazität. Können die erworbenen Flächen nicht kostendeckend bewirtschaftet werden, erhöhen die zu zahlenden Kreditzinsen die zu erwartenden Jahresfehlbeträge. 2020 dürfte das Defizit aufgrund der weiter verschlechterten Lage am Holzmarkt mindestens in gleicher Höhe wie 2019 ausfallen.⁶ Eine deutliche Belebung des Holzmarktes ist auch für 2021 nicht in Sicht.

Die Fraktionen erwarten einen steigenden Wert der erworbenen Flächen, welcher die Höhe der Verbindlichkeiten langfristig nach der Pandemie und der Kalamität übersteigt. Damit verlagert der Gesetzentwurf die Spekulation der „Investoren“ aus dem privaten in den staatlichen Bereich. Dies ist aber nicht Aufgabe der Landesforstanstalt.

Zu den Anträgen der Fraktionen

zu I. Situation der Waldbesitzer

Der Rechnungshof teilt im Wesentlichen die Analyse zur Situation der Waldbesitzer. Dürre, Borkenkäfer und der zusammengebrochene Holzmarkt stellen die privaten und kommunalen Waldbesitzer vor bisher nie dagewesene Herausforderungen. Viele Waldbesitzer werden diese Herausforderungen ohne staatliche Hilfe nicht bewältigen können. Wie bereits oben dargestellt, spielt die COVID-19-Pandemie für diese Situation jedoch nur eine geringe Rolle. Der Holzmarkt funktioniert spätestens seit letztem Jahr nicht mehr, dagegen können sich die Sägewerke günstig bevorraten und ihre Produkte überwiegend noch absetzen.

⁶ Nach Aussage von ThüringenForst rund 15,0 Mio. EUR.

zu II. Berichterstattung zum erreichten Stand und finanzielle Untersetzung des Aktionsplans Wald 2030 ff.

Mit der Aufforderung an die Landesregierung, über die Umsetzung der beiden Landtagsbeschlüsse aus der vergangenen Legislaturperiode (Drs. 6/7390 und Drs. 6/7391) zu berichten, nimmt der Landtag seine Kontrollaufgabe gegenüber der Regierung wahr. Nur auf Basis einer aussagekräftigen, mit Zahlen unterlegten Analyse des Ist-Zustands ist eine fundierte Ableitung weiterer Maßnahmen und ein gezielter Einsatz finanzieller Mittel möglich. Der Rechnungshof begrüßt deshalb die Bitte um Berichterstattung.

Der Aktionsplan Wald 2030 ff. ist bisher nicht finanziell untersetzt. Unter Nr. 12 „Finanzierung“ des Aktionsplans führt die Landesregierung aus, dass die Maßnahmen „ein finanzielles Volumen von ca. 500 Mio. EUR über einen Zeitraum von 10 Jahren“ umfassen. Der Aktionsplan enthält keine Aussage, woher die Mittel stammen und wofür sie verwendet werden sollen. Einzige Ausnahme ist der Hinweis auf 27,5 Mio. EUR, die von 2019-2022 für die Bewältigung von Extremwetterereignissen als außerplanmäßige Ausgaben zur Verfügung stehen. Ebenso fehlen dem Aktionsplan konkrete Angaben, z. B. Aussagen über zu bepflanzende Kahlf Flächen oder zusätzlichem Arbeitskräftebedarf, aus denen sich das Finanzvolumen herleiten lässt. Zwar nennt der Aktionsplan die Zahl von 200 Mio. neu auf Kahlf Flächen zu pflanzender Bäume. Es wird jedoch nicht deutlich, auf Basis welcher – ggf. geschätzten – Flächengröße die Zahl von 200 Mio. zu pflanzender Bäume ermittelt wurde.

Auch der Bericht der Landesregierung enthält nur wenige konkrete Aussagen zum Mittelbedarf für die einzelnen Maßnahmen. Die dort genannten Beträge beschränken sich im Wesentlichen auf die finanzielle Unterstützung der privaten und kommunalen Waldbesitzer in den Jahren 2019 und 2020. Zur Mittelherkunft enthält der Bericht lediglich die Aussage, dass ein wesentlicher Teil bereits etatisiert sei. Beispielhaft werden die Zuführungen an ThüringenForst, der Finanzmittelplafonds der forstlichen Förderung und der Landesausgleichsstock genannt.

Der Rechnungshof begrüßt deshalb die Aufforderung, die Landesregierung möge den Aktionsplan finanziell untersetzen. Gleichzeitig sollte der Aktionsplan mit operationalen Zielen verbunden werden. Nur dann lässt sich abschätzen, wie die einzelnen Maßnahmen zur Zielerreichung beitragen und ob die zu beziffernden Beträge angemessen sind. Zudem lässt sich erst aus einer finanziellen Untersetzung erkennen, ob zusätzliche Mittel einzuplanen sind.

Eine effektive Steuerung ist nur möglich, wenn die Zielerreichung laufend überprüft wird. Der Landtag sollte sich deshalb regelmäßig von der Landesregierung über den Stand der Zielerreichung berichten lassen.

zu III. Einrichtung eines Sondervermögens (nur CDU)

Die Notwendigkeit der Gründung eines Sondervermögens für die o. g. Zwecke ist nicht erkennbar und birgt das Risiko einer „Schattenhaushaltsführung“. Das Budgetrecht des derzeitigen Parlaments sowie angesichts der langen Laufzeit zukünftiger Parlamente würde durch eine Bewirtschaftung der Mittel im Sondervermögen ausgehöhlt. Im Sinne der Haushaltstransparenz sowie der Grundsätze der Einheit und Klarheit des Haushalts sollte die Finanzierung der Maßnahmen daher regulär über die jeweiligen Haushalte erfolgen und somit kontinuierlich in den jeweiligen Haushaltsverhandlungen hinsichtlich der konkreten Mittelbedarfe zur Disposition gestellt werden.

Angesichts des nicht unerheblichen Mittelbedarfs und der aktuellen Haushaltslage ist davon auszugehen, dass eine Zuführung in diesem Umfang in das geforderte Sondervermögen nur kreditfinanziert möglich wäre. Eine Kreditaufnahme auf Grundlage von § 18 Abs. 2 Nr. 2 Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO; außerordentlicher Finanzbedarf aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen) im Verursachungszusammenhang mit der Corona-Pandemie wäre allerdings unzulässig. Die Aufgaben, die aus den Klimaschäden und der damit zusammenhängenden Borkenkäferkalamität resultieren, stehen in keinem Zusammenhang zur Pandemie – sie bestanden vielmehr schon vorher.

Die kreditfinanzierte Zuführung wäre auch nicht sinnvoll. Die Tilgung der hierfür aufgenommenen Kreditsumme müsste gemäß § 18 Abs. 3 ThürLHO binnen fünf Jahren nach Erreichen einer Haushaltsnormallage (keine Kreditaufnahme im Sinne des § 18 Abs. 2 ThürLHO zulässig) erfolgen. Der Zeitraum wäre aller Voraussicht nach mithin deutlich kürzer als der geplante Zeitraum der Maßnahmen (mindestens zehn Jahre). Es würde somit ökonomisch gesehen eine kreditfinanzierte Vorfinanzierung der Maßnahmen erfolgen. Dieses Vorgehen wäre wenig sinnvoll und sicherlich auch nicht gewollt.

Es erscheint daher geboten, die Maßnahmen regulär aus den jeweiligen Haushalten zu finanzieren. Die Mittel hierfür sind unter Einhaltung der Schuldenbremse bereitzustellen. Im Übrigen spricht auch eine Vereinnahmung von etwaigen Bundesgeldern nicht gegen die Finanzierung aus dem Kernhaushalt. Sofern der Bund in diesem oder dem nächsten Jahr umfangreiche Mittel für die o. g. Zwecke bereitstellen sollte, welche nicht alle innerhalb eines Jahres verausgabt werden können oder sollen, sieht der Haushaltsgesetzgeber für solche Zwecke die Möglichkeit der Bildung von zweckgebundenen Rücklagen vor.⁷ Diese Mittel können somit hinsichtlich der zeitlichen Bindung flexibilisiert verausgabt werden. Zeitgleich wäre die Transparenz und Einheit des Landeshaushalts gewahrt. Anwendungsbeispiel

⁷ Vgl. § 4 ThürHhg 2020.

für diese Vorgehensweise sind die erhaltenen Regionalisierungsmittel im Bereich Verkehr des Einzelplans 10.

zu IV. Zur Zahlung einer Kohlendioxid-Bindungsprämie bzw. Honorierung der Gemeinwohlleistungen

Ob und in welcher Höhe die Waldbesitzer eine jährliche Prämie für die bisher unentgeltlichen Gemeinwohlleistungen erhalten, ist politisch zu entscheiden. Aus Sicht des Rechnungshofs ist es jedenfalls nachvollziehbar, dass diese Leistungen finanziell von der Allgemeinheit abgegolten werden. Der Rechnungshof legt allerdings Wert darauf, dass der Verwaltungsaufwand zur Umsetzung einer solchen Prämienzahlung unter Berücksichtigung von Aufwand und gewährter Leistung verhältnismäßig ist. Bei rund 180.000 Privatwaldbesitzern in Thüringen sollten die Kosten für die Berechnung und Gewährung der Zahlung sowie die Kontrolle der Anspruchsvoraussetzungen möglichst niedrig sein. Dies liegt auch im Interesse der Waldbesitzer.

Daraus folgt, dass bereits die Datenerhebung möglichst einfach sein sollte. Im Idealfall sollte auf bereits vorhandene Daten zurückgegriffen werden. Als ungeeignet erscheinen insoweit Berechnungen, ob die jeweilige Waldfläche als CO₂-Quelle oder -Senke wirkt.

Mehr als die Hälfte des Privatwaldes ist zudem dem Kleinprivatwald zuzuordnen. Diese Waldbesitzer wirtschaften in der Regel im sogenannten aussetzenden Betrieb. Sie führen forstliche Maßnahmen nicht jährlich, sondern nur in größeren Abständen durch. Es ist also nicht sinnvoll, die Klimaschutzleistungen auf der Basis jährlich nachgewiesener Bewirtschaftungsmaßnahmen wie in der Landwirtschaft zu honorieren.

Für waldbauliche Maßnahmen zur Entwicklung klimastabiler Wälder stehen bereits geeignete Instrumente in den Förderrichtlinien zur Verfügung. Besondere Leistungen für Natur-, Boden- und Wasserschutz (z. B. Totholz-Anteil) sind wiederum nur mit hohem Aufwand zu erfassen. Auch lassen sie sich nicht immer auf Kleinprivatwaldbetriebe herunterbrechen.⁸ Sie sollten zudem vorzugsweise auf vertraglicher Basis (z. B. Vertragsnaturschutz) entgolten werden.

Ein wesentlicher Teil der Klimaschutzfunktion des Waldes beruht auf der Substitution nicht nachwachsender Ressourcen durch den nachwachsenden Rohstoff Holz. Ein pragmatischer und einfach anzuwendender Ansatz zur Bewertung dieser Leistung wurde am Lehrstuhl für Forsteinrichtung der Technischen Universität Dresden entwickelt (siehe Anlage).⁹ Als Parameter dient hier der jährliche Holzzuwachs je Hektar Waldfläche. Der Holzzuwachs

⁸ So wäre es beispielsweise nicht sinnvoll, von einem Waldbesitzer mit 1,5 ha 40jähriger Kiefer einen bestimmten Laubholzanteil zu verlangen.

⁹ Bitter, Andreas und Neuhoff, Eva: Honorierung der CO₂-Bindung im Wald, Tharandt 2020.

lässt sich auf der Basis von Durchschnittsfaktoren für die anteilige stoffliche und energetische Nutzung in CO₂-Äquivalente umrechnen. Diese CO₂-Äquivalente werden wiederum mit den Preisen für CO₂ am europäischen Zertifikatemarkt¹⁰ oder nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) entgolten werden. Als Grundprämie könnte jeder Waldbesitzer eine Prämie auf Basis des bundesweiten durchschnittlichen Zuwachses von 8,86 m³/ha*Jahr erhalten. Nach dem ab 2021 geltenden CO₂-Preis nach BEHG von 25 EUR je Tonne¹¹ ergäbe sich bei alleiniger Berücksichtigung des stofflichen Nutzungsanteils in Höhe von 4,54 t CO₂-Äquivalente je Hektar und Jahr eine Prämie von 113 EUR/ha.¹² Bei Bedarf ließe sich dieses Verfahren weiter differenzieren, z. B. nach Baumartenanteilen und Naturnähestufen. Eine derartige Differenzierung setzt aber voraus, dass entsprechende Daten, z. B. aus periodischen Betriebsplänen nach § 20 Thüringer Waldgesetz (Forsteinrichtung) vorliegen. Um gewisse Bewirtschaftungsstandards zu sichern, könnte die Prämie an eine anerkannte Zertifizierung geknüpft werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

Anlage

¹⁰ Bei der Wahl dieses Preises wäre eine Referenzperiode zu definieren.

¹¹ Nach § 10 Abs. 2 S.1 BEHG derzeit noch 10 EUR. Im Klimapaket von Bund und Ländern vom 18. Dezember 2019 ist ab 2021 ein Preis von 25 EUR/t CO₂ vereinbart. Er steigt bis 2025 auf 55 EUR/t CO₂.

¹² Unter Berücksichtigung der Laub- und Nadelholzanteile sowie deren jeweiliger Anteile an der stofflichen Nutzung ergeben sich 4,54 t CO₂-Äquivalente je Hektar und Jahr.

Honorierung der CO₂-Bindung im Wald

- Kernelemente eines 3-Faktoren-Modells -

Prof. Dr. , MSc.

Der Beitrag der Forst- und Holzwirtschaft zum Klimaschutz – die Herausforderung der Honorierung

Das Ökosystem Wald stellt eine Vielzahl gesellschaftlich relevanter Leistungen zur Verfügung (Costanza et al. 1997; Shivdenko et al. 2005; Schütze et al. 2016). Doch angesichts des dringenden Handlungsbedarfs in Bezug auf den Klimawandel gewinnt aktuell insbesondere der Beitrag der Wälder zur Erreichung der globalen, nationalen und regionalen Klimaziele zunehmend an Bedeutung (BMEL 2018a). In der Walderklärung von Kattowitz aus dem Jahr 2018 wird diese Rolle des Ökosystems Wald auf politischer Ebene besonders hervorgehoben (BMEL 2018a, 2018b; UNFCCC 2018).

Die Klimaschutzleistung der Wälder liegt in ihrer Eigenschaft, durch die Photosynthese der Atmosphäre aktiv CO₂ zu entziehen und dieses unter anderem im nutzbaren Derbholz in Form von Kohlenstoff zu binden. Ohne diese CO₂-Bindungsleistung der Wälder und die Holznutzung durch den Cluster Forst und Holz würde die Emissionsbilanz in Deutschland 14 % höher liegen (Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik 2016).

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage der Forstbetriebe aller Eigentumsarten, die aufgrund der Kalamitäten durch Sturm, Dürre und Käfer kaum noch Holzeinnahmen erzielen können, besteht die dringende Notwendigkeit, alternative Finanzierungsansätze für die Forstwirtschaft zu entwickeln. Nur so kann eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder in Zukunft fortgesetzt und der Beitrag des Waldes zum Klimaschutz langfristig gesichert werden. Demgemäß muss es das Ziel der Entwicklung eines Honorierungssystems für die CO₂-Bindung sein, den Beitrag der Forstwirtschaft zur Treibhausgas-Minderung leistungsgerecht zu entgelten.

Dieser Beitrag des Waldes zum Klimaschutz in Form der CO₂-Bindung und die dazu notwendige Waldbewirtschaftung stehen jedoch im Spannungsfeld verschiedener Interessen (Politik, Gesellschaft, Forstwirtschaft) und im Zentrum einer teils kritischen Diskussion. Daher ist die sachgerechte Quantifizierung der Klimaschutzleistung der Forstwirtschaft und ein dementsprechendes leistungsabhängiges Vergütungsmodell auch ein wichtiges Instrument, um die positive Klimaschutzwirkung überzeugend zu kommunizieren und mit Aussicht auf Erfolg für ein Leistungsentgelt vorschlagen zu können (Schluhe et al. 2018; Knauf et al. 2017; Mues et al. 2017).

Es ist demgemäß empfehlenswert, ein hinreichend differenziertes und dennoch einfach umsetzbares Modell zu konzipieren, das aufgrund einer empirischen Datenbasis, seiner Funktionsgerechtigkeit und eines unbürokratischen Verfahrens eine hohe Praktikabilität aufweist und gesellschaftliche Akzeptanz verspricht. Um reine Mitnahmeeffekte zu vermeiden, setzt das Anreizsystem eine aktive Waldpflege voraus und ist darauf ausgerichtet, die klimaschutzrelevanten Wirkungen der Waldbewirtschaftung in Verbindung mit weiteren Ökosystemleistungen auf der Gesamtwaldfläche langfristig zu sichern und punktuell gezielt zu steigern.

Konzept zur Quantifizierung und Honorierung der CO₂-Bindung

Faktor 1 – Schlüsselgröße Zuwachs

Die Honorierung des Klimaschutzbeitrages der Forstbetriebe und Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse sollen auf dem Zuwachs basieren und so einen direkten funktionalen Zusammenhang zwischen der CO₂-Bindung und der Entgelthöhe herstellen. Der Zuwachs stellt demnach die Schlüsselgröße für die Abschätzung des Klimaschutzbeitrages dar.

Sofern vorhanden, bietet die Forsteinrichtung (FE) auf der Ebene von Forstbetrieben und Forstlichen Zusammenschlüssen eine fundierte und heute meist auch statistisch abgesicherte Datenbasis, die differenzierte Aussagen über die Bestockung und deren periodischen Zuwachs zulässt. Zudem ist die FE ein hilfreiches Instrument, das neben den Informationen über die naturale Ausstattung des Betriebes, auch eine Planung der Waldbewirtschaftung bietet, in deren Rahmen der Klimaschutzbeitrag der Forstbetriebe und der Forstlichen Zusammenschlüsse zielorientiert entwickelt werden kann (Bösch et al. 2017; Mues et al. 2017; Blaser and Gardi 2019; Elsasser 2019).

Sollten geeignete FE-Daten nicht vorliegen oder generell eine pauschale Lösung gewünscht sein, so steht mit der BWI³ eine Datenquelle zur Verfügung, die verlässliche Aussagen zum Zuwachsniveau der verschiedenen Baumarten zulässt. Demgemäß könnten für die Baumartenflächen der Forstbetriebe die jeweiligen Durchschnittszuwächse nach BWI³ angesetzt werden (Abbildung 1). Der Rückgriff auf vorhandene Forsteinrichtungs- oder BWI³-Daten hat den Vorteil, dass die Erhebung zusätzlicher Daten entfällt, wodurch der notwendige Arbeitsaufwand und die zusätzlichen Kosten niedrig gehalten werden können.

Die Differenzierung des Zuwachswertes nach den betrieblichen Verhältnissen betont die Leistungsabhängigkeit der Entgelte, ist ein sachgerechter Anreizfaktor und stützt die Argumentation für die Einführung einer CO₂-Honorierung.

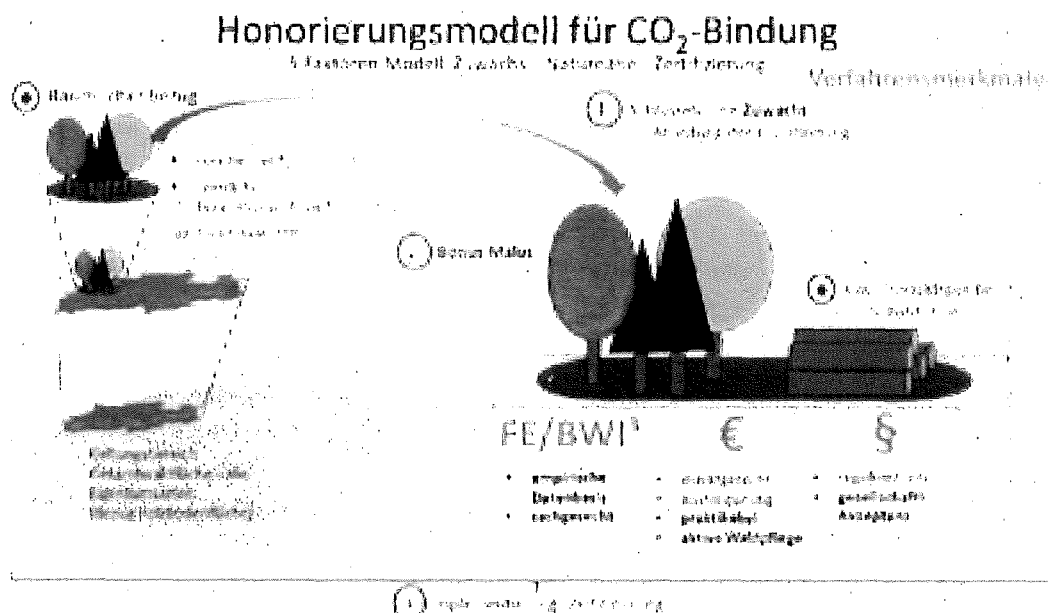


Abbildung 1: Schematische Darstellung des vorgeschlagenen Honorierungsmodells

Um eine Größe für die im Modell anrechenbare Bindungsleistung zu erhalten, wird das zugewachsene Derbholzvolumen in CO₂-Äquivalente umgerechnet. Diese CO₂-Menge dient als Basiswert zur weiteren Verwertung im Modell. Ein Festmeter zugewachsenen Derbholz entspricht in einer vereinfachten Ableitung in etwa einer Tonne gebundenes CO₂ (Abbildung 2).

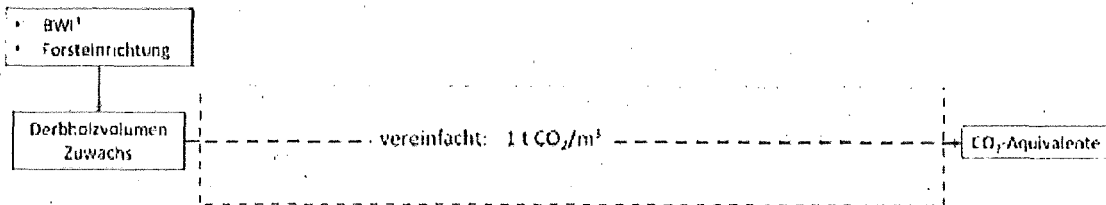


Abbildung 2: Schema zur Herleitung der CO₂-Äquivalente

Neben der CO₂-Bindungsleistung bietet der Rohstoff Holz vielfältige Möglichkeiten zur stofflichen und energetischen Verwendung. Dabei werden durch die Substitution energieintensiv herzustellender Produkte und fossiler Energieträger durch Holz CO₂-Emissionen vermieden. Diese zusätzliche Klimaschutzrelevante Leistung wird mittels Substitutionsfaktoren ausgedrückt. Im Modell werden die aus dem zugewachsenen Derbholzvolumen abgeleiteten CO₂-Äquivalente anteilig den stofflichen und energetischen Verwertungslinien von Holz zugeordnet und mit den entsprechenden Substitutionsfaktoren multiplikativ verrechnet. Das Ergebnis dieses Vorgangs ist dann die im Honorierungssystem anrechenbare Menge der CO₂-Äquivalente, die alle klimaschutzrelevanten Effekte des Zuwachses und der nachfolgenden Holzverwendung repräsentiert.

Durch die Verwendung des Zuwachsvolumens und die Annahme von periodisch stabilen Holzverwendungslinien wird die kurzfristige Aufteilung auf verschiedene Speicherkompartimente und die Betrachtung der Speicherveränderung entbehrlich, so dass auch die in der aktuellen Krise nur unsicher zu bestimmende Quellen-/Senken-Effekte in den Hintergrund treten.

Faktor 2 – Bonus-Malus

Zusätzlich zur Anrechnung der Substitutionsleistung wird der anrechenbare Wert je Tonne CO₂ durch Bonus-Malus-Faktoren angepasst. Beispielsweise wird ein Anpassungsfaktor durch die Berücksichtigung von Naturschutz- und Biodiversitätsaspekten generiert. Als Bewertungskriterium wird die 5-stufige Bewertung der Naturnähe der Bestockung nach dem Erfassungs- und Auswertungsschema der BWI³ herangezogen (Riedel et al. 2017). Durch den Vergleich der aktuellen Baumartenzusammensetzung, die aus den Daten der FE bzw. der BWI³ abgeleitet wird, mit der Baumartenzusammensetzung der (zukünftigen) natürlichen Waldgesellschaft wird die Naturnähe beurteilt (ebd.). Je nach Naturnähestufe der Bestockung wird über einen Faktor der Wert der anrechenbaren CO₂-Menge erhöht oder erniedrigt. Die mittlere Bewertungsstufe „bedingt naturnah“ bildet die Basislinie mit einem Anrechnungsfaktor von 100 %. Mit zunehmender Naturnähestufe könnte der Faktor um 20 % je Stufe erhöht werden, ausgehend von der Basislinie. Analog würde der Faktor in umgekehrter Richtung um 20 % je Stufe reduziert.

Das vorgestellte Modell ist strikt funktional orientiert und zudem modular aufgebaut, um für die politischen und landesspezifischen Besonderheiten einen Gestaltungsspielraum zu bieten. Diese Flexibilität erlaubt die optionale Honorierung weiterer, an die aktive Waldbewirtschaftung gekoppelter Ökosystemleistungen. Der im Text dargestellte Vorschlag zur Ausgestaltung der Bonus-Malus-Faktoren sind als Muster zu verstehen, das die Wirkung der Faktoren beispielhaft zeigen soll.

Die anrechenbaren CO₂-Äquivalente werden durch einen CO₂-Preis in einen flächenbezogenen Honorierungsbetrag umgewandelt (Abbildung 3).

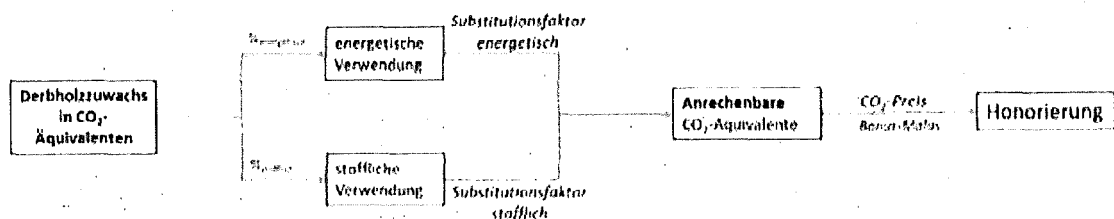


Abbildung 3: Ableitung der Honorierung aus den CO₂-Äquivalenten über die Verwendungslinien und die Substitutionsfaktoren;
 %energetisch/stofflich : Anteil der energetischen/stofflichen Verwertung am Zuwachs

Als marktorientierte Preisgrundlage zur Ermittlung des Honorierungsbetrages stehen die tagesaktuellen oder durchschnittlichen Preise (für eine Referenzperiode) für eine European Emission Allowance (EUA) am europäischen Zertifikatemarkt zur Verfügung. Als Alternative sind politisch gesetzte Preise anzusetzen, wie diese z. B. im sog. Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) fixiert werden. Ab Januar 2021 gilt zunächst ein Preis von 25 €/t CO₂, der schrittweise bis 2025 ansteigt (BReg 2019). Ab 2026 gilt ein Preiskorridor von mindestens 55 €/t CO₂ und höchstens 65 €/t CO₂ (ebd.). Eine direkte Honorierung aus öffentlichen Mitteln rechtfertigt sich aus der Tatsache, dass die Ökosystemleistungen generell und die Klimaschutzleistung der Wälder im Besonderen öffentliche Güter darstellen. Eine geeignete Finanzierungsgrundlage bilden die Mittel des EKF, die sich voraussichtlich gemäß der oben angegebenen Wertspanne entwickeln werden.

Faktor 3 - Zertifizierung

Die Implementierung des Modells sollte im Rahmen der Forstzertifizierung begleitet werden. Die für die CO₂-Honorierung relevanten Standards können in einem Aushandlungsprozess mit den beteiligten Interessensgruppen festgelegt werden. In regelmäßigen Audits kann sodann die CO₂-Bindungsleistung der Forstbetriebe und Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse verifiziert und die Einhaltung der begleitenden Anforderungen von unabhängigen Zertifizierungsstellen dokumentiert werden.

Literaturverzeichnis

- Blaser, Jürgen, and Oliver Gardi. 2019. Wald in der globalen Klimapolitik: Stand heute und Perspektiven. *Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen* 170 (1):2–9. doi:10.3188/szf.2019.0002.
- BMEL. 2018a. Klima schützen. Werte schaffen. Ressourcen effizient nutzen. Charta für Holz 2.0. In Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (ed.). Bonn.
- BMEL. 2018b. Klimaschutz, Wald und Nutzung von Holz: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). pp. 4.
- Bösch, Matthias, Peter Elsasser, Joachim Rock, Sebastian Rüter, Holger Weimar, and Matthias Dieter. 2017. Costs and carbon sequestration potential of alternative forest management measures in Germany. *Forest Policy and Economics* 78:88–97. doi:10.1016/j.forpol.2017.01.005.
- BReg. 2019. CO₂-Bepreisung. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/co2-bepreisung-1673008>. Accessed 14.02.2020 2020.
- Costanza, Robert, Ralph d'Arge, Rudolf de Groot, Stephen Farber, Monica Grasso, Bruce Hannon, Karin Limburg et al. 1997. The value of the world's ecosystem services and natural capital. *Nature* 387:253–260.
- Elsasser, Peter. 2019. Forstliche Handlungsoptionen für den Klimaschutz. In Johanna Fick, and Horst Gömann (eds.), *Wechselwirkungen zwischen Landnutzung und Klimawandel*.
- Knauf, Marcus, Volker Mues, Arno Frühwald, Hans Jörg Schnellbacher, Volker Holtkämper, Ute Kreienmeier, and Michael Köhl. 2017. Klimaschutzleistung der Forst- und Holzwirtschaft lokal bewerten. *AFZ, der Wald* 14:19–22.

- Mues, Volker, Marcus Knauf, Arno Frühwald, Michael Köhl, Johannes Happe, and Roland Schockemöhle. 2017. BEKLIFUH-Simulation für den Stadtwald Höxter. *AFZ, der Wald* 14:23–26.
- Riedel, Thomas, Petra Hennig, Franz Kroiher, Heino Polley, Friedrich Schmitz, and Frank Schwitzgebel. 2017. Die dritte Bundeswaldinventur BWI 2012: Inventur- und Auswertungsmethoden. Eberswalde: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, Thünen-Institut für Waldökosysteme. pp. 124.
- Schluhe, Maike, Hermann Englert, René Wördehoff, Christian Schulz, Matthias Dieter, and Bernhard Möhring. 2018. Klimarechner zur Quantifizierung der Klimaschutzleistung von Forstbetrieben auf Grundlage von Forsteinrichtungsdaten. *Landbauforschung Applied Agricultural and Forestry Research* (3/4):67–86. doi:10.3220/LBF1543210832000 %.
- Schütze, Gudrun, Jens Günther, Eric Fee, Anne Klatt, Ulrike Döring, Doreen Heidler, Anja Behnke et al. 2016. Umweltschutz, Wald und nachhaltige Holznutzung in Deutschland: Umweltbundesamt (UBA).
- Shivdenko, Anatoly, Charles Victor Barber, Teidar Persson, Patrick Gonzalez, Rashid Hassan, Petro Lakyda, Ian McCallum et al. 2005. Chapter 21: Forest and Woodland Systems. In Rashid Hassan, Robert Scholes, and Neville Ash (eds.), *Ecosystems and Human Well-being: Current state and Trends, Volume 1*: IslandPress. pp. 585-621.
- UNFCCC. 2018. The Ministerial Katowice Declaration on Forests for the Climate. Katowice: United Nations. pp. 2.
- Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz und Wissenschaftlicher Beirat Waldpolitik beim BMEL. 2016. Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz und des Wissenschaftlichen Beirats für Waldpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Berlin: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. pp. 482.

entin zu

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Gesetzentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“, Drs. 7/868 Weitere Anträge der Fraktionen, Drs. 7/844, 7/1013, 7/724, 7/793		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
	bei juristischen Personen	
	Name	
Thüringer Rechnungshof	Organisationsform	
	Oberste Landesbehörde	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	Burgstraße 1
	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person	
	Finanzkontrolle	

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags Stellungnahme zum Gesetzentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“: <ul style="list-style-type: none"> - Ablehnung der dauerhaften Festschreibung der Zuführungen auf dem Niveau von 2018 - Bedarf für 176 Mio. EUR für Waldbau (Konzepte und Beratung) ist nicht erkennbar - Ablehnung der erweiterten Ermächtigung zur Kreditaufnahme für Waldkauf Stellungnahme zu den Anträgen der Fraktionen: <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung der Bitte um Berichterstattung zum erreichten Stand und der Bitte, den Aktionsplan Wald 2030 ff. finanziell zu unterstützen - Ablehnung der Errichtung eines Sondervermögens - Befürwortung einer Prämie für Gemeinwohlleistungen der Waldbesitzer, sofern der Verwaltungsaufwand in einem angemessenen Verhältnis steht
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative Anlass der Stellungnahme Form der Stellungnahme <input checked="" type="checkbox"/> schriftlich <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu. <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Rudolstadt, 28.08.2020	Unterschrift
--------------------------------------	--------------

05.08.2020

Forstbetrieb Marienberg- Gelobtland
Amtsseite Kühnhaidner Straße 19
09496 Marienberg

THUR. LANDTAG POST
06.08.2020 06:58

18088/2020

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forst
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

**– Drs.7/868/1013/724 NF/793 – Anhörung zum Dritten Gesetz zur
Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts
„Thüringen Forst“ nebst zugehörigen Anträgen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist bekannt, dass jede Verwaltung das Bestreben hat, in drei Richtungen zu wachsen -
Personal, Budget und Aufgaben.

Vor diesem Hintergrund möchte ich aus dem Artikel „Der Staat ist kein guter Eigentümer“
vom 15.07.2015 aus der Frankfurter Allgemeinen zitieren:

*„Analysen des Schweizer Beratungshauses Ceams belegen es: Unternehmen funktionieren ohne
Staatsbeteiligung besser. In Europa gibt es eine rühmliche Ausnahme. Von ihr kann man eine Menge
lernen.*

*... Wenn sich ein Staat an Unternehmen seines Landes beteiligt, ist das in der Regel kein gutes
Zeichen. Entweder steckt das Unternehmen zum Zeitpunkt der Beteiligung schon so sehr in
Schwierigkeiten, dass sich private Kapitalgeber gar nicht mehr heranwagen, wenn der Staat kommt.
Dann wird in der Regel eine fällige Marktberichtigung verhindert. Oder aber das Unternehmen wird
nach dem Einstieg des Staates an Dynamik verlieren, weil nicht mehr nach rein unternehmerischen
Interessen entschieden wird, sondern nach industriepolitischen Staatsräson. Das führt natürlich
ebenfalls zu keinen guten Ergebnissen. Nur in Norwegen läuft es besser. Dort sind die Unternehmen,
an denen sich der Staat beteiligt, auch im Vergleich zu den rein privat geführten Unternehmen im
Durchschnitt sehr konkurrenzfähig. Dafür gibt es Gründe. Dazu dürfte nicht so sehr gehören, dass der
norwegische Staat die Verwaltung seiner Beteiligungen zentral gebündelt hat, wohl aber, dass hier
Prinzipien aufgestellt worden sind, die im Umgang mit diesen Beteiligungen auch beachtet werden.
Man behandelt alle Eigentümer gleich, entscheidet nach Kompetenz und lässt den Verwaltungsrat so
unabhängig wie möglich entscheiden. Insbesondere nehmen keine Regierungsmitglieder Positionen im
Verwaltungsrat ein. Man setzt auf unabhängige Fachkompetenz und fährt gut damit.“*



TLT/10909/20/4

Seit nunmehr 30 Jahren propagiert Thüringenforst den Waldumbau. Mit dieser Aufgabe hat man zahllose personelle und finanzielle Ressourcen gebunden. Auch die Kompetenz, wie der Waldumbau zu erfolgen hat, hat Thüringenforst an sich gezogen. Offensichtlich wurden hier jedoch eklatante Fehlentscheidungen getroffen, sonst hätte man zumindest im thüringischen Landeswald die heutigen Probleme nicht. Die Thüringer Landesforstanstalt selbst räumte 2019 - nach nur zwei Jahren mit Niederschlagsdefizit ein -, dass „die Buche offensichtlich nicht die erwarteten klimaplastischen Eigenschaften zeige, die man erwartet habe“. Die Verantwortung für diese Fehleinschätzung und die damit verbundenen Fehlinvestitionen hat bis heute jedoch niemand übernommen. Vielmehr versucht man, die Schuld für waldbauliches Unvermögen und fehlende gesamtökologische Konzepte für den Landeswald anderen in die Schuhe zu schieben. In diesem Zusammenhang sei nur auf die unsäglich Äußerungen des Saalfelder Forstamtsleiters am 22.11.2019 in der OTZ verwiesen.

Noch immer gibt man sich allwissend und braucht neues Geld für Thüringenforst. Diese Finanzaufwendungen werden jedoch verpuffen, in höheren Löhnen und Steckenpferden einzelner Führungspersonen (so z. B. dem ineffizienten Technikeinsatz von Mulchbagger und Tree- Trimmer des Herrn). Dadurch kommt der Verdacht auf, dass man sich ganz ungeniert per Gesetz aus der Gemeinschaftskasse des Steuerzahlers bedient. Geplant war es doch aber ganz anders! Mit abschmelzenden jährlichen Zuführungen sollte sich Thüringenforst letztlich selbst finanzieren. Leider war die Hausleitung nicht in der Lage, betriebswirtschaftlich zu arbeiten.

Trockenheit, Borkenkäfer und Corona sind nicht die Ursache für dieses Unvermögen, sondern ein Vorwand, mit dem Fehlleistungen vertuscht werden sollen.

Selbst wenn vorstehende Umstände eine Ursache für die betriebswirtschaftlichen Defizite wären, müsste man immer noch die Frage stellen, warum man dann nicht entsprechende finanzielle Anstrengungen auch für den Nichtstaatswald unternimmt. Dort wirken diese Faktoren schließlich genauso!

Warum werden hier nicht, analog der Landwirtschaft, Flächenprämien für Gemeinwohlleistungen gezahlt, wie dies auch der Thüringer Waldbesitzerverband fordert? Der private Waldbesitzer hat schließlich keinen Zugriff auf die „Gemeinschaftskasse“. Die Leistungen seines Waldes werden kostenlos erbracht. Er bekommt nicht einmal eine ausreichende Förderung für Waldumbau oder die Soforthilfe, die in 2019 kommunalen Waldbesitzern ausgereicht wurde.

Hier muss dringend durch den Thüringer Landtag nachgebessert werden.

Von Waldfunktionen wie Wasserspeicher, CO²- Senke, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erosionsschutz, Staubfilter, Erholung für Menschen oder Sauerstoffproduktion profitiert die Allgemeinheit. Und genau darum muss der Wald der Allgemeinheit - der Landeswald - auch in erster Linie diesen Zielen dienen. Monetäre Leistungen „ihres“ Waldes stehen für die Bürger nicht vorne an. Sie haben sich längst damit abgefunden, dass Thüringenforst ein ewiger Zuschussbetrieb bleibt. Darum sollten die Steuergelder der Bürger entsprechend deren Willen eingesetzt werden.

Die Gewinnerzielungsabsicht für Thüringenforst muss nach bayrischem Vorbild gestrichen werden.

Es gibt dringlichere Waldfunktionen, die dem Gemeinwohl dienlicher und damit vom Landeswald per se zu erbringen sind. Allen anderen Waldeigentümern sind sie zu vergüten. Dies muss mit einer entsprechenden Strukturreform bei Thüringenforst einher gehen, in der dieser auf die Priorität der genannten Waldfunktionen ausgerichtet wird. Von all dem lässt der vorliegende Gesetzentwurf nichts erkennen.

Vielmehr soll Thüringenforst mit neuen Krediten Privatwald aufkaufen, um diesen angeblich vor Spekulantentum zu schützen. Diesen Krediten sieht der Gesetzgeber Liegenschaftswerte gegenüberstehen, die sich „nach dem Ende der Auswirkungen der Corona- Pandemie auf den Holzmarkt und dem Ende der Borkenkäferkalamität werterhöhend entwickeln werden“.

Damit wird die Landesregierung selbst zum Spekulant und Thüringenforst zu ihrem Erfüllungsgehilfen.

Mit Geldern, für die der Bürger einstehen muss, wird nicht nur ein „Weiter so“ gesichert, dass schon in den vergangenen 30 Jahren erfolglos war, es wird damit sogar spekuliert. Der vorliegende Gesetzentwurf zeigt keinerlei Bereitschaft, zu neuen Denkansätzen, um wirklich positive Veränderungen zu bewirken.

Er spiegelt lediglich Unwissen in der Sache und ein gestörtes Verhältnis zu Privateigentum wider und ist aus meiner Sicht abzulehnen.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?									
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren, Antrag (EntschlieÙung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793									
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>								
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td rowspan="3" style="text-align: center; vertical-align: middle; padding: 2px;"> Forstbetrieb Marienberg-Gelobtland <small>AS-Kühnheidner-Str. 19 09496 Marienberg - OT Pobershau</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Geschäfts- oder Dienstadresse	Forstbetrieb Marienberg-Gelobtland <small>AS-Kühnheidner-Str. 19 09496 Marienberg - OT Pobershau</small>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postleitzahl, Ort		
Name	Organisationsform								
Geschäfts- oder Dienstadresse	Forstbetrieb Marienberg-Gelobtland <small>AS-Kühnheidner-Str. 19 09496 Marienberg - OT Pobershau</small>								
Straße, Hausnummer (oder Postfach)									
Postleitzahl, Ort									
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>								
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer	
Name	Vorname								
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse								
<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>									
Straße, Hausnummer									

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Waldbau, Naturschutz, Betriebswirtschaft, Ökologie	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Jede Investition in Thüringenforst ist eine Investition in ein "weiter so", das keinerlei Fortschritt bringt. Thüringenforst betreibt angeblich seit 30 Jahren Waldumbau. Warum steht der Thüringer Wald dann heute vor solchen Problemen? Für den Landeswald ist die Gewinnzielungsabsicht wie in Bayern zu sprechen. Der Wald der Allgemeinheit hat in erster Linie die Funktionen zu erfüllen, die der Allgemeinheit am meisten nutzen. Das sind nicht monetäre Ziele. Es ist eine Verwaltungsform durchzuführen und Strukturen sind zu schaffen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Marienberg, 05.08.2020	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst" Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7 / 868 -	
1.	<div>bei natürlichen Personen</div> <div> <div>Name</div> <div>Vorname</div> </div> <div> <div>bei juristischen Personen</div> <div> <div>Name</div> <div>Organisationsform</div> </div> <div>Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Thüringen e.V. e.V.</div> </div>
2.	<div>bei natürlichen Personen</div> <div> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.) </div> <div> <div>Straße, Hausnummer</div> <div></div> </div> <div> <div>Postleitzahl, Ort</div> <div></div> </div> <div>bei juristischen Personen</div> <div> Geschäfts- oder Dienstadresse </div> <div> <div>Straße, Hausnummer</div> <div>Lindenhof 3</div> </div> <div> <div>Postleitzahl, Ort</div> <div>99998 Mühlhausen</div> </div>
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Förderung von Naturschutz und Landschaftspflege

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags	
	Dem Gesetzentwurf wird vorbehaltlich der genannten Punkte zugestimmt.	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative	
	Anlass der Stellungnahme	
	Form der Stellungnahme	
	<input type="checkbox"/> schriftlich	<input checked="" type="checkbox"/> X per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum <i>Altshausen, 25.08.2020</i>	Unterschrift
---	----------------------

Wald. Deine Natur.

Den Mitgliedern des

AFJLF

THÜR. LANDTAG POST

25.08.2020 12:56

12562/20



Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.
Lindenhof 3 • 99998 Mühlhausen/OT Seebach

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Landesvorsitzender

Geschäftsführender Vorstand

Landesgeschäftsführer

Dr. 7/868/1013/724 NF/793

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
15.07.2020

Unser Zeichen

Datum

Anhebungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst"

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/868 - (Anlage 2)

dazu: - Vorlage 7/644 (Änderungsantrag der Fraktion der FDP) - (Anlage 3)

und

Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren

Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/1013 - (Anlage 4)

sowie

Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/724 - Neufassung - (Anlage 5)

und

Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/793 - (Anlage 6)

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.

Lindenhof 3
99998 Mühlhausen/OT Seebach
Steuernummer: 157/142/09490
AG Mühlhausen VR 460204

Tel.: (03601) 42 70 40
Fax: (03601) 40 29 03
Web: www.sdw-thueringen.de
Mail: Info@sdw-thueringen.de

Anerkannter Verband nach dem
Bundesnaturschutzgesetzes / Bund
zur Förderung der Landespflanze
und des Naturschutzes

Stellungnahme der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V. (SDW)

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst"

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir begrüßen es sehr, dass eine weitgehende Einigkeit im Thüringer Landtag über die schwerwiegende Situation unserer Wälder und den hierbei dringenden Handlungsbedarf besteht.

Vor allem in dieser besonderen Krise ist es von höchster Bedeutung, dass die Landesforstanstalt sowohl finanziell als auch personell in die Lage versetzt wird, der schwerwiegenden Situation entsprechend begegnen zu können. Hierzu befürworten wir den Gesetzentwurf zur Unterstützung und Stärkung der Landesforstanstalt deutlich.

Der Wald als bedeutendes multifunktionales Ökosystem, und damit in weiten Teilen unsere Lebensgrundlage, muss in seiner Leistungsfähigkeit der Gesellschaft dauerhaft erhalten bleiben. Durch die hoheitliche Aufgabe der Landesforstanstalt sollen die Leistungen und Funktionen auch in Zukunft gesichert werden können. Das Gemeinschaftsforstamt stellt hierfür eine erfolgreiche und etablierte Organisationsstruktur dar, welche finanziell in die Lage versetzt werden muss, alle hoheitlichen Aufgabenbereiche handlungsfähig bewältigen zu können. Hierzu zählen zum einen die hohe Bedeutung der Betreuung des privaten Waldbesitzes, die Ausbildung qualifizierten Forstlichen Nachwuchses, die forstliche Förderung und der Waldnaturschutz. Im Weiteren soll auch die Gesellschaft über den Wert des Waldes umfassend informiert werden, damit eine Inwertsetzung der Leistungen langfristig in der Gesellschaft verankert werden kann. Hierzu muss die Landesforstanstalt entsprechend finanziell gerüstet sein, damit Umweltbildungsmaßnahmen und waldpädagogische Angebote weitreichend umgesetzt werden können.

Die notwendige Finanzgrundlage zur Sicherung all dieser anstehenden Aufgaben im Wald bedingt zwingend eine Anhebung der jährlichen Zuführungsbeträge auf 30 Mio. Euro bereits vor dem Jahr 2023. Eine weitere Absenkung über die kommenden Jahre bringt die Landesforstanstalt im Bereich der hoheitlichen Aufgaben an die Grenze der Leistungsfähigkeit und gefährdet erheblich das System des Gemeinschaftsforstamtes. Die Folgen sind die unmittelbare weitere schwere Belastung der Waldbesitzer, da Beratungs- und Beförsterungsleistungen bereits zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr in erforderlichem Umfang geleistet werden können.

Die aktuelle Krise zeigt die Wichtigkeit eines zügigen Waldumbaus. Klimaverträgliche und vielfältige Wälder sichern bestmöglich die zukünftigen Anforderungen unter dem Einfluss unsicherer Risikofaktoren. Im Hinblick auf die Herausforderungen des Waldumbaus bildet eine leistungsfähige Landesforstanstalt nicht nur das notwendige Kompetenzzentrum. Der erforderliche personelle Umfang sichert hierbei ebenso die Unterstützung der Waldbesitzenden in Thüringen.

Für die effektive Umsetzung der Waldumbaukonzepte auf der Gesamtheit der Landeswaldfläche ist es zudem zwangsläufig notwendig, dass eine Sonderzuführung aus dem neu eingefügten Absatz 5 von jährlich 11 Mio. Euro auch außerhalb des hoheitlichen Bereiches für forstbetriebliche Aufgaben verwendet werden kann.

Stellungnahme der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V. (SDW)

Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen

und

Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald setzt sich seit jeher für die Erhaltung, Wiederherstellung und Mehrung der heimischen Wälder mit all ihren bedeutenden Funktionen für Natur und Gesellschaft ein.

Unsere Waldökosysteme befinden sich in einer historisch desolaten Situation. Der Wald ist unstrittig und im Besonderen von sich schnell ändernden klimatischen Bedingungen betroffen. Gleichzeitig bilden Waldökosysteme hinsichtlich der Klimaschutzleistungen einen der bedeutendsten Faktoren hinsichtlich des globalen Kohlenstoffkreislaufs sowie dem lokalen Wirken auf Klima- und Wasserhaushalt. Nicht zuletzt bildet die Gesamtheit all der erbrachten Ökosystemdienstleistungen zu einem erheblichen Anteil unsere Lebensgrundlage. Die Erhaltung unserer Wälder sowohl in der qualitativen als auch quantitativen Ausstattung sollte unser primärer Anspruch sein - Die Kontinuität funktionaler Wälder stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar und kann nur als diese gelingen!

Eine praktische Umsetzung umweltökonomischer Bewertungen im Sinne der Vergütung von Ökosystemdienstleistungen stellt unseres Erachtens ein zentrales Instrument dar, um diese gesellschaftlich bedeutenden Leistungen in geeigneter Form zu honorieren und damit langfristig in Ihrem bestehen zu sichern.

Inhaltlich möchten wir hierbei die konkreten Ausführungen aus der **Thüringer EntschlieÙung 2020 - Beschlussfassung des Thüringer Landesforstausschusses über den Ausgleich der Gemeinwohlleistung des Waldes und die Neuausrichtung der forstlichen Förderung** betonen.

Eine gebildete Arbeitsgruppe verschiedener Vertreter des Landesforstausschusses und der Verbände steht hierbei bereits im inhaltlichen Diskurs zu Bewertungsansätzen zu der flächenbezogenen Prämierung. **Die Sicherstellung der qualitativen und quantitativen Ausstattung unserer Wälder muss neben der Honorierung der Kohlenstoffsenken-Leistung darüber hinausführende Leistungsindikatoren der ökosystemaren und gesellschaftlichen Funktionen einschließen.**

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetzesentwurf: Drittes Gesetz zur Änderung des LForstAG TH - Drucksache 7/868													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">ThüringenForst</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Anstalt öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">ThüringenForst</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Hallesche Straße 16</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	ThüringenForst	Anstalt öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	ThüringenForst	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hallesche Straße 16	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt		
	Name	Organisationsform											
	ThüringenForst	Anstalt öffentlichen Rechts											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	ThüringenForst											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hallesche Straße 16											
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Wohnadresse</td> </tr> </table> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Wohnadresse</td> </tr> </table> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Wohnadresse</td> </tr> </table> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse											
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Bewirtschaftung des Staatswaldes, Betreuung und Dienstleistung im Privat- und Körperschaftswald in Thüringen; Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben als Untere Forstbehörde nach Thür. Waldgesetz; Träger umfänglicher Gemeinwohlleistungen im Auftrag des Freistaates Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Stellungnahme zu geplanten Änderungen des: - Errichtungsgesetz "ThüringenForst"	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 19.08.2020	

THÜR. LANDTAG POST
26.08.2020 14:19

19685/2020



THÜRINGENFORST

Wir machen den Wald.
Für Sie!

ThüringenForst · Hallesche Straße 16 · 99085 Erfurt

Thüringer Landtag
Postfach 900455
99107 Erfurt

ThüringenForst - Zentrale
Der Vorstand

Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809

zentrale@forst.thueringen.de

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom
A 6.1/wa-drs.7/868/1013/724 NF/793 / 10.07.2020

Geschäftszeichen
A-222

Datum
26.08.2020

Stellungnahme zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“.

Ich erlaube mir zunächst eine Bewertung und Würdigung der aktuellen Situation. Mit dem im gültigen Errichtungsgesetz bis 2025 festgelegten Zubehörsbetrag muss die Landesforstanstalt einen Personalabbau von 1.394 Mitarbeitern im Jahr 2018 auf ca. 1.000 Mitarbeiter umsetzen.

Ohne die Streckung des ursprünglich vorgesehenen Abbaupfades, die zusätzliche Finanzmittelbereitstellung für Bau-/Investmaßnahmen sowie eine Entschädigungszahlung für den Nutzungsausfall auf dem Pössern und die Fixkostenerstattung für alle Flächen mit forstlichem Nutzungsverzicht wäre der notwendige Personalabbau deutlich stärker ausgefallen. Ein weiteres positives Beispiel ist die Finanzierung der zusätzlich übertragenen hoheitlichen Aufgabe „Pflege des touristischen Wanderwegenetzes“. 2020 stehen der Landesforstanstalt das dritte Jahr in Folge für die gesellschaftlich hochgeschätzte Wanderwegepflege bis zu 2 Mio. € aus Mitteln des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft zur Verfügung.

Der vorstehend beschriebene drastische Personalabbau würde selbst bei guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und ohne die dramatischen klimabedingten Schäden im Wald zu einem fortschreitenden und deutlichen Verlust an Leistungsfähigkeit der Landesforstanstalt, insbesondere im hoheitlichen Bereich führen.

Die Bewältigung der aktuellen, klimabedingten Katastrophe historischen Ausmaßes ist mit der derzeitigen Finanzausstattung nicht mehr möglich.

Geschäftsanschrift
ThüringenForst
Anstalt öffentlichen Rechts
Hallesche Straße 16
99085 Erfurt
Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809
zentrale@forst.thueringen.de
www.thueringenforst.de

Verwaltungsratsvorsitzender

Vorstand

Eingetragen beim
Amtsgericht Jena
HRA 503042

Finanzamt Erfurt

Bankverbindung
ThüringenForst – Zentrale



Der vorliegende Gesetzentwurf berücksichtigt weitgehend die geänderten Rahmenbedingungen, denen alle Waldbesitzer des Freistaates Thüringen unterliegen. Er ermöglicht es, der Landesforstanstalt, alle Waldeigentümer im Interesse der Allgemeinheit bei der Entwicklung gesunder, klimagerechter und somit zukunftssicherer Wälder zu unterstützen. Gleichzeitig weist er der Landesforstanstalt in diesem Zusammenhang erhebliche Mittel und weitgehende Pflichten zu. Nicht nachvollziehbar ist in der Begründung zum Gesetzentwurf die Einschränkung der Mittelverwendung auf den hoheitlichen Bereich.

Weder Klimawandel noch Dürre und Borkenkäferbefall unterscheiden nach Eigentumsformen. Unser Wald benötigt insgesamt Unterstützung des Freistaats mit vergleichbaren Rahmenbedingungen: Dies lässt der vorliegende Gesetzentwurf für den betrieblichen Bereich von ThüringenForst AöR derzeit noch offen.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Artikel 1:

Zu Nr. 1 und 2:

Mit den Nummern 1 und 2 des Entwurfes wird der Landesforstanstalt zunächst wirkungsvoll ermöglicht,

- zur Erfüllung der ihr übertragenen hoheitlichen Aufgaben unbedingt notwendiges Personal vorhalten zu können und
- andere Waldbesitzer bei der Erfüllung der diesen aus den §§ 18, 19 ThürWaldG obliegenden Aufgaben zu unterstützen.

Speziell Absatz 2:

Die Erhöhung der Zuführung für hoheitliche Aufgaben auf 30,1 Mio. € in 2023 ermöglicht im Wesentlichen wieder das Niveau der regulären Aufgabenerfüllung im Jahr 2018.

Wir schlagen vor, die für 2023 geplante Erhöhung der Zuführung auf 30.145.700 € auf das Jahr 2022 vorzuziehen. Analog wird das Vorziehen der Tarifanpassung um zwei Prozent vom Jahr 2024 auf das Jahr 2023 empfohlen. Dies dient beginnend in 2022 der Abdeckung bisher unberücksichtigter Zusatzkosten, wie zum Beispiel der Bundeswaldinventur 4 und der 3. Bundesweiten Bodenzustandshaupterhebung.

In Anbetracht der für Thüringen anstehenden komplexen Aufgaben zur Waldschadensbewältigung muss die in den vergangenen Jahren reduzierte Ausbildung in allen Bereichen (Forstwirtausbildung, Ausbildung im gehobenen und höheren Dienst) wieder intensiviert werden, um auch in Zukunft das von allen Waldbesitzarten sowie den forstlichen Unternehmern benötigte erforderliche Fachpersonal in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Die vorgesehene Zuführungserhöhung ermöglicht eine solche Intensivierung der Ausbildung. Ein Vorziehen der geplanten Erhöhung auf 2022 käme auch der Ausbildung zu Gute.

Für den Fall, dass seitens der Landesforstanstalt weitere hoheitliche Leistungen erwünscht werden, sollten diese im Gesetz explizit genannt und mit entsprechenden Zusatzmitteln kostendeckend notiert werden. Ein weiteres Beispiel für eine zusätzliche Aufgabe ist die immer wieder geforderte landesweite Qualifizierung und flächendeckende Ergänzung des Rettungspunktenetzes für alle Waldbesitzarten.

Speziell Absatz 4:

Mit der gesetzlichen Fixierung einer zusätzlichen Zuführung für den hoheitlichen Bereich in Höhe von 4 Mio. € im Zeitraum 2019 – 2022 wird die Landesforstanstalt in die Lage versetzt, der unmittelbaren Katastrophensituation über alle Waldbesitzarten hinweg wirkungsvoll zu begegnen. Durch den damit ermöglichten Stopp des laufenden Personalabbaus gelang eine Wiederbesetzung offener Stellen und die Sicherung der Handlungsfähigkeit.

Durch den gezielten Einsatz zusätzlicher Forstschutzhelfer und Koordinatoren wird der Privat- und Körperschaftswald zusätzlich unterstützt.

Für die qualifizierte und zügige Bewältigung des mehr als vervierfachen Fördermittelvolumens für den Nichtstaatswald wurde die Bewilligungsstelle personell deutlich verstärkt. Mit dem Aufbau dezentraler Holzlagerkapazitäten, dem Ausbau von Waldbrandschutz und der Beratung nicht-staatlichen Besitzes werden weitere wesentliche Komponenten der Katastrophenbewältigung finanziell sichergestellt. Gleichzeitig konnte durch diese finanzielle Unterstützung eine Verbesserung der Schadenserfassung über Satellit und Drohne erfolgen. Zudem wird mit der Erweiterung des Umweltmonitorings in Verbindung mit der Standortskunde eine verbesserte Datengrundlage für alle Waldeigentümer geschaffen.

Zu Nr. 3:

Mit der hier vorgesehenen Zuführung von jeweils 11 Mio. € in den Jahren 2021 bis 2036 wird die Landesforstanstalt in die Lage versetzt, über alle Waldeigentumsarten hinweg einen klimabedingt notwendigen Waldumbau zu planen, diesen außerhalb unmittelbarer Betriebsarbeiten zu unterstützen und schlussendlich zu kontrollieren sowie zu dokumentieren. Insbesondere können folgende neue Aufgaben finanziert werden:

1. Eigentumsunabhängige konzeptionelle Planung des Waldumbaus. Erforschung, Darstellung und Datenbereitstellung der sich ändernden standörtlichen und klimatischen Bedingungen. Auswahl und Empfehlung daraus folgender standortsangepasster Saaten bzw. Anpflanzungen sowie deren Pflege und Unterhaltung.
2. Unterstützung aller Waldeigentumsarten bei der Beschaffung von geeignetem Saatgut. Ausbau der bei der Landesforstanstalt vorhandenen Kapazitäten von Saatgutgewinnung und Saatgutverarbeitung sowie Anzucht von Forstpflanzen.
3. Ausbau von Beratung und aktiver Unterstützung aller Waldeigentümer bei der Gestaltung und Umsetzung eines standortgerechten und klimastabilen Waldes durch die Landesforstanstalt. Dieses umfasst auch die Beschaffung der Technik und Technologie durch die Landesforstanstalt, um diese den anderen Waldbesitzern gegenüber beratend darstellen zu können. Dieses Tätigkeitsfeld beinhaltet zugleich die Anlage repräsentativer Demonstrationsflächen. Im Interesse der Akzeptanz der erforderlichen waldbaulichen Tätigkeit aller Waldbesitzer und der damit nicht selten einhergehenden, von bisherigen abweichenden Waldbildern, ist eine verstärkte und vielgestaltige Öffentlichkeitsarbeit, von der Jugend- bis zur Medienarbeit, eine der wesentlichen Aufgaben, die aus der Zuführung nach Nr. 3 zu bestreiten ist.
4. Entwicklung und Ausstattung forschender Strukturen bei der Landesforstanstalt, welche die Grundlagen des zukunftsgerechten und klimastabilen Waldes erforschen und daraus zu entwickelnde Schlüsse und Maßnahmen empfehlen.
5. Entwicklung von Strukturen und Durchführung sowie Nachhalten der Dokumentation, Kontrolle und Nachweisführung der auf die Gestaltung zukunftsgerechter Wälder gerichteten Tätigkeit der Landesforstanstalt unter Beachtung des Datenschutzes.



Vorstehende Maßnahmen, welche allen Waldeigentumsarten dienen, erfordern die Entwicklung darauf gerichteter Strukturen sowie deren Ausstattung mit Personal. Realistisch muss jedoch prognostiziert werden, dass in Anbetracht der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation bereits heute unter den Bedingungen eines deutlichen Wettbewerbs um geeignetes Personal geworben werden muss. Dies wird sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern. Um in diesem Wettbewerb erfolgreich zu bestehen, ist trotz der Befristung der Zuführung von 11 Mio. € jährlich bis 2036 die Begründung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse zwingend.

Die Landesforstanstalt kann anders, als andere Waldbesitzer, nur in einem sehr geringen Umfang die klassische forstliche Förderung in Anspruch nehmen. Im Durchschnitt der letzten 5 Jahre wurden insgesamt rund 6 Mio. € pro Kalenderjahr an private und körperschaftliche Waldbesitzer ausgereicht. Der Freistaat reagierte auf die aktuelle katastrophale Situation im Wald mit einer massiven Erhöhung des Fördermittelrahmens für die Jahre 2020 auf 23,3 Mio. € und 2021 auf 19,8 Mio. €. Bereits im Jahr 2019 wurde der Körperschaftswald im Freistaat Thüringen durch eine zusätzliche Finanzmittelbereitstellung in Höhe von 10 Mio. € unterstützt. Ferner ist ab dem Jahr 2020 für den Privat- und Körperschaftswald mit einer zusätzlichen Bereitstellung von Bundesmitteln von über 10 Mio. €/Jahr zu rechnen.

Im Interesse einer Gleichbehandlung aller Waldbesitzarten sollte ungefähr 50 % der unter Nr. 3 in Aussicht gestellten Finanzaufführung für konkrete aktive Maßnahmen des Waldumbaus und der Klimaanpassung im Staatswald verwendet werden dürfen.

Zu Nr. 5:

Die Ermöglichung kreditfinanzierten Erwerbs von Waldgrundstücken wird begrüßt. Hiermit werden Arrondierungen möglich und gewährleisten damit eine effizientere Bewirtschaftung des Staatswaldes im Sinne der §§ 18, 19 ThürWaldG.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Hbb beamtenbund und tarifunion Thüringen</td> <td>e.V. (Verband)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schmidtstedter Str. 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Hbb beamtenbund und tarifunion Thüringen	e.V. (Verband)	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schmidtstedter Str. 3	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Hbb beamtenbund und tarifunion Thüringen	e.V. (Verband)										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schmidtstedter Str. 3										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Gewerkschaftsdachverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

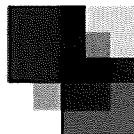
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.8.2020	

THÜR. LANDTAG POST

28.08.2020 10:32

1990112020



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Landesvorsitzender

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Per Email:
poststelle@thueringer-landtag.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
10. Juli 2020

Datum
31. August 2020

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

Hier: Schriftliche Stellungnahme zum Anhörungsverfahren § 79 der GO Thüringer Landtag

Sehr geehrter Herr Ministerialrat

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. bedankt sich für die weitere Möglichkeit zur Stellungnahme zu o.g. Gesetzänderung.

Im Wesentlichen sollen finanzielle Änderungen zur Ausstattung der AöR ThüringenForst beschlossen werden. Aus unserer Sicht war bereits seit Gründung der AöR ThüringenForst diese langfristig finanziell nicht ausreichend ausgestattet. Obwohl alle Leistungen der AöR wie zuvor der Verwaltung innerhalb des Ministeriums zugestanden werden sollten, sieht die Praxis leider anders aus. Leistungen wurden in die Eigenfinanzierung der AöR ThüringenForst „übergeben“.

Beispielhaft sind Versicherungskosten für Dienst-Kfz über die Finanzierung der Ausbildung bis zur Nichterstattung der jährlichen Kostensteigerung durch Tarifabschlüsse und Besoldungserhöhungen aufgeführt. Dies erfolgte alles ohne die Berücksichtigung von natürlichen Schadereignissen.

Den vorliegenden Gesetzentwurf begrüßt der tbb als einen strukturell richtigen Ansatz. Die Ausgestaltung der beabsichtigten Maßnahmen sollte aus Sicht des tbb in einigen Schwerpunkten geändert werden.

Dazu im Einzelnen folgend.

Drucksache 7/ 868

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und Bündnis90/ DIE GRÜNEN

Zu Artikel 1

Zu Nr. 1 (Absatz 2 Satz 2)

2. Halbsatz (Jährliche Steigerungen)

Der tbb begrüßt die Regelung im 2. Halbsatz („... zuzüglich einer Jährlichen Steigerung in Höhe von zwei Prozent erstmalig ab dem Jahr 2024“), *fordert hier jedoch, dass diese Änderung bereits ab dem Jahr 2021 greift.*

Alle bisherigen Tarif- und Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten der AöR musste die AöR ThüringenForst selbst finanzieren. Zum Jahr 2021 wird es wieder Tarifverhandlungen für den TV-L geben. Ein Erstbeginn in 2024 würde eine zusätzliche Ausgabenverpflichtung für die Jahre 2021-2023 wegen der Finanzierung aus den nächsten Tarif-u. Gehaltsrunde ergeben. Damit wird das Erreichen einer ausreichenden Finanzausstattung wieder in Frage gestellt.

In der eigenen Begründung zu Nummer 1 wird richtigerweise auf den Sachverhalt eines zwanghaften Personalabbaus bei Nichteinführung einer Anpassungsklausel hingewiesen. Wieso dieser erst ab dem Jahr 2024 greifen soll, erschließt sich nicht. Diese 2% greifen bereits seit Gründung der AöR ThüringenForst und mussten bisher durch Personalabbau insbesondere bei den Forstwirten kompensiert werden. Auch die seit Errichtung der AöR erfolgten strukturellen Änderungen (Zusammenschluss mehrerer Forstämter) gehen auf diese unzureichende Ausstattung zurück.

1. Halbsatz (Finanzzuführungen)

Vorgeschlagen wird eine Reduzierung der Finanzzuführung von 2020 (29,1Mio. Euro) bis 2022 (27,41Mio.Euro). Dies lehnt der tbb ab. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso unter den heutigen Bedingungen eine weitere Finanzreduzierung bis zum Jahr 2022 beschlossen werden soll, wenn doch die notwendige Mehrausstattung begründet ist.

Diese reduzierten Zuführungen führen bereits ohne die derzeitige Katastrophenlage unter normalen Wirtschafts-/ Erlösbedingung zu einem weiteren Personalabbau mit der Folge eines Verlustes an Leistungsfähigkeit insbesondere in der Fläche und bei der hoheitlichen Aufgaben sowie der Qualität der Arbeit auf der Fläche, was insbesondere einer naturnahen Forstwirtschaft abträglich ist. Diese Reduzierung der hoheitlichen Aufgaben sind unter normalen Bedingungen beschlossen worden und sind aus Sicht des tbb für die jetzige Situation nicht mehr angemessen.

Der tbb fordert die Anhebung ab dem Jahr 2023 bereits auf das Jahr 2021 vorzuziehen.

Das Vorziehen der Anhebung ermöglicht dann auch die dringend notwendige Aufstockung der forstlichen Ausbildung und unbefristeten Übernahme von selbst ausgebildeten Fachpersonal. Hierbei geht es um die Ausweitung der Ausbildung von Forstwirten im eigenen forstlichen Bildungszentrum Gehren (interne Ausbildung von derzeit 15 Forstwirten) und deren unbefristete Übernahmemöglichkeit nach dreijähriger Ausbildung. Insbesondere die derzeitige Katastrophe zeigt deutlich, dass es in Thüringen und Deutschlandweit keine ausreichende Unternehmerstruktur gibt, die auch, wie erforderlich, über einen längeren Zeitraum ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stellen kann. Nur mit ortskundigen, sofort abrufbaren Forstwirten (ohne Ausschreibungsprozedere) ist eine effektive Käferbekämpfung ohne Chemie und zeitnah möglich.

Für die Anleitung dieser Forstwirte und insbesondere für den massiv angestiegenen Bedarf an forstlicher Beratung im hoheitlichen Bereich bedarf es zur unmittelbaren Katastrophenbewältigung und zur langfristigen Sicherung eines Waldes und dessen Umbau ausgebildete Förster (Fachschule/ Bachelor/ gehobener Dienst). Wenn nicht jetzt die Ausbildungskapazitäten hochgefahren werden, wird mit dem natürlichen massiven Personalabgang zwischen 2023 und 2026 kein ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen. Das trifft nicht nur für ThüringenForst sondern für alle Forstbetriebe/ Forstverwaltungen bundesweit zu

Zu Nr. 2 (Absatz 4)

Insofern die Sonderzuführungen in Höhe von 4 Mio. Euro im Gesetz ihren Niederschlag finden, begrüßt der tbb dies sehr. Wichtig hierbei ist jedoch die Art und Weise, wie dieser Betrag eingesetzt werden kann. Soweit hier keine eingeschränkte Verfügbarkeit vorgesehen ist, stellt dies einen wesentlichen Beitrag zur Möglichkeit der Ausbildung und Nachwuchsförderung dar.

Zu Nr. 3 (neuer Absatz 5)

Der tbb sieht ebenfalls die Notwendigkeit der Stärkung in der Hoheit und hier in der Beratung und Betreuung sowie im Waldbau für den Nichtstaatswald.

Aus Sicht des tbb sollte hier die vorgesehene Umsetzung geändert werden: Die Einschränkung nur auf konzeptionelle Planung erscheint zu kurz gefasst. Auch der tbb sieht die Verpflichtung von Nicht-Staatswaldbesitz Einzelmaßnahmen auf der Fläche selbst zu finanzieren/ über Förderung Unterstützung zu bekommen. Jedoch wird keine Planung entsprechende Pflanzen zur Verfügung stellen. Hier sollte ein konkreter Betrag für die Pflanzenbereitstellung/ Anzucht als aktive Maßnahme zur Verfügung gestellt werden bzw. solche Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden.

Vom tbb weitere für erforderliche gehaltenen Gesetzesänderungen:

Zu § 12 Absatz 1 Satz 2

„Bei den betrieblichen Aufgaben soll die Landesforstanstalt insgesamt mindestens Kostendeckung erreichen.“

Dies sah die Ausrichtung der AÖR ThüringenForst zum Zeitpunkt ihrer Errichtung vor. Ob dieses wesentliche Ziel „Kostendeckung“ angesichts der derzeitigen Katastrophe noch realistisch erscheint, wird angezweifelt. Ein weiterer Aspekt ist die geänderte gesellschaftliche Sichtweise. Eine reine Ausrichtung auf Kostendeckung ist mit den mittlerweile völlig geänderten gesellschaftlichen Anforderungen an „Wald“ an sich, aus Sicht des tbb, nicht mehr zeitgemäß. Und wenn sich die gesellschaftlichen Anforderungen ändern, muss auch die Ausrichtung der AÖR ThüringenForst geändert werden.

Der tbb schlägt daher folgende sinngemäße Formulierung vor: *Streichung des Wortes „mindestens“ und ersetzen durch das Wort „möglichst“.*

Wichtig wäre unter diesem Gesichtspunkt auch die Finanzierung des Forstbetriebes durch die Honorierung der Ökosystem(dienst)leistungen, damit der Erlös nicht allein vom Holz abhängt. Die ausschließliche Finanzierung über den „Holz“-weg scheint langfristig ausgedient zu haben. Auch wenn die Gewinnung dieses wertvollen und klimafreundlichen Wertstoffs weiter von großer Bedeutung ist.

Zu § 2 Absatz 2 Satz 2

In Zusammenhang mit der geforderten geänderten Ausrichtung der AÖR ThüringenForst sollten die in § 2 Absatz 2 Satz 1 aufgeführten „Allgemeinwohlbelange“ näher definiert werden.

Drucksache 7/724

Antrag der Fraktion der CDU „Gemeinwohl und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen“

Der tbb begrüßt grundsätzlich die Forderungen der CDU-Fraktion unter II. und III. unabhängig von dem bereits erfolgten Zeitablauf.

Zu III. Schaffung eigenständiges Sondervermögen

Der tbb begrüßt die Schaffung eines vom Haushalt unabhängigen Sondervermögens in Höhe von 50 Mio. Euro für die nächsten zehn Jahre. Der tbb verweist auf die Aussagen aller im Landtag vertretenen Parteien anlässlich der Veranstaltung im Oktober 2019 vor der Wahl. Hier haben alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen unisono diese 500 Mio. Euro als ihr Ziel für den Wald erklärt. Anwesend für die Fraktionen waren Tilo Kummer (DIE LINKE), Robert Geheeb (SPD), Anja Siegesmund (Bündnis90/ Die GRÜNEN), Mike Mohring (CDU), Thomas Kemmerich (FDP) und Stefan Möller (AfD). Der tbb würde es begrüßen, wenn diese Vorwahlaussage nunmehr ihre Umsetzung erfahren würde.

zu IV. 2. Kohlendioxid Bindungsprämie

Grundsätzlich steht der tbb einer flächenbezogenen Prämie für die Leistungen des Waldes offen gegenüber. Diese sollte jedoch an klare Bedingungen hinsichtlich der Art und Weise der Bewirtschaftung der Wälder geknüpft werden. Die Zertifizierung der Waldflächen ist dabei ein erstes hilfreiches Kriterium. Weitere ökologische und soziale Kriterien sind ebenfalls wichtig. Diese müssen jedoch einfach nachvollziehbar gestaltet sein, um kein neues Bürokratiemonster zu erschaffen. Eine „Gießkannenprämie“ ohne klare Bedingungen ist aus Sicht des tbb jedoch abzulehnen.

Die Variante einer „Kohlendioxid-Bindungsprämie“ ist sicher eine Möglichkeit. Zu bedenken ist hierbei jedoch, was passiert, wenn der prämierte Wald weg ist (Sturm, Käfer, Dürre). Muss dann die Prämie wie bei Fördermittel zurückgezahlt werden, weil die Waldfläche plötzlich zur Kohlendioxidquelle wird? Hier ist sehr genaues Agieren erforderlich, um nicht aus einer momentanen Förderung ein Rückzahlungsfiasko zu machen. Weitere Prämien, wie z.B. für Wasserversorgung, Freistellung von Grundsteuer für Waldbesitz, sollten als Gesamtpaket betrachtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

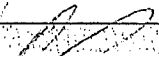
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/868; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">Landesbeirat Wald und Netz Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Stk FA Erfurt</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Leipziger Str. 27</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesbeirat Wald und Netz Thüringen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stk FA Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leipziger Str. 27	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		Landesbeirat Wald und Netz Thüringen e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stk FA Erfurt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leipziger Str. 27									
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung der Forst- und Holzwirtschaft in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Befürwortung der Finanzmaßnahmen zur Bewältigung der Aufgaben der Thüringer Forst NöR - Finanzmittelumsatz u.a. dringend für Bildung/Aus- und Weiterbildung zur Sicherung von Fachpersonal vor allem für praktische Umsetzungsmaßnahmen im Gesamtland inkl. Forschung - Zukunfts- und Etablierung Thüringer WOLZ Innovations- und Kompetenzzentren für nachhaltige Holzverarbeitung 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="checked" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift 
Erfurt, 07.09.2020	

Landesbeirat Wald & Holz Thüringen e.V.
Leipziger Straße 77 | 99085 Erfurt | Deutschland

per E-Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Thüringer Landtag

Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Erfurt, 27.08.2020

Stellungnahme zur Änderung des Errichtungsgesetzes

Sehr geehrter Herr

zunächst bedanken wir uns für die Möglichkeit der Beteiligung im Anhörungsverfahren zu folgenden Beratungsgegenständen:

- ⇒ Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“
- ⇒ Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren
- ⇒ Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen
- ⇒ Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken

Die Mitglieder des Landesbeirates Wald und Holz Thüringen begrüßen ausdrücklich die Befassung des Thüringer Landtages mit den für die Zukunft Thüringens so wichtigen Belangen der nachhaltigen Waldbewirtschaftung, der Anpassung an die klimatischen Änderungen und den Erhalt intakter Wälder als Lebensgrundlage für Pflanzen, Tiere und den Menschen. Die Thüringer Bevölkerung ist im Grünen Herzen Deutschlands auf besondere Weise mit ihrem Wald verbunden und in der Zukunft im Sinne einer klimaverträglichen Wirtschaft und der Entwicklung vitaler Lebensraumstrukturen auf ihn angewiesen.

Der Landesbeirat Wald und Holz Thüringen schlägt deshalb folgende Ergänzungen der in den einzelnen Bereichen vorgeschlagenen Gesetzesformulierungen vor:

⇒ **Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“**

Die in **Artikel 1 Absatz 2 und 4** vorgeschlagenen jährlichen Finanzauführungen gewährleisten im Wesentlichen die fortgesetzte Aufgabenerfüllung der Thüringen Forst AöR auf dem zum damaligen Zeitpunkt bereits reduzierten Niveau des Jahres 2018 (Absatz 2) und für den Zeitraum 2019 – 2022 wirkungsvolle Maßnahmen zur Bewältigung der unmittelbaren Katastrophensituation in allen Waldbesitzarten (Absatz 4) durch z.B. Einsatz von Personal im Bereich des Forstschatzes und der Maßnahmenkoordination, in der Förderung und Anlage von Holzlagerplätzen. Mit den finanziellen Mitteln sollte neben der Erfüllung der bereits definierten Aufgaben der AöR im hoheitlichen Bereich auch die quantitative und qualitative Sicherung des absehbaren Fachkräftebedarfes durch Anpassung der Zahl der Auszubildenden im Forstwirt-Berufsbild und durch Erhöhung der Anzahl der an der Fachhochschule Erfurt dual Studierenden sowie in Anwärterausbildung aufzunehmenden Absolventen forstlicher Studiengänge im betreffenden Zeitraum realisiert werden. Zudem ist es bedeutsam, die Ausbildungsform des Referendariates wiederaufzunehmen, um für hoch qualifizierte und motivierte Studienabsolventen attraktivere Ausbildungsbedingungen schaffen und zielgerichtet Leitungspersonal ausbilden zu können. Aufgrund der umfangreichen Aufgaben ist zu prüfen, ob eine vorfristige Erhöhung des Zuführungsbetrages erforderlich ist. Insbesondere der Kleinprivat- und Kommunalwald bedürfen der massiven Hilfe seitens des Gemeinschaftsforstamtes, um den Aufgaben aus dem Thüringer Waldgesetz unter den aktuellen Bedingungen gerecht werden zu können.

Die in **Artikel 1 Absatz 5** vorgeschlagene jährliche Finanzauführung sollte für konkrete Waldumbaumaßnahmen in allen Waldbesitzformen einschließlich der dafür erforderlichen Management- und Dokumentationsaufgaben sowie die Erzeugung und den Transfer wissenschaftlicher Grundlagen zum Einsatz kommen. Der Landesbeirat Wald und Holz Thüringen e.V. spricht sich für folgende Formulierung des Gesetzentwurfes in Absatz 5 aus: **„(5) Zur Bewältigung des aufgrund des Klimawandels notwendigen Waldumbaus erhält die Landesforstanstalt für die Realisierung konkret festzulegender Maßnahmen in den Jahren 2021 – 2036 eine jährliche Zuführung in Höhe von 11.000.000 Euro.“** Die Mittel sind für eigentumsunabhängige konzeptionelle Planungen und die wissenschaftliche Begleitung des Waldumbaus, Unterstützung aller Waldeigentumsarten bei der Beschaffung von qualifiziertem Saat- und Pflanzgut, Beratung und aktive Unterstützung aller Waldeigentümer bei der Gestaltung und

Umsetzung standortsgerechten, klimaangepassten Waldbaus und Entwicklung und Ausstattung forschender Strukturen in Thüringen einzusetzen. Insbesondere ist die Zusammenarbeit des Forstlichen Forschungs- und Kompetenzzentrums der ThüringenForst AÖR in Gotha mit der Fachhochschule Erfurt zu qualifizieren. Zur stärkeren Einbindung des an der FH Erfurt vorhandenen Fachwissens in die Maßnahmen des Waldumbaus und der innovativen Entwicklung wertschöpfender Holzverwendungsmöglichkeiten einerseits und zum schnelleren Transfer neuer Methoden und Maßnahmen in die Praxis – insbesondere auch im Bereich der Aus- und Weiterbildung – bedarf es einer personellen Verstärkung im Schnittstellenbereich zwischen den durch einen Kooperationsvertrag bereits miteinander verbundenen Partner. Für die Forschungs- und Entwicklungsbelange werden zudem finanzielle Mittel für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen außerhalb Thüringens benötigt. Die Abstimmung und Koordinierung der forstlichen Maßnahmen sollte in der Hand der ThüringenForst AÖR gebündelt werden, um Parallelstrukturen und damit Informations- und Effizienzverluste zu vermeiden.

Neben der Entwicklung, Realisierung und Analyse von Methoden und Verfahren im Bereich des Monitorings und Managements angepasster Waldumbaumaßnahmen muss der wertschöpfenden regionalen Verwendung der Rohholzsortimente mehr Bedeutung beigemessen werden. Durch eine langfristig angelegte innovative Holzverwendung aus nachhaltiger Waldwirtschaft können die auch für Thüringen geltenden Klimaziele durch Bindung und Festlegung von CO² sowie durch Vermeidung maßgeblicher CO² - Emissionen infolge der Substitution auf fossilen und oftmals hierzulande nicht verfügbaren Rohstoffen basierender Materialien schneller erreicht und mit einer positiven Strukturentwicklung – insbesondere auch im ländlichen Raum – verbunden werden. Hierzu hat der Landesbeirat Wald und Holz Thüringen bereits Anregungen auf der Basis einer Studie gegeben. Im ersten Schritt wird die Einrichtung eines Thüringer Holz Innovations- und Kompetenzzentrums benötigt, durch welches die Zusammenarbeit der diversen Partner innerhalb des Clusters Wald und Holz Thüringen, aber auch mit den anderen Clustern Thüringens, z.B. in den Bereichen Bau- und Materialwirtschaft, Automotive, Optik, Sensorik, IT, Maschinenbau und Textilfaserverarbeitung, organisiert und zielgerichtet auf konkrete Ansiedlungsprojekte entwickelt wird. Damit kann ein wesentlicher Beitrag zur sinnstiftenden und für Thüringen im 21. Jahrhundert essentiellen klimaverträglichen Wirtschaftsentwicklung auf der Basis des vor Ort nachwachsenden Rohstoffes Holz geleistet werden. In einem zweiten Schritt wird eine auf den Schwerpunkt „Innovative Holzverwendung als Beitrag zum Klimaschutz“ gerichtete Forschungskooperation aus clusterübergreifenden Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Unternehmen entstehen, die sich insbesondere der Verwendung neuer Baumarten bzw. Holzqualitäten widmet, um

auch in Zukunft die das Klima nicht nachteilig beeinflussende Holzverwendung im regionalen Kontext sichern zu können.

Für die wirksame und effiziente Verwendung der finanziellen Mittel ist eine konsequente Vereinfachung und Minimalisierung aller bürokratischen Verfahren zur Mittelausreichung im Sinne einer sachgerechten und verantwortungsvollen Zielerreichung notwendig.

Die in **Artikel 1 Absatz 8** eingeräumte Möglichkeit der Kreditaufnahme zum Erwerb forstlicher Flächen zur Sicherung der Umsetzung waldgesetzlicher Erfordernisse wird im Sinne des gesellschaftlich relevanten, verantwortungsvollen Umgangs mit der Lebensgrundlage Wald unterstützt.

⇒ **Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren**

Die Forderungen in der EntschlieÙung werden durch die Mitglieder des Landesbeirates Wald und Holz Thüringen unterstützt. Ergänzend soll aber festgehalten werden, dass die Relevanz der CO² - Bindung im Holz der Bäume für den Klimaschutz langfristig vor allem dann vollumfänglich wirksam werden kann, wenn das Holz werthaltig – und damit in möglichst langlebigen Produkten - verwendet wird. Eine hohe Wertschöpfung aus dem Holz erhöht zukünftig die Deckungsbeiträge der Waldbesitzer und kann somit auch in den Waldumbau investiert werden. Zudem werden viele Maßnahmen der Schadholzlagerung überflüssig. Die Entwicklung einer holzbasierten Wirtschaft mit hoher Wertschöpfungstiefe in Thüringen ist im Verbund mit der Weiterentwicklung unserer diesbezüglichen Forschungs- und Innovationslandschaft eine essentielle Frage der Daseinsvorsorge für die Thüringer Bevölkerung und die nachfolgenden Generationen. Aus diesem Grund sollten finanzielle Mittel aus dem Corona – Konjunkturpaket nicht nur zur Abmilderung von Schäden, sondern vor allem auch in die weitsichtige Etablierung zukunfts-trächtiger und klimaverträglicher Wirtschaftsstrukturen fließen. Thüringen verfügt mit den stabilen Strukturen der Forst- und Holzwirtschaft über beste Voraussetzungen für die Entwicklung dieser beispielgebenden Wirtschaftsbereiche.

Die Mitglieder des Landesbeirates Wald und Holz Thüringen bringen sich gerne in die Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse ein.

- ⇒ **Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen**
- ⇒ **Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken**

Die Mitglieder des Landesbeirates Wald und Holz Thüringen unterstützen alle Forderungen, die auf eine konkrete Untersetzung des Programmes „Grünes Herz Thüringen. Aktionsplan Wald 2030“ abzielen und damit ein schnelles, aber auch von Weitsichtigkeit getragenes Handeln ermöglicht wird.

Es wird angeregt, die Zusammenhänge zwischen der das Klima schonenden CO² - Speicherung in Wäldern und der erheblichen Verstärkung dieser Wirkung durch Erzeugung und Verwendung langlebiger Holzprodukte und die damit mögliche Substitution von Materialien aus Klimaschädlichen Gewinnungs- und Herstellungsverfahren sowie mit gesundheitsschädlicher Wirkung explizit darzustellen. Es ist nicht weitgreifend genug, nur reagierende Maßnahmen zu ergreifen. Auch der Waldumbau allein wird keine das Klima schützende Wirkung entfalten – vielmehr sind Grundlagen für einen Wandel hin zu klimaschonenden Wirtschaftsweisen zu legen. Das kann im Bereich des Clusters Forst und Holz beispielhaft und für Thüringen identitätsstiftend gelingen. Nicht nur die CO²-Speicherung im Wald, sondern auch die an Qualitätsparameter gebundene CO²-Festlegung in langlebigen Produkten (z.B. im modernen Holzbau, in der Textil- oder Automobilwirtschaft) muss honoriert werden. Wie bereits mehrfach erörtert, sollen bei der Aufstellung der notwendigen Maßnahmen zusätzlich folgende Erfordernisse berücksichtigt werden:

1. Etablierung eines Thüringer HOLZ Innovations- und Kompetenzzentrums als Start für eine zukünftig werthaltige Verwendung des regional nachwachsenden und in verantwortungsvoller, nachhaltiger, multifunktionaler Waldbewirtschaftung bereitgestellten Rohstoffes Holz – Grundlage für Wertschöpfung und konkreten Klimaschutz sowie Forschung zur wertschöpfenden und das Klima schonenden Verwendung zukünftig heranwachsender Baumarten und Holzqualitäten
2. Start einer Initiative für modernen Holzbau in Thüringen als wesentliches Element der sinnvollen und Klimaschonenden Verwendung des Rohstoffes Holz – Unterstützung diesbezüglicher Maßnahmen mit gesamtgesellschaftlicher Wirkung
3. Erweiterung des Bildungsangebotes im Bereich der Holzverwendung – insbesondere im modernen Holzbau – als Beitrag zur Förderung Klima schonender Wirtschaftsbereiche und Holzverwendung im Sinne höherer Wertschöpfung

4. Intensivierung der Kooperation zwischen der ThüringenForst AÖR und der Fachhochschule Erfurt zur effizienteren Nutzung der im Freistaat verfügbaren Ressourcen für Forschung, Wissenstransfer sowie Aus- und Weiterbildung benötigten Fachpersonals im Bereich des Waldumbaus und des Waldmanagements – Unterstützung durch synergistische Nutzung personeller und struktureller Potentiale

Gerne bringen sich die Mitglieder des Landesbeirates Wald und Holz in die folgenden Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse ein. Für Rückfragen zu den einzelnen genannten Punkten stehen wir zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstandsvorsitzender

Übung

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Ökologischer Jagdverein Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">Eingetragener Verein e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Tissaer Weg 1f</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07646 Stadthoda</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Ökologischer Jagdverein Thüringen	Eingetragener Verein e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Tissaer Weg 1f	Postleitzahl, Ort	07646 Stadthoda
Name	Organisationsform										
Ökologischer Jagdverein Thüringen	Eingetragener Verein e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Tissaer Weg 1f										
Postleitzahl, Ort	07646 Stadthoda										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Ansprechpartner für Themen rund um die Jagd in Thüringen Förderung der Jagd und des Bundeswesens Sinnvolle und nachhaltige Nutzung der Ressource Wild</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Wesentliche Zusage. Die 11 Mio Zuschuß sollten auch für aktive Waldumbaumaßnahmen auf der Fläche genutzt werden können. Keine Wildschutzaufnahmen in Ergeßfeldbezirk davon finanzieren. Waldhauf durch Thüringerforst in begünstigten Fällen.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Stadthof, 25.08.20	



THÜR. LANDTAG POST
27.08.2020 10:45

19754/2020

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Strasse 1
99096 Erfurt

Ihr Ansprechpartner:

Durchwahl:

info@oejv-thueringen.de
<http://www.oejv.org/landesgruppen/thueringen/>

Ihr Zeichen:
DRS 7/ 868/1013/724 NF/793

Betreff: Stellungnahmen im Rahmen der Anhörung

Ihre Nachricht vom:
10. Juli 2020

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersende ich ihnen die Stellungnahmen des Ökologischen Jagdverein Thüringen im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens zum dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes und zum dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechtes „ThüringenForst“ plus weiterer Anträge.

Stadtroda
25.08.2020

Wir bedanken uns bei ihnen, dass uns diese Möglichkeit eingeräumt wurde.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

(1. Vorsitzender)



Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“.

Positionen des Ökologischen Jagdverein Thüringen e.V. (ÖJV Thüringen) als Anzuhörende im schriftlichen Anhörungsverfahren.

Zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/868 (Anlage 2)

Der ÖJV Thüringen begrüßt ausdrücklich die geplante Gesetzesänderung. Die Stabilisierung der AöR ThüringenForst im Bereich Beratung, Betreuung und Hoheit ist ein wichtiger Schritt, genauso wie die geplanten 4 Mio Euro für die Jahre 2019 bis 2022 zur Bewältigung der Sondersituation durch Dürre, Sturm und Borkenkäferbefall.

Ebenfalls ist die auf 15 Jahre ausgelegte jährliche Zuführung von 11 Mio Euro zur Bewältigung des nötigen Waldumbaus ein wichtiger Schritt für einen zukunftsfähigen Wald. Für den Fall, dass eine dauerhafte und starke anderweitige Finanzierung des aktiven Waldumbaus (Pflanzung, Saat, erfolgreiche, gemischte Naturverjüngung,..) nicht gewährleistet ist, sollte entgegen der jetzigen Bestimmungen zu Artikel 1, die Möglichkeit der Verwendung dieser Gelder für „aktive Maßnahmen auf der Einzelfläche“ eingesetzt werden dürfen.

In dem Zusammenhang fordert der ÖJV Thüringen jedoch, Gelder nicht in Wildschutzmaßnahmen zu lenken, sondern die Herstellung der gesetzlichen Vorgaben (Stichwort angepasste Wilddichten nach § 1 Thüringer Jagdgesetz) stärker einzufordern und/oder durch jagdliche Erleichterungen beizutragen, diese zu erreichen. Gerade auf die längst überfällige Überarbeitung und Harmonisierung der Jagdzeiten, wie dies in mehreren Bundesländern bereits erfolgte, soll in diesem Zusammenhang nochmals hingewiesen werden.

Zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Vorlage 7/644 (Anlage 3)

Der ÖJV Thüringen unterstützt den Änderungsantrag der FDP Fraktion teilweise.

Eine Kreditaufnahme für Thüringen Forst sollte nur in begründeten Fällen zulässig sein. Diese könnten zum Beispiel in einer möglichen, sinnvollen Flächenarrondierung liegen oder wenn sich durch einen Zukauf ein Eigenjagdbezirk bilden würde.

Weiterhin sollte eine Kreditaufnahme möglich sein, wenn Kommunen Wald verkaufen wollen. Denn aus Sicht des ÖJV Thüringen soll öffentlicher Wald auch öffentlicher Wald bleiben, um den hohen Stellenwert der Gemeinwohlfunktion zu sichern. Einen pauschalen Flächenankauf von Privatwald durch die AöR Thüringen Forst lehnt der ÖJV Thüringen ab.



Zum Antrag „Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren“ der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/1013 – Anlage 4

Zustimmung. Der notwendige Waldumbau kann in vielen Fällen nur mit Hilfe von Fördermitteln durch die Forstbetriebe realisiert werden. Aus diesem Grund ist eine zeitgemäße Förderrichtlinie für einen klimastabilen Wald unabdingbar. Aus Sicht des ÖJV Thüringen dürfen Schutzmaßnahmen wie Zaunbau oder Wuchshüllen nur durch Steuergelder gefördert werden, wenn der Flächeneigentümer keinen direkten Einfluss auf die Bejagung der eigenen Flächen hat. Dies bedeutet, dass einem Flächeneigentümer, der per Gesetz einen Eigenjagdbezirk von mindestens 75 ha hat, nur der Kauf der Pflanzen und die Pflanzung gefördert werden darf. Damit keine Schutzmaßnahmen notwendig werden, kann durch eine angepasste Jagdstrategie beeinflusst werden. Somit fördert der Steuerzahler keine gesetzeswidrigen Zustände, wenn der Waldbesitzer zu hohe Wildbestände hat, die nur ein Aufwachsen der jungen Pflanzen mit Schutzmaßnahmen ermöglichen. Dadurch kann mit den zur Verfügung stehenden Geldern deutlich mehr Fläche umgebaut werden.

Zum Antrag der CDU Fraktion „Gemeinwohl- und Klimaschutzleistung des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen“ Drucksache 7/724 (Anlage 5)

Der ÖJV Thüringen unterstützt die Forderung der CDU Fraktion.

Die Umsetzung des Aktionsplanes Wald 2030 kann nur gelingen, wenn dauerhaft Gelder zur Verfügung stehen und nicht alle 2 Jahre neu verhandelt werden muss.

Auch die Forderung nach einer Flächenprämie für Waldbesitzer, damit diese den vielfältigen Anforderungen der Gesellschaft an den Wald gerecht werden können, wird unterstützt. Diese Prämie sollten allerdings an eine naturnahe Waldwirtschaft gekoppelt sein, bei der die Wilddichten dem Lebensraum angepasst sein müssen.



Zum Alternativantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie Cluster Forst und Holz in der Krise stärken“ – Drucksache 7/793 – (Anlage 6)

Der Alternativantrag erscheint weniger konkret und verbindlich als der Antrag der CDU Fraktion.

Letztendlich zählt, dass genügend und sichere Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden, um die große Aufgabe des Waldumbaus erfolgreich zu realisieren.

Die Änderung einiger bremsender gesetzlicher Rahmenbedingungen auf dem Gebiet der Jagd sollten flankierend geändert werden, damit die Jäger ihre wichtige Rolle in dem Waldumbauprozess besser gewährleisten können.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
<p>Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793</p>		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Waldbesitzerverband für Thüringen e.V.	Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle, Weidigstraße 3 a
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Weidigstraße 3 a, 99885 Ohrdruf
	Postleitzahl, Ort	99885 Ohrdruf
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	

	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort		
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)		
	Der Verband ist die berufsständische, rechtliche und forstpolitische Interessenvertretung der privaten Waldbesitzer in Thüringen		
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher		
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?		
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)		
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)		<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?		
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?		
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief		
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)		
	<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!		

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ohrdruf, 25.08.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Geschäftsstelle
Weidigstraße 3a
99885 Ohrdruf

THÜR. LANDTAG POST
27.08.2020 10:45

19753/20



Thüringer Landtag
Ausschuss
für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen- Fuchs- Straße 1

Ohrdruf, 25.08.2020

9 9 0 9 6 Erfurt

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/868 -

Dazu :- Vorlage 7/644 (**Änderungsantrag der Fraktion der FDP**)

und

Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau investieren

Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/1013 -

sowie

Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/724 – Neufassung –

und

Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN

- Drucksache 7/793 -

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem uns übersandten Gesetzentwürfen geben wir folgende Stellungnahme ab:

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/868 -

Dazu :- Vorlage 7/644 (**Änderungsantrag der Fraktion der FDP**)

Artikel 1

Änderungen des § 12 des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“:

Die Festlegungen zur Finanzaufführung an die AöR, zu den zusätzlichen Zuführungen an die AöR sowie zur Zuführung zur Bewältigung des Waldumbaus an die AöR in den Punkten 1 bis 3 begrüßen wir ausdrücklich.

Allerdings sollte die Zuführungen zur Bewältigung des Waldumbaus zumindest teilweise auf das Jahr 2020 vorgezogen werden.

Sehr wichtig ist, dass die AöR die Forstliche Ausbildung in allen Laufbahnrichtungen wieder intensiviert. Bereits jetzt fehlen Forstwirte, aber auch Absolventen des gehobenen Dienstes in erheblichem Umfang. Es ist schon lange überfällig, dass hier gegengesteuert wird.

Die Aufnahme von Krediten durch die AöR „ThüringenForst“, um Waldgrundstücke zu erwerben, lehnen wir ab.

Wenn der Ankauf von Privatwaldflächen, bei denen Waldbesitzer aufgegeben haben oder die Schadholzaufbereitung nicht mehr finanzieren können, was viele tausend Hektar betrifft, durch die AöR ThüringenForst konsequent umgesetzt werden soll, müsste die AöR viel höhere Kredite aufnehmen.

Wie in der Begründung zu dem Gesetz richtig festgestellt

- können Waldbesitzer die Aufbereitung des Schadholzes nicht mehr finanzieren,
- besteht für viele Privatwaldbesitzer die Gefahr des finanziellen Totalverlusts,
- sind sämtliche Reserven des Sektors aufgebraucht,
- besteht die Sondersituation im Wald unvermindert fort und
- hat ungeahnte Ausmaße angenommen.

So wäre es folgerichtig, wenn private und körperschaftliche Waldbesitzer auch durch Zuschüsse aus Landesmitteln unterstützt werden. Diese Unterstützung muss so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden.

Die Verfahren der Ausreichung der finanziellen Hilfen müssen dringend vereinfacht werden.

Wenn der Zuschuss von elf Millionen Euro jährlich nicht, wie in der Begründung zum Punkt 3 aufgeführt, für aktive Maßnahmen auf der Einzelfläche (Ansaat oder Pflanzung) vorgesehen ist, müssen wir die Höhe des Zuschusses in Frage stellen. Alternativ fordern wir, dass zumindest Teile dieses Zuschusses für Forstbetriebsarbeiten in allen Waldbesitzarten eingesetzt werden können, für Pflanzungen, Saaten bis hin zur Ersatzvornahme bei der Borkenkäferbekämpfung im Nichtstaatswald.

Dazu :- Vorlage 7/644 (**Änderungsantrag der Fraktion der FDP**)

Wie bereits oben formuliert, lehnen wir die Aufnahme von Krediten durch die AöR „ThüringenForst“, mit dem Ziel, Waldgrundstücke zu erwerben, ab.

Demzufolge stimmen wir dem Antrag der FDP- Fraktion zu.

Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau investieren

Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/1013 -

Der Antrag stellt richtigerweise fest, dass die Wälder Thüringens durch Sturm, Dürre und Insektenbefall in einem noch nie da gewesenen Ausmaß betroffen sind, vielen Waldbesitzern die nötige Liquidität fehlt, die vom Bund angekündigte finanzielle Unterstützung der Waldbesitzer begrüßenswert, allerdings nicht ausreichend ist, da Programme des Bundes einen Eigenanteil der Waldbesitzer voraussetzen.

Wir begrüßen den gesamten Entschließungsantrag, insbesondere aber die Bitte an die Landesregierung unter 3., die vom Bund im Zuge des Corona- Konjunktur- Programms für „den Wald“ bereitgestellten finanziellen Mittel falls nötig durch das Land kofinanzieren und insbesondere den Privatwaldbesitzerinnen und – besitzern als unkomplizierte, pauschalisierte Soforthilfe noch im Jahr 2020 zur Verfügung zu stellen sowie darüber hinaus-falls die Bundeshilfen nicht ausreichen oder nur eingeschränkt nutzbar sind- ein eigenes Notprogramm aufzulegen. sowie unter 6., sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass die Mittel in einem möglichst einfachen Verfahren von der Breite der Waldbesitzer, ohne besondere Anforderungen an die Struktur des Forstbetriebs, in Anspruch genommen werden können.

Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/724 – Neufassung –

Wir begrüßen den gesamten Antrag, insbesondere aber die Forderung unter II., den Aktionsplan Wald 2030 konkret finanziell zu untersetzen (insbesondere „Fördermittel für alle Waldbesitzarten im notwendigen – erheblichem – Umfang bereitzustellen“ sowie unter IV.2., dass die Landesregierung aufgefordert wird, sich im Bund für die Einführung einer „Kohlendioxid- Bindungsprämie“ für alle Waldbesitzer einzusetzen, um deren Anstrengungen im Hinblick auf die Klimafunktion des Waldes angemessen zu vergüten. ... Auch die nachfolgende Formulierung „Diese Prämie soll flächenbezogen ausgestaltet werden und den Waldbesitzern unbürokratisch einen bestimmten Betrag nach nachvollziehbaren Leistungsparametern gewähren ...“ begrüßen wir ausdrücklich, weil damit eine langjährige Forderung unseres Verbandes umgesetzt würde. Allerdings ist kritisch zu hinterfragen, ob es sich nur um eine „Kohlendioxid- Bindungsprämie“ handeln soll. Aus unserer Sicht sollte eine solche Prämie für die gesamten Gemeinwohlleistungen, welche Waldbesitzer für die Gesellschaft erbringen, gezahlt werden. Die Formulierungen in der Begründung tragen wir vollinhaltlich mit, legen aber besonderen Wert auf die Passage in der Begründung: „ Der Forst braucht flächenbezogene und unbürokratische Liquiditätshilfen –nicht nur akut, sondern dauerhaft. Eine Erhöhung der Fördersätze oder die Schaffung neuer Projektfinanzierungen sind nicht mehr zielführend.“

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN

- Drucksache 7/793 -

zu dem Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 7/724 - Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen

Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken

Wir begrüßen diesen Antrag ebenfalls, allerdings erscheint uns der Antrag der CDU-Fraktion weitergehender zu sein und entspricht damit mehr den Forderungen der Waldbesitzer.

Präsident

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>NABU Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Leutra 15</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07751 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	NABU Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leutra 15	Postleitzahl, Ort	07751 Jena
Name	Organisationsform										
NABU Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leutra 15										
Postleitzahl, Ort	07751 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Der NABU Thüringen setzt sich für den Schutz von bedrohten Lebensräumen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten, für sauberes Wasser, für reine Luft und einen gesunden Boden ein.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Da es sich um einen Gesetzentwurf und mehrere Anträge handelt, ist eine Kurzdarstellung unserer Stellungnahme an dieser Stelle leider nicht möglich.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail. <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 28.08.2020	

THÜR. LANDTAG POST
28.08.2020 11:20

19924/2020



NABU Thüringen · Leutra 15 · 07751 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesverband Thüringen

Landesvorsitzender

**Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der
Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“**

Ihr Zeichen: – Drs. 7/868/1013/724 NF/793

Jena, 28. August 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

der NABU Thüringen bedankt sich für die Bereitstellung der Unterlagen und die
Möglichkeit zur Stellungnahme.

Vorangestellte grundsätzliche Bemerkungen

Die "Bewältigung der Krise", die Verbesserung der zukünftigen Behandlung der
Landesforsten und der Beratung Dritter müssen gekoppelt werden an eine
grundsätzlich andere waldbauliche Konzeption. Diese muss sich an den
natürlichen Gegebenheiten und Gesetzmäßigkeiten von Waldökosystemen
orientieren. Bewährte Muster hierfür sind in etlichen Forstbetrieben wie z.B. in
Lübeck und Göttingen vorhanden, die nach "Naturland e.V." zertifiziert sind. Ein
erster Schritt sollte die im Koalitionsvertrag der vorherigen Regierung vereinbarte
Zertifizierung von ThüringenForst nach FSC sein.

Das Bundesamt für Naturschutz hat im April 2020 ein Positionspapier zur
Waldbehandlung in der Klimakrise veröffentlicht, die ebenfalls herangezogen
werden kann (Wälder im Klimawandel: Steigerung von Anpassungsfähigkeit und
Resilienz durch mehr Vielfalt und Heterogenität, BfN 2020). Hier wird sehr deutlich
aufgezeigt, wie die Vielfalt und Heterogenität von Wäldern angesichts der
sichtbaren Auswirkungen der Witterungsextreme gefördert werden kann. Damit ist
sowohl die ökologische Vielfalt als auch Vielfalt im Handeln gemeint. Denn es gilt,
die grundlegenden Funktionen von Waldökosystemen wiederherzustellen, zu
erhalten und zu fördern, um vielfältige, resiliente Wälder zu entwickeln, die mit den
Veränderungen des Klimawandels zurechtkommen, sich anpassen oder neu
organisieren können und dabei ihre grundlegenden Funktionen und ökologischen
Leistungen beibehalten. Einen Schlüsselbegriff stellt die Diversität und
Diversifizierung von Wäldern dar, die aus verschiedener Perspektive in den Blick zu
nehmen ist (Artenzusammensetzung, Struktureichtum, Standortausprägungen,
Funktionsvielfalt, aber auch Vielfalt der Bewirtschaftungsverfahren).

Denn in der Klimakrise muss als oberstes Prinzip gelten: Walderhaltung und
Sicherung der Gemeinwohlfunktionen vor dem Holzgewinn!

An dieser Stelle sei auch auf den 10-Punkte-Aktionsplan für einen gesunden und
resilienten Wald in Thüringen angesichts der Klimakrise verwiesen, den Anja

NABU Thüringen

Leutra 15
07751 Jena
Tel. +49 (0)36 41.60 57 04
Fax +49 (0)36 41.21 54 11
Lgs@NABU-Thuringen.de
www.NABU-Thuringen.de

Bankverbindung

Sparkasse Jena-Saale-Holzland
IBAN DE10 8305 3030 0000 0605 69
BIC HELADEF1JEN

Naturschutzbund (NABU) Thüringen e.V.

Der NABU Thüringen ist ein staatlich
anerkannter Naturschutzverband
(nach § 63 BNatSchG) und nimmt Stellung
zu naturschutzrelevanten Planungen.
Spenden und Beiträge sind steuerlich
absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse
an den NABU Thüringen sind steuerbefreit.



TLT/11200/20/9

Siegesmund, Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz Anfang August 2019 vorgestellt hat.

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ (Anlage 2)

Grundsätzlich begrüßen wir, dass das Land Geldbeträge in 2-stelliger Millionenhöhe über Jahre einsetzt, um die Wälder in Thüringen mit ihrer Gemeinwohlfunktion angesichts der Klimakatastrophe zu retten. Dieses überlebenswichtige Ziel muss künftig vor einer Gewinnmaximierung aus der Holznutzung stehen. Künftige Holznutzung darf das Waldökosystem nicht schädigen. Das heißt im Klartext: Die Pflicht zur Eigenfinanzierung von ThüringenForst muss der Vergangenheit angehören.

Trotz vielfältiger, langjähriger Forderungen der Naturschutzverbände landes- und bundesweit befürchten wir, dass im bisherigen Trott weiter gewirtschaftet zu werden droht.

Konkret sehen wir folgende Mängel im vorliegenden Gesetzentwurf:

1. Das Ausbleiben einer grundlegenden Fehleranalyse als Voraussetzung dafür, dass eine Wende in der Forstwirtschaft zu einer dem Waldökosystem verträglichen Behandlung stattfindet.
2. Die bisher von ThüringenForst veröffentlichten Beiträge in den Medien lassen befürchten, dass stattdessen ein „Weiter wie bisher“ das Handeln bestimmt:
 - Totalräumung der Kalamitätsflächen mit bodenzerstörender Schwertechnik,
 - Pflanzung im Sinne einer Altersklassen- und Plantagenwirtschaft,
 - Einbringung exotischer „Wunderbaumarten“, die mit hohem Risiko für die Zukunft behaftet sind (neue Krankheiten, Parasiten, Störung der Symbiosen mit der Waldbodenflora und -fauna, mangelhafter Streuabbau, nicht kalkulierbare Einflüsse auf die Biodiversität).
 - Das Waldinnenklima zerstörender Wegebau findet lokal weiter statt.
 - der Anbau von exotischen Baumarten in Plastikhüllen läuft auch dort, wo vitale Laubholz-Naturverjüngung bereits steht (Beispiele sind bekannt und sind dokumentiert).
3. Alternative Verfahren werden von ThüringenForst abgelehnt oder in den Verlautbarungen nicht erwähnt wie:
 - die maximale Nutzung der Naturverjüngung unter Einbeziehung aller Pionierbaumarten über einen Zeitraum von 10 Jahren,
 - das Belassen von unverkäuflichem Holz-stehend und liegend auf der Fläche als Schattengeber, Humusspender, Keimbett und Verbissschutz für die Naturverjüngung,
 - lang bewährte Konzepte naturnahen Waldbaus nach dem Beispiel der Stadtwälder z.B. Lübecks oder Göttingens, die die Klimakrise bisher gut überstanden haben.

4. Diese Alternativen sind kostengünstig und erlauben eine längere Anpassung der Waldvegetation an Klimaextreme.
5. Die Gesetzesänderung lässt nicht erkennen, wie die hohen Geldzuführungen aus der Steuerkasse kontrolliert werden sollen. Es fehlt jeder Hinweis, dass sie gekoppelt werden an Auflagen zu Änderungen in der Forstwirtschaft, Änderungen der Durchforstungspraxis, der Rückgassenabstände, die z. Z. 20% der Waldbodenfläche verdichten, noch immer wird durch dichte Graben- und Transportsysteme der Wald zusätzlich entwässert und Extremwetterlagen ausgesetzt.
6. Offenbar hat die seit Errichtung der Forstanstalt vom Land in Millionenhöhe mitfinanzierte Beratung des Privat- und Kommunalwaldes nicht zu rechtzeitigem Waldumbau geführt, wie aus den Klagen der Waldbesitzerverbände deutlich wird.

Wir fordern daher eine Abstellung der unter 1-6 genannten Mängel und eine entsprechende Anpassung des Gesetzentwurfs.

Begründung:

Der wesentliche Grundsatz der Anstalt öffentlichen Rechts muss es sein, Wälder wieder stärker als Ökosysteme zu betrachten, die neben der Holzerzeugung vielfältige und wichtige ökologische Leistungen für Natur und Gesellschaft erbringen.

Die bisherige Praxis mit schleppend erfolgtem Waldumbau, viel zu langem Festhalten an Fichten-Kiefern-Reinbeständen auf erheblicher Fläche und überhöhten Schalenwildbeständen hat neben der Klimakrise zu der Labilität und zum Zusammenbruch der naturfernen Koniferenforste mit beigetragen. Eine finanzielle Förderung der Umsetzung falscher Konzepte ist kontraproduktiv und mit öffentlichen Mitteln nicht zu verantworten. Zuerst muss daher eine konsequente Fehleranalyse erfolgen. Anschließend ist ein neues Konzept der Waldbehandlung zu entwickeln, das auf waldökologischen Gesichtspunkten fußt und eine Neuausrichtung nach sich zieht.

Die Förderung ist deshalb an einen Wechsel der Waldbau- und Wirtschaftskonzepte zu binden. Hierdurch können erhebliche Finanzmittel eingespart werden, z.B. durch verminderte Ausgaben für Flächenräumungen, Totholzbergung, Pflanzenkauf, Maschinenpflanzungen, Nachbesserungen, neue Waldwege, Schädlingsbekämpfung, etc.

Kontrolle und Beratung stärken

Die Transparenz der Geldmittelverwendung ist zu gewährleisten, um den Einsatz durch unabhängige Instanzen kontrollieren und einen zielgerichteten Mitteleinsatz sicherzustellen.

Der Fachbeirat von ThüringenForst ist durch Ökologieexperten zu erweitern und ggf. neu zu berufen. In der Waldkrise sind multidisziplinäres Fachwissen und Erfahrung mit ökosystemarer Waldbau und Waldnutzung gefragt, um die Neuausrichtung von ThüringenForst fachlich zu begleiten. Hochschulvertreter und



die anerkannten Naturschutzverbände sind stärker als bisher zu beteiligen (bisher 1 Vertreter für 6 Verbände, 1 Vertreter Thüringer Jagdverband).

Kostengünstige Naturverjüngungsverfahren müssen Vorrang erhalten

Die derzeitigen massiven „Aufräumarbeiten“ und nachfolgenden maschinellen Pflanzungen müssen beendet werden und durch ökologisch verträgliche Eigenentwicklungen, d.h. natürliche Sukzession einschließlich der Pionierbaumarten mit nur geringen Eingriffen ersetzt werden. Die Kalamitätsflächen sollen sich überwiegend von alleine zu resilienten Zukunftswäldern entwickeln. Dieser Entwicklung sind 10 Jahre Zeit zu geben ohne bodenschädigende maschinelle Räumung. Zusätzliche Pflanzung kann den Prozess unterstützen bzw. ergänzen. Neben dem ökologischen Vorteil der sukzessionalen Eigenentwicklung sind Finanzmittel einsparbar.

Ausbildung und Forschung stärken

Die eingesparten Mittel sollen in den Systemwechsel investiert werden wie beispielsweise in Forschungen zu ökosystemaren Konzeptionen, Aus- und Weiterbildung nach neuer Konzeption, **Entwicklung und Beschaffung waldschonender Maschinen** für Ernte und Transport von Bäumen und die **Umstellung auf FSC-Zertifizierung**. Die Greifarmlänge des Harvesters darf nicht mehr die Waldbodenverluste bestimmen!

Um die Neuausrichtung der Waldbewirtschaftung in die Praxis umzusetzen, muss in die Ausbildung von entsprechendem Fachpersonal investiert werden, vom Pferderücker über den Forstfacharbeiter bis hin zur waldökologischen Ausbildung von allen mittleren und höheren Diensten, die weit über das bisherige Schema hinausgeht. Die Ausbildung muss multidisziplinär organisiert werden, da die systemkonforme Forstwissenschaft mit ihren Vorschlägen zur Bewältigung der Waldkrise weiterhin auf altem Denken beharrt: Räumung. Pflanzen und Schwertechnik statt ökosystemare Ansätze zu fördern.

Private, körperschaftliche Waldbesitzer und Forstunternehmer wie auch die AöR selbst benötigen qualifizierte Forstwirte, Fach- und Hochschulabsolventen. Nachdem bei ThüringenForst durch fortschreitende Einsparprozesse über Jahre die Ausbildung reduziert wurde, ist diese nunmehr dringend wieder zu erhöhen (Waldarbeiterausbildung in Gehren, Ausbildungsumfang für gehobenen Dienst). Darüber hinaus ist es zielführend, eine Referendarausbildung für das 2. Staatsexamen bei ThüringenForst wieder einzuführen.

Nationalparke, Kernzonen der Biosphärenreservate und holznutzungsfreie Waldreservate sind als Lernflächen verstärkt durch eine interdisziplinäre Forschung zu nutzen, um Waldökosysteme besser verstehen zu lernen, besonders unter den Bedingungen der Klimakrise.

Die Krise als Chance- Warnung vor dem „Wunderbaum“

Die aktuelle Situation der Wälder ist aktiv zu nutzen, um stärker als in der Vergangenheit auch natürliche, ungelenkte Sukzessionsprozesse in die Strategien zur Wiederbewaldung zu integrieren. Grundsätzlich ist bei der Wiederbewaldung das Ziel zu verfolgen, naturnahe Laubmischwälder unter dem Vorrang natürlicher

Entwicklungs- und zugleich Anpassungsprozesse zu begründen. Das Einbringen von exotischen „Wunderbaumarten“ aus fernen Kontinenten birgt hohe Risiken: neue Krankheiten, Parasiten, Schäden der Mykorrhiza und Bodenfauna und -flora. Die natürliche Evolution und Anpassung unsere heimischen Waldökosysteme wird gestört bzw. gefährdet. Der technische Wunderglaube hat bisher mehr geschadet als Nutzen gebracht. Einen hohen Stellenwert sollte die heimische Weißtanne erhalten, die in allen Höhenlagen eine Chance erhalten sollte. Das setzt eine effektive Regulierung der Schalenwildbestände voraus.

Die Anstrengungen zum ökologischen Waldumbau müssen erheblich intensiviert werden. Vorrangig ist das Ziel zu verfolgen, mehrstufige Mischwälder aufzubauen, die sich an der Baumartenzusammensetzung, Dynamik und Struktur natürlicher Waldgesellschaften orientieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Konzept der „natürlichen Waldgesellschaften“ als Referenz insb. für die Baumartenwahl aufgrund der sich verändernden Standortbedingungen immer wieder angepasst werden muss. Gebietsfremde Baumarten sollten nur im Ausnahmefall und sehr restriktiv nach einer vorab durchgeführten umfassenden ökologischen Risikobewertung eingesetzt werden. Die Flächen des Nationalen Naturerbes sind ausgeschlossen vom Einbringen fremdländischer Baumarten, d.h. auch die Naturparke. Hierzu sind wirksame Kontrollen erforderlich.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zu dem Gesetzentwurf Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ (Anlage 3)

Die Einräumung des Vorkaufsrechts für Waldflächen muss auf Naturschutzverbände und Naturschutzstiftungen in Thüringen erweitert werden.

Der Erwerb von Wäldern durch die Landesforstanstalt kann erst dann verantwortet werden, wenn deren zukünftige Behandlung nach einem neuen ökosystemar ausgerichteten Konzept sichergestellt ist (Forsteinrichtung, festgelegte Zielsetzung usw.). Andernfalls werden diese Wälder das Land in Zukunft in ähnlicher Weise wie bisher und mit steigenden Kosten belasten.

Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren (Anlage 4)

Die Mehrheit der Kleinprivatwaldbesitzer lebt nicht vom Wald und hat kaum Schaden; zudem fehlt der Nachweis, was die bisherige Beratung der Waldbesitzer gebracht hat (seit Gründung der AÖR 16 Mio €/Jahr Kosten).

Die Unterstützung für eine gemeinwohlorientierte Waldbewirtschaftung ist auszubauen. Um die vielfältigen Funktionen von Wäldern zu sichern und zu entwickeln, müssen Fördermaßnahmen an Aspekte der Daseinsvorsorge („Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“) geknüpft werden. Waldbesitzer, Waldbesitzerinnen und Kommunen, die durch einen ökologischen Waldumbau bzw. eine naturnahe Waldbewirtschaftung ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Wälder in besonderer Weise gerecht werden, sind hierin von der Gesellschaft und Politik stärker zu unterstützen und angemessen zu honorieren. Beratung und Weiterbildung sind im Sinne der o.g. Zielstellungen weiter auszubauen und das neue ökosystemar ausgerichtete Konzept ist zu integrieren.



Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen (Anlage 5)

Wir halten den Aktionsplan 2030 in Teilen kritikwürdig. Auch hier wird auf teure und riskante Pflanzung statt auf Eigendynamik des Waldes über natürliche Sukzession gesetzt. Der Förster kann steuern und regulieren statt auf geräumten Flächen neue Altersklassenbestände anzulegen. Die aktuelle Situation der Wälder ist aktiv zu nutzen, um stärker als in der Vergangenheit auch natürliche, ungelenkte Sukzessionsprozesse in die Strategien zur Wiederbewaldung zu integrieren. Grundsätzlich ist bei der Wiederbewaldung das Ziel zu verfolgen, naturnahe Laubmischwälder unter dem Vorrang natürlicher Entwicklungs- und zugleich Anpassungsprozesse zu begründen

Uns gelingt die Rettung des Waldes durch ökologischen Sachverstand und neues Denken statt weiter auf Holzgewinn zu setzen. Das ist die Devise in der Klimakrise.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Wäldumbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verband der Wirtschaft Thüringens</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Lossiusstraße</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband der Wirtschaft Thüringens	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Lossiusstraße	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	1	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Verband der Wirtschaft Thüringens	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Lossiusstraße										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	1										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Der Verband der Wirtschaft Thüringens e. V. (VWT) erkennt die gesamtgesellschaftliche Wichtigkeit und damit die Notwendigkeit einer dauerhaft tragfähigen Finanzierung forstlicher Aufgaben an. Bedenken bestehen bei der Kreditaufnahmemöglichkeit zum Ankauf defizitärer Waldflächen, sowie der formalen Ausgestaltung der Finanzierung. Unterstützt wird Forderung nach einer konkreten finanziellen Untersetzung des Aktionsplanes Wald 2030.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 8 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 31.08.2020	

Stellungnahme zu dem Beratungsgegenstand

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts, "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/868;

Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung -

Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793

Allgemeines

Der Verband der Wirtschaft Thüringens e. V. (VWT) erkennt die gesamtgesellschaftliche Wichtigkeit und damit die Notwendigkeit einer dauerhaft tragfähigen Finanzierung forstlicher Aufgaben an.

Zur Drucksache 7/868

Zu Artikel 1, Absatz 5 (Kreditaufnahme) bekräftigen wir unsere Position aus unserer Stellungnahme zu Artikel 16 des Thüringer Gesetzes zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG) vom Mai 2020:

"Es ist unverständlich, warum auf Grund der Erkenntnis, dass die Landesforstanstalt derzeit nicht ausreichend liquide ist, diese Institution zu einer weiteren Kreditaufnahme ermächtigt werden soll. Dies gilt umso mehr, als der vorliegende Entwurf erneut das Ziel setzt, weitere Flächen aufzukaufen - die wiederum aller Voraussicht nach veräußert werden müssen, weil die gegenwärtigen Besitzer nicht kostendeckend arbeiten können und zum Verkauf gezwungen sind. Letztlich würden damit auf Kreditbasis defizitäre Waldflächen in den Landesbesitz überführt werden."

Daher unterstützen wir den Änderungsantrag der FDP mit der Drucksache 7/644.

Zur Drucksache 7/724

Für eine umfassende Bewertung der Thematik wäre es wünschenswert gewesen, wenn der im Antrag erbetene Umsetzungsbericht der Landesregierung zu den Drucksachen 6/7390 und 6/7391 vorgelegen hätte.

Wir unterstützen die Forderung nach einer konkreten finanziellen Untersetzung des Aktionsplanes Wald 2030.

Die Einrichtung eines Sondervermögens scheint uns nicht optimal. Insbesondere mit Blick auf die haushälterischen und parlamentarischen Herausforderungen mag es geboten scheinen, Mittel für gesamtgesellschaftliche Aufgaben dem parlamentarischen Verfahren zu entziehen. Dennoch sollte mit Blick auf die Transparenz und Akzeptanz von der Einrichtung eines Sondervermögens abgesehen werden.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetellG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetellG in der Betelligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Forstwirtschaftlicher Verband Thür. e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>- K -</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>untere Topferstraße 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99438 Tonnendorf</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Forstwirtschaftlicher Verband Thür. e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	- K -	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	untere Topferstraße 13	Postleitzahl, Ort	99438 Tonnendorf
Name	Organisationsform										
	Forstwirtschaftlicher Verband Thür. e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	- K -										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	untere Topferstraße 13										
Postleitzahl, Ort	99438 Tonnendorf										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Forstliches Dienstleistungswesen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Änderungen gem. Art. 1, Nr. 1: befürwortet - " " Art. 1, Nr. 2: i.W. Änderungsbedürftig - " " Art. 1, Nr. 3: i.W. abgelehnt - " " AA. 1, Nr. 5: i.W. abgelehnt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben; Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jornsdorf, 31.08.2020	

Telefon: 0361 200-1000 Fax: 0361 200-1005
E-Mail: info@thuerbeteiligung.de

THÜR. LANDTAG POST
31.08.2020 14:30

2007012020



Forstunternehmer
Verband Thüringen e.V.

Vorsitzender:

Untere Töpferstraße 13
99438 Tonndorf

Forstunternehmer Verband Thüringen e.V. · Untere Töpferstraße 13 · 99438 Tonndorf

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

vorab per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Tel.: 036450 / 4 48 05

Fax: 036450 / 4 48 06

Tonndorf, 31.08.2020

Stellungnahme zum GESETZENTWURF – Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ Drs. 7/868 und weitere Anträge der Fraktionen im Thüringer Landtag

Ihre Aufforderung zur Stellungnahme vom 10.07.2020

Sehr geehrter Herr Heilmann, sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit, in obiger Sache Stellung beziehen zu dürfen.

Der Wald im Freistaat Thüringen wurde in den letzten Jahren durch Stürme, anhaltende Trockenheit und das damit massiv begünstigte Wirken biotischer Schadfaktoren extrem in Mitleidenschaft gezogen. Die Schadfläche in Thüringen hat sich in 2020 gegenüber 2019 bereits mehr als verdoppelt. Davon dürften rund 60 % auf den Nicht-Staatswald und ca. 40% auf den Staatswald entfallen. Als Summe aus den Jahren 2018, 2019 und 2020 wird eine Schadholzmenge in Thüringen (über alle Eigentumsarten) von voraussichtlich mehr als zehn Millionen Kubikmeter erwartet.

Das massive Schadholzaufkommen der letzten Jahre hat einschneidende negative Entwicklungen auf den Rundholzmärkten sowie höhere Kosten für die Beseitigung des Schadholzes zur Folge. Den Waldbesitzern ist die Einnahmeseite aus dem Holzverkauf praktisch komplett zusammengebrochen, auf der anderen Seite steigt die Kostenbelastung für die Aufarbeitung des Kalamitätsholzes und die Beräumung der sanierungsbedürftigen Flächen deutlich an. In der Folge sind dringend notwendige Schadholzaufbereitungsmaßnahmen derzeit kaum kostendeckend realisierbar bzw. für viele Waldbesitzer und Forstbetriebe bereits jetzt nicht mehr finanzierbar.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind von derart existenzieller Bedeutung, dass der Waldbesitz nicht mit den Problemen allein gelassen werden darf. Die Waldbesitzer und alle im Wald Arbeitenden haben in der Vergangenheit viel geleistet, damit der Wald durch Umbau und

Pflege dem Klimawandel widerstehen kann. Dieser Weg muss weitergegangen werden. Ein flächiges Absterben der Wälder würde einen großen landschaftsökologischen Schaden mit massiven nachteiligen Entwicklungen für vielfältige Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes sowie des Tourismus – nicht nur im Staatswald! – zur Folge haben. Hinzu kommen die erheblichen mittel- bis langfristigen negativen Auswirkungen bei der inländischen Rohstoffversorgung der Wertschöpfungskette holzverarbeitender Industrien und Gewerke.

Die Befassung der Landesregierung mit dem Thema zur Unterstützung der ThüringenForst AöR ist ein wichtiger erster Schritt, der jedoch für sich allein nicht ausreicht und mit der vorgelegten Gesetzesvorlage keine genügende praktische Wirkung entfalten wird. Es gilt zu beachten, dass allen Waldeigentumsarten ausreichend Mittel und wirksame Hilfen zur Verfügung gestellt werden, die die Bewältigung der gegenwärtigen und zukünftigen Waldschäden ermöglicht. Diese Mittel müssen unverzüglich, direkt und zielgebunden für die Schadensbeseitigung und den Wiederaufbau der Wälder an die Waldbesitzer fließen. Die direkte Förderung ist hierbei die effizienteste Form der Mittelverwendung.

Mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf soll die Finanzaufführung an die Landesforstanstalt aufgestockt und verstetigt werden. Die in Rede stehenden Zuführungsbeträge sollen allein der ThüringenForst AöR zur finanziellen Absicherung des hoheitlichen Verwaltungsbetriebes, u.a. als Ausgleich für wegfallende Erlöse aus dem Rundholzverkauf, zufließen. Zumindest lässt der vorliegende Gesetzesentwurf nicht erkennen, in welchem ggf. ergänzenden Umfang der Nicht-Staatswald eine vergleichbare Berücksichtigung finden soll.

Uns ist die notwendige Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Landesforstanstalt vollkommen bewusst. Allerdings lässt der vorliegende Entwurf nebst Anlagen eine eingehendere Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Situation der ThüringenForst AöR nicht zu.

In Anbetracht der stärkeren Belastung des Nicht-Staatswaldes in Bezug auf die bislang entstandene Schadfläche greift ein einseitiges Vorgehen in dem aufgezeigten Umfang jedoch zu kurz, da dies zum einen die deutlich stärkere Schadbewlastung im Nicht-Staatswald in dem Zusammenhang weitgehend außer Acht lässt und zudem die Kosten der aktiven Schadensbewältigung und -vorsorge in Thüringer Wäldern nicht erfasst!

Der vorgelegte Gesetzesentwurf lässt ein deutliches Missverhältnis in der Wahrnehmung des Waldschadensumfanges und bei der Unterstützung zur Beseitigung der Schadensfolgen nach Extremwetterereignissen zwischen Staatswald und dem stärker geschädigten Nicht-Staatswald erkennen. Der pauschale Zufluss der Mittel an die Landesforstanstalt hat zudem den Effekt, dass die Liquidität der ThüringenForst AöR im Verhältnis zum Nicht-Staatswald in diesen Krisenzeiten massiv verbessert wird. Die Aufarbeitungen des Schadholzes ist aktuell defizitär. Der Nicht-Staatswald kann im Rahmen der „Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen“ Verbesserungen der defizitären Schadholzaufbereitung erlangen. Die diesbezüglichen Fördersätze sind jedoch teilweise deutlich zu gering, oder die damit verbundenen Anforderungen und Auflagen sind viel zu hoch. So entstehen im Nicht-Staatswald weitere Kosten, so dass die erzielbaren Fördersätze letztlich bei Weitem nicht ausreichen, um die Defizitlücke zu schließen. Mittelfristig sind so weitere Marktverzerrungen bei forstwirtschaftlichen Dienstleistungen und am Rundholzmarkt zu befürchten.

Zudem erlangt der Nicht-Staatswaldbesitzer die Zuschüsse zeitlich nach der Durchführung der Schadholzaufbereitung und muss damit Liquidität vorstrecken. An dieser Stelle entstehen weitere Missverhältnisse, die in der unterschiedlichen Verfügbarkeit der Forstdienstleister für den Staatswald im Gegensatz zum Nicht-Staatswald münden. Im Extremfall erhält der private Waldbesitzer zunehmend keinen Dienstleister zur Aufarbeitung des Schadholzes mehr, da eine Auftragsbearbeitung im Staatswald mehr unternehmerische Sicherheit mit sich bringt.

Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass den meisten nichtstaatlichen Waldbesitzern mittlerweile einfach die Liquidität fehlt, um die weitere dringend benötigte Schadholzaufbereitung im eigenen Betrieb fortzuführen. Die Mittel müssen daher gleichgewichtet gesichert und erweitert werden und dürfen nicht nur die ThüringenForst AöR in der Krise ausreichend unterstützen!

Insoweit ist es für uns absolut befremdlich, dass lt. Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzesentwurfes erweiterte Ermächtigungen zum Erwerb von Nichtstaatswald durch die ThüringenForst AöR eingeführt werden sollen. Der mit dem Gesetzesentwurf vorgetragene Hinweis auf ein beabsichtigtes Erzielen spekulativer Gewinne geht an den bereits gesetzlich implementierten Aufgaben der Landesforstanstalt deutlich vorbei und wirkt in der gegenwärtigen Situation und in Anbetracht des geplanten Rückgriffes auf öffentliche Mittel zutiefst autokratisch. Die immer wiederkehrende Behauptung, nur die ThüringenForst AöR könne den Wald in Thüringen in gemeinwohlkonformer Weise erhalten und bewirtschaften, ist per se unzutreffend und in der Praxis nicht belegbar. Zudem würde die hernach vorgesehene Kreditaufnahme die Bilanz der Landesforstanstalt und den Landeshaushalt nur unnötig weiter belasten.

Weiterhin dürfen die zusätzlich bereitgestellten Mittel nicht allein auf die Deckung und Ausweitung überdurchschnittlicher Personalkosten der Landesforstanstalt gerichtet sein. Allein der Hinweis zu Artikel 1 Nr. 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes, dass die im Zeitraum von 2021 bis 2036 jährlich zusätzlich für Waldumbau veranschlagten elf Millionen Euro ausschließlich für Verwaltungstätigkeit Verwendung finden und ausdrücklich keine aktiven waldbaulichen Maßnahmen beinhalten sollen, ist vollkommen inakzeptabel.

Richtig ist es hingegen, dass die Landesforstanstalt zweckgebunden und mit konkretem Bezug zum Schadgeschehen Sondermittel u.a. zur Sanierung von Schadflächen sowie zur regionalen Eindämmung von Sekundärschäden erhält, um damit die außergewöhnlichen Belastungen ausgleichen und die praktischen Erfordernisse der Waldarbeit und des Waldbaus umsetzen zu können. Insoweit wird nach unserem Verständnis die Gesetzesänderung zu Artikel 1 Nr. 2 unterstützt. Darüber hinaus erachten wir denjenigen Teil der Zuflusserhöhung für ergänzungs- und erweiterungsbedürftig, der auf eine Kostendeckung aktiver waldbaulicher Maßnahmen zur notwendigen Beräumung und Sicherung von Schadflächen sowie die mittelfristigen standortgerechten Walderneuerung sowie die Pflege der nachwachsenden Bestände gerichtet ist. Hierbei ist insbesondere der Erhalt von Leistungsfähigkeit und Perspektive von Thüringer Forstdienstleistungsunternehmen in den Blick zu nehmen, welche den ganz überwiegenden Teil der hiermit verbundenen praktischen Waldarbeit leisten und auch in Zukunft leisten müssen.

Zusammenfassend ergehen seitens des Forstunternehmerverbandes somit folgende Forderungen und Hinweise an die Landesregierung:

1. Die Landesforstanstalt ist angesichts der bestehenden und noch zu erwartenden klimabedingten Waldschäden finanziell so auszustatten, dass sie ihren gesetzlichen Aufgaben entsprechen kann. Dabei ist in erster Linie dafür Sorge zu tragen, dass die Erhaltung von Wald und die Sanierung geschädigter Waldflächen im Eigentum des Freistaates Thüringen bzw. der Landesforstanstalt und die dafür erforderlichen aktiven waldbaulichen Maßnahmen sowie die verstärkt notwendige Unterstützung nichtstaatlicher Waldbesitzer bei der Inanspruchnahme forstlicher Förderung finanziell abgesichert werden.

In dem Zusammenhang muss die ThüringenForst AöR insbesondere in die Lage versetzt werden, die erforderlichen Unternehmerleistungen im Bereich der Waldarbeit und

die benötigten Umfänge an geeignetem forstlichen Vermehrungsgut in Anspruch nehmen bzw. beschaffen zu können. Des Weiteren ist in Anbetracht der langfristigen Auswirkungen des Schadgeschehens unbedingt auch die forstliche Ausbildung im Bereich der Waldarbeit durch die Landesforstanstalt in Partnerschaft mit Thüringer Forstunternehmen neu aufzustellen und auszubauen.

2. Die einschlägigen vom Bund im Zuge des Corona-Konjunkturprogramms bereitgestellten Finanzhilfen sowie GAK-Mittel sind so umfassend wie möglich zu erwirken und für die Bewältigung der Krise im Nichtstaatswald in Thüringen zu verwenden. Darüber hinaus ist ein eigenes Nothilfeprogramm/Sondervermögen des Landes zu implementieren, dass die Sanierung und Walderneuerung auf Schadflächen im Privat- und Körperschaftswald auf mittlere Frist ermöglicht und die nötige Liquidität betroffener Waldbesitzer sichert.
3. Einer Erweiterung und Finanzierung reiner Verwaltungsstrukturen ohne konkrete Aufgabenzuweisung mit Praxiswert ist entgegenzuwirken. Es ist insbesondere nicht die Aufgabe von ThüringenForst AöR, ein Angebot an subventionierten Betreuungsleistungen im Nichtstaatswald zu forcieren und damit weiterhin maßgeblich den Marktzugang für forstliche Fachdienstleistungsunternehmen zu erschweren.

Die aktuelle Situation zeigt deutlich, wie wichtig einerseits eine bedarfsgerecht funktionierende Forstverwaltung ist. Andererseits erweist sich unter den Waldeigentumsverhältnissen Thüringens auch die Unverzichtbarkeit einer forsttechnischen und personellen Eigenleistungsfähigkeit der nichtstaatlichen Waldbesitzer, vorrangig im kleinparzellierten Privatwald. Somit ist in Anbetracht der Krise vermehrt Wert auf eine wirksame Unterstützung bei der Professionalisierung forsttechnischer Betriebsführung im Nichtstaatswald, insbesondere bei forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen, durch eigenes Fachpersonal oder Fachunternehmer die Erweiterung bestehender Förderinstrumentarien um neue Fördertatbestände (u.a. Flächenprämie, Ausgaben für den Einsatz nicht staatlicher Förster etc.) zu legen.

Die Krise darf nicht dafür genutzt werden, die Fortschritte zur Errichtung eines fairen Wettbewerbs in der Forstwirtschaft zwischen staatlichen und privaten Dienstleistern in Frage zu stellen. Dies würde die Forstwirtschaft erneut spalten. Die unternehmerisch tätigen Forstingenieurdienstleister stehen genau wie ihre Kollegen in den staatlichen Verwaltungen zur Bewältigung der Aufgaben zur Verfügung. Dies gelingt aber nur bei Chancengleichheit.

Der Private Dienstleistungssektor in der Forstwirtschaft ist deshalb weiter zu stärken. Insofern ist eine vorrangige Aufgabe in der Anpassung der gesetzlichen Grundlagen des Freistaates Thüringen an die Regelungsausführungen des Bundeswaldgesetzes sowie des gesetzlich normierten Diskriminierungsverbotes auf europäischer und deutscher Ebene zu sehen.

4. Ein Zuerwerb von Waldflächen durch die Landesforstanstalt liegt nach unserer Auffassung nicht im öffentlichen Interesse und sollte nur im begründeten Einzelfall in Betracht kommen. Einer regelmäßigen Anwendung und Zukäufen, bei denen ein Erwerb über Kleinflächen hinausgeht (> 2,00 ha) wird ausdrücklich widersprochen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand
Forstunternehmer Verband Thüringen e.V.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetsalton des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Walder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Forst- u. Holzindustrie Bundesverband</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Druckwerg 54</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>10117 Berlin</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10117 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Forst- u. Holzindustrie Bundesverband	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Druckwerg 54	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	10117 Berlin	Postleitzahl, Ort	10117 Berlin
Name	Organisationsform										
Deutscher Forst- u. Holzindustrie Bundesverband	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Druckwerg 54										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	10117 Berlin										
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse										
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddG)	
	Geschäftsführer Werteverbelange u Interessen Lage u. Holzwirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddG)	
	- Wiederaufnahmepflichten von Thunfisch zum Erhalt von Waldmischwäldern an Ordnungsgemäße Bewirtschaftung - neben Standortempfehlung durch Verwaltung möglichsten bei Wiederbewaldungskosten beizubehalten - Aunropan Wald 2030ff. entgegen Holzwirtschaft einbehalten	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtontransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 31.08.20	

Stellungnahme des Deutschen Säge- und Holzindustrie Bundesverbands zu dem

- Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“
(Drs. 7/868)
- Entschließungsantrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren
(Drs. 7/1013)
- Antrag der Fraktion der CDU: Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen
(Drs. 7/724 Neufassung)

Stand: 31. August 2020

I. Grundsätzliches

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Seine Auswirkungen erfordern nicht nur Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch Maßnahmen zur Anpassung an die geänderten Standortbedingungen. Seit 2018 haben die anhaltenden Dürren, Stürme sowie großflächige Kalamitäten bereits drastische Auswirkungen auf das Cluster Forst und Holz gezeigt. Von den bundesweit 285 000 ha geschädigter Fläche und 178 Mio. m³ Schadhölzern ist Thüringen mit über 30 000 ha Schadflächen und über 12 Mio. m³ Schadholz stark gezeichnet.

Die langfristigen Folgen von Extremwetterereignissen betreffen die gesamte Wertschöpfungskette vom Wald über die verarbeitende Industrie bis zu den heimischen und internationalen Absatzmärkten der Holzwirtschaft. Während die Waldbesitzer in die Lage versetzt werden müssen, die entstandenen Schäden aufzuarbeiten und die Flächen wiederzubewalden, muss die Holzindustrie ihre Produktion darauf ausrichten, die steigenden Mengen qualitativ minderwertigen Holzes wirtschaftlich auf den Märkten abzusetzen, aber auch langfristig ihre Produkte wettbewerbsfähig halten zu können.

Denn nur die Waldbewirtschaftung in Verbindung mit der Holzverwendung kann durch effiziente Strukturen langfristig zum Klimaschutz und zur regionalen Wertschöpfung beitragen.

Der DeSH begrüßt daher, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sowie den begleitenden Anträgen die Grundlagen für eine Schadensbewältigung und Wiederbewaldung geschaffen werden sollen. Aus Sicht des Verbandes gilt es dabei jedoch, Fehlanreize oder marktverzerrende Effekte zu vermeiden, um das Cluster Forst und Holz langfristig zu stärken.

II. Anmerkungen im Einzelnen

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „Thüringen Forst“ (Drs. 7/868)

Artikel 1 Abs. 1 – 4

Die finanzielle Unterstützung der Schadensbewältigung in den Wäldern durch Bund und Länder ist aus Sicht der Säge- und Holzindustrie eine unerlässliche Grundlage für den Walderhalt, Waldschutz und die Wiederbewaldung der geschädigten Flächen mit langfristig klimastabilen Wäldern. Angesichts der Sturmschäden, Dürren und extremen Ausbreitung des Insektenbefalls stehen insbesondere in Thüringen die Wälder unabhängig von ihren Besitzstrukturen vor großen Herausforderungen, die sich durch die Corona-Krise zusätzlich verschärft haben. Die von Bund und Ländern beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK)“ sowie des Konjunkturpaketes bilden eine zentrale Grundlage, richten sich aber ausschließlich an private und kommunale Waldbesitzer.

Der Verband begrüßt daher, dass mit der geplanten Erhöhung der Finanzmittel an ThüringenForst auch der Notwendigkeit zur Schadensbewältigung im staatlichen Wald Rechnung getragen wird. Daneben ist aus Sicht des Verbands insbesondere die Schaffung zusätzlicher Stellen für die Beratung und Betreuung der Waldbesitzer, die Entwicklung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse und Vereinigungen und die Wiederaufforstung aller Waldflächen eine zentrale Aufgabe. Der DeSH sieht hierbei noch einmal die Notwendigkeit zu betonen, dass bei künftigen Wiederbewaldungskonzepten für die Schaffung klimastabiler Mischwälder eine ausgewogene Balance zwischen Laub- und Nadelhölzern unerlässlich ist.

Um die Potenziale für den Klimaschutz, die Biodiversität und die regionale Wertschöpfung zu nutzen, sollten bei der Wiederbewaldung neben der Resilienz auch die weiteren Verwendungsmöglichkeiten des Holzes Berücksichtigung finden.

Artikel 1. Abs 5.

Die geplante Erweiterung des Kreditaufnahmetatbestands für ThüringenForst wird vom DeSH im Grundsatz unterstützt. Angesichts der großflächigen Schäden, finanziellen Einbußen und fehlender Liquidität vieler privater und kommunaler Waldbesitzer besteht die Gefahr, dass zahlreiche Waldflächen in Folge nicht mehr bewirtschaftet werden, mit negativen Auswirkungen für den Waldschutz, den Walderhalt und die Gesellschaft.

Da in der Begründung des Gesetzentwurfs bereits herausgestellt wird, dass der Ausbau der gemeinwohl-, natur- und klimaschutzorientierten Bewirtschaftung der Wälder eine vordringliche Aufgabe im gesamtgesellschaftlichen Interesse darstellt und insbesondere wirksam den Nachteilen kleinteiliger Besitzstrukturen begegnet werden kann, **sieht der DeSH die Notwendigkeit, die Kreditaufnahmemöglichkeiten von ThüringenForst zum Erwerb von Waldgrundstücken daher an die Bedingung einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung im Sinne aller gleichrangigen Waldfunktionen hin zu klimastabilen Wäldern zu knüpfen.**

Der DeSH schlägt daher folgende Änderung des Artikels 1 Abs. 5 vor:

„Darüber hinaus kann die Landesforstanstalt bis zum Ablauf des 31. Dezember 2023 Kredite aufnehmen, um Waldgrundstücke zu erwerben, **unter der Voraussetzung die betreffenden Waldgrundstücke bis mindestens zum Ablauf des 31. Dezember 2053 nach den Vorgaben des Thüringer Waldgesetzes sowie seiner Durchführungsverordnungen zu bewirtschaften.**“

Damit wird auch in diesem Gesetz rechtlich verankert, dass ThüringenForst seine Vorbildfunktion nach §1 des Thüringer Waldgesetzes zum Walderhalt, Waldschutz und der Erzeugung von Holz durch die Bewirtschaftung weiter erfüllen kann. Für das Cluster Forst und Wald in Thüringen wird damit zudem eine Planungs- und Rechtssicherheit geschaffen, die in der derzeitigen Situation für alle Branchenakteure auch langfristig dringend notwendig ist.

Entschließungsantrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren (Drs. 7/1013)

Der DeSH begrüßt ausdrücklich, dass in dem vorliegenden Antrag dem Erhalt der Wälder in Thüringen eine herausragende Bedeutung zugemessen wird. Der Verband unterstützt alle Bestrebungen und finanziellen Hilfen von Bund und Ländern, die private und kommunale Waldbesitzer in die Lage versetzen, die entstandenen Schäden zu bewältigen und ihre Flächen wiederzubewalden.

Ebenso möchte der DeSH die im Antrag getroffene Feststellung unterstreichen, dass Wälder und Holzprodukte durch die Bindung von CO₂ in der Lage sind, einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Diesen Potenzialen gilt es bei den Überlegungen für Konzepte zur Wiederbewaldung Rechnung zu tragen. Neben der Ausweitung von Forschung und Entwicklung zur Klimateignung und Standortanpassung verschiedener Baumarten sollten auch die weiteren Verwendungsmöglichkeiten der Hölzer in diesen Konzepten berücksichtigt werden. Denn neben der Bindung von CO₂ in den Holzprodukten können energieintensive Materialien und Produkte ersetzt werden. Damit trägt die Holzverwendung einen erheblichen Teil zum Klimaschutz bei, dessen Auswirkungen wiederum in den Wäldern deutlich werden. Daher möchte der DeSH den Wunsch äußern, in Beratungen zu Wiederbewaldungskonzepten in Thüringen entsprechend eingebunden zu werden.

Antrag der Fraktion der CDU: Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen (Drs. 7/724 Neufassung)

Für die Säge- und Holzindustrie ist die Unterstützung der Schadensbewältigung und Wiederbewaldung der geschädigten Waldflächen in Thüringen über alle Eigentumsarten eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Wie bereits ausgeführt, unterstützt der DeSH daher sowohl die Ausweitung von Fördermöglichkeiten für private und kommunale Waldbesitzer als auch eine Erhöhung der Finanzmittel für ThüringenForst ausdrücklich. Darüber

hinaus wäre es für Waldbesitzer und Unternehmen der Holzwirtschaft eine wichtige Planungsgrundlage, wenn die Beschlüsse aus dem Aktionsplan „Grünes Herz Thüringen, Aktionsplan Wald 2030ff“ sowohl mit konkreten Maßnahmen als auch Finanzmitteln unterlegt werden.

Grundsätzlich steht die Säge- und Holzindustrie der Diskussion einer Vergütung von Ökosystemdienstleistungen für die Waldbesitzer konstruktiv gegenüber. Maßgabe muss jedoch sein, dass diese Vergütung an Bedingungen, wie u.a. die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Wälder und Holznutzung geknüpft ist. Eine Prämie für die CO₂-Speicherung würde aus Sicht der Holzindustrie zu Fehlanreizen führen und wichtige Klimaschutzpotenziale (CO₂-Bindung von Holzprodukten und Substitutionseffekte) ausschließen. Neben der finanziellen Unterstützung der Waldbesitzer ist es daher ebenso zentral, die Holzverwendung und Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten, insbesondere von Schadhölzern, zu fördern. Denn nur die Waldbewirtschaftung in Verbindung mit der Holzverwendung kann durch effiziente Strukturen langfristig zum Klimaschutz, Walderhalt und regionaler Wertschöpfung insbesondere in ländlichen und oftmals strukturell schwachen Regionen beitragen. Gern bringt sich die Sägeindustrie in den Prozess zur Erarbeitung entsprechender Systeme und Modelle ein.

III. Handlungsempfehlungen

Um den Erhalt und Ausbau der gemeinwohl-, natur- und klimaschutzorientierten Bewirtschaftung der Wälder und der Holzverwendung im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu sichern, empfiehlt der DeSH:

- die Kreditaufnahmemöglichkeiten von ThüringenForst zum Erwerb von Waldgrundstücken an die Bedingung einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung zu knüpfen.
- neben der Ausweitung von Forschung und Entwicklung zur Klimaeignung und Standortanpassung verschiedener Baumarten auch die weiteren Verwendungsmöglichkeiten der Hölzer in Wiederbewaldungskonzepten zu berücksichtigen.
- die Holzwirtschaft in die Erarbeitung solcher Konzepte einzubeziehen.
- die Beschlüsse aus dem Aktionsplan „Grünes Herz Thüringen, Aktionsplan Wald 2030ff“ sowohl mit konkreten Maßnahmen als auch Finanzmitteln zu unterlegen.
- die Holzverwendung und Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten, insbesondere von Schadhölzern zu fördern.
- die Sägeindustrie in die Erarbeitung von Modellen und Systemen einer Vergütung von Ökosystemdienstleistungen zu integrieren.
- Initiativen zur Schaffung weiterer Verwendungsmöglichkeiten von Laubhölzern zu starten.

Kontakt

Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband

Dorotheenstraße 54
10117 Berlin
info@saegeindustrie.de

Über den Deutschen Säge- und Holzindustrie Bundesverband e. V.

Der Deutsche Säge- und Holzindustrie – Bundesverband e. V. (DeSH) vertritt die Interessen der deutschen Säge- und Holzindustrie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Dabei steht der Verband seinen Mitgliedern, darunter mehr als 400 Unternehmen aus ganz Deutschland, in wirtschafts- und branchenpolitischen Angelegenheiten zur Seite und unterstützt die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Verwendung des Rohstoffes Holz. Der Verband tritt in Dialog mit Vertretern aus Medien, Wirtschaft, Politik und Forschung. Bei der Umsetzung ihrer Ziele steht der Deutsche Säge- und Holzindustrie für eine umweltverträgliche und wertschöpfende Nutzung des Werkstoffs und Bioenergieträgers Holz.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche Thüringens bei Landtag und Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Befürwortung der beabsichtigten Gesetzesänderung Vorschlag eines geeigneten Evaluationsverfahrens für die klimabedingten Sonderzuweisungen an ThüringenForst Bitte um interfraktionelle Einigung bei den weiteren (Entschließungs-)Anträgen zur Thematik	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

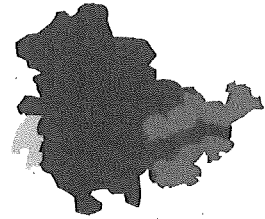
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 31.08.2020	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



THÜR. LANDTAG POST
31.08.2020 13:32

20059/2020

Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

NUR PER E-MAIL

Stellungnahme des Katholischen Büros zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ sowie zu weiteren Anträgen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlich danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 10. Juli 2020, mit dem Sie dem Bistum Erfurt, das gegenüber dem Thüringer Landtag vom Katholischen Büro als Kommissariat der Bischöfe in Thüringen vertretenen wird, Gelegenheit zur Stellungnahme zu o.g. Regelungsvorhaben geben.

Der Wald hat für das menschliche Leben eine hohe Bedeutung. In der Bibel wird auf den Wald als Teil von Gottes Schöpfung an mehreren Stellen Bezug genommen. Das Alte Testament charakterisiert den Wald als etwas, dass dem Menschen weitgehend entzogen und eher dem göttlichen Bereich zugeordnet ist. Schon früh hat man also erkannt, dass der Wald eine wichtige Lebensgrundlage des Menschen darstellt, die man nicht der Zerstörung überlassen darf. Aus Sicht der Katholischen Kirche ist die Erhaltung des Waldes daher eine vordringliche Aufgabe, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu schützen und für die folgenden Generationen zu bewahren.

Der vorliegende Gesetzentwurf beschreibt die derzeitigen Probleme der Waldbestände aus unserer Sicht zutreffend. Es ist zu begrüßen und ein positives Signal an alle, die sich in Thüringen um unseren Wald bemühen, dass bei der Beschreibung der aktuellen Herausforderungen eine breite politische Einigkeit besteht.

Die gesetzliche Festschreibung der Finanzauführungen an die Thüringer Forstverwaltung wird unterstützt. Ebenso begrüßt werden die Sonderauführungen zur Bewältigung von Dürre-, Sturm- und Borkenkäferschäden sowie die zusätzlichen Mittel für den klimabedingten Waldbau. Positiv nehmen wir zur Kenntnis, dass diese Förderung allen Thüringer Waldbesitzern unabhängig von ihrer Rechtsform zugutekommen soll. Wir bitten Sie in diesem Zusam-

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Ordinariatsrat

Leiter

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Ihr Zeichen:
A 6.1/wa – Drs. 7/868/1013/724 NF/793

Aktenzeichen:

Erfurt, den 31. August 2020

menhang, in der Umsetzungszeit im Rahmen Ihrer Möglichkeiten darauf zu achten, dass dies auch praktisch geschieht.

Da es sich bei den Sonderzuführungen nach Artikel 1 Nummer 2 und 3 des Gesetzentwurfes um erhebliche Finanzmittel handelt, die im Falle des Waldumbaus über den langen Zeitraum von 15 Jahre ausgereicht werden sollen, möchten wir anregen, hierfür geeignete Evaluationsinstrumente vorzusehen. Möglicherweise bestehen dazu bereits heute gute Anknüpfungspunkte, beispielsweise in der Arbeit des Forstlichen Forschungs- und Kompetenzzentrums in Gotha.

Die vorgelegten (Entschließungs-)Anträge sind insgesamt zu begrüßen, da alle diese Anträge wichtige Aspekte der Thematik verfolgen und den Schutz des Waldes im Blick haben. Hier möchten wir die Bitte äußern, dass in der weiteren Ausschussarbeit die aufgeworfenen Fragen weiter diskutiert und zu einer einmütigen Entschließung zusammengeführt werden. Von außen betrachtet scheint eine Einigung der geäußerten Vorstellungen nicht unmöglich. Ein solches gemeinsames Signal wäre ein weiteres starkes Zeichen, dass den politischen Entscheidungsträgern in Thüringen die Bedeutung unseres Waldes und die dramatische Situation, in der er sich befindet, klar bewusst ist.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, in der Hoffnung, mit diesen Ausführungen einen konstruktiven Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren geleistet zu haben, bitte ich herzlich um Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ordinariatsrat Dr. Claudio Kullmann
Leiter des Katholischen Büros

2113812020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/868; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Walddumbau Intensivieren, Antrag (Entschleßung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG, Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Familienbetriebe landw. Forst, Sachsen Thüringen e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Saizstr. 73</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>03113 Chemnitz</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Familienbetriebe landw. Forst, Sachsen Thüringen e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Saizstr. 73	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	03113 Chemnitz
Name	Organisationsform										
Familienbetriebe landw. Forst, Sachsen Thüringen e.V.	eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Saizstr. 73										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	03113 Chemnitz										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung Grundeigentum	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Infurmierung der Aufgaben der Fiskalstelle - Ablehnung eines umfassenden statischen Erwerbsrechtes für Handelskammer 	
5	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Chemnitz, den 10.08.2020	

Das Dokument wurde zum Zeitpunkt der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

20102/2020

FAMILIENBETRIEBE LAND UND FORST SACHSEN UND THÜRINGEN
SALZSTRASSE 73 | 09113 CHEMNITZ

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Familienbetriebe Land und Forst
Sachsen und Thüringen e.V.
Salzstraße 73, 09113 Chemnitz
Telefon: 03 71/ 33 71 67 52
Telefax: 03 71/ 33 71 67 53
E-Mail:
Internet: www.fablf-sn-th.de
Vorsitzender:
Geschäftsführerin:

Chemnitz, den 31.08.2020

**Stellungnahme zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der
Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“**
Ihr Zeichen A 6.1/wa - Drs. 7/868/1013/724 NF/793

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst danken wir für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Unsere Mitglieder haben die Forstanstalt in den vergangenen Jahren als verlässlichen und fachkundigen Partner kennengelernt. Damit ist den Mitgliedern der Familienbetriebe Land und Forst Sachsen und Thüringen e.V. sehr daran gelegen, dass die Forstanstalt auch zukünftig in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben mit dem notwendigen Personalbestand, der hierfür notwendigen Finanzausstattung und der entsprechenden Ausrüstung erfüllen zu können.

Im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens sollten finanzielle Mittel durch die Landesforstanstalt für eine Intensivierung der forstlichen Ausbildung in allen Laufbahnrichtungen genutzt werden können. Dies soll für die kommenden umfangreichen Aufgaben der Katastrophenbewältigung die Verfügbarkeit qualifizierten Personals für alle Waldbesitzarten wie auch den Unternehmensektor sichern helfen.

Die Fixierung einer weiteren Zuführung von Finanzmitteln in Höhe von 4 Mio. € im Zeitraum 2019 bis 2022 sollte ThüringenForst in die Lage versetzen, der unmittelbaren Katastrophensituation über alle Waldbesitzarten u.a. Wiederherstellung der Betreuungsqualität im Nichtstaatswald durch Wiederbesetzung offener Stellen, zusätzlicher Einsatz von Forstschutz Helfern und Koordinatoren im Privat- und Körperschaftswald, personelle und finanzielle Aufstockung der forstlichen Förderung, Aufbau dezentraler Holzlagerkapazitäten, Ausbau des Waldbrandschutzes zu begegnen.

Die darüber hinaus vorgesehene jährliche Zuführung von jeweils 11 Mio. € im Zeitraum 2021 bis 2036 sollte die Landesforstanstalt beim klimabedingt notwendigen Waldumbau über alle Waldeigentumsarten unterstützen, wenn die Mittel für nachfolgend benannte Aufgaben eingesetzt werden:

- eine eigentumsunabhängige konzeptionelle Planung und wissenschaftliche Begleitung des Waldumbaus durch Erforschung, Darstellung und Datenbereitstellung für klimaangepassten Waldbau
- Unterstützung aller Waldeigentumsarten bei der Beschaffung von qualifiziertem Saat- und Pflanzgut im Rahmen vorhandener bzw. ggf. zu entwickelnder Kapazitäten bei der Landesforstanstalt.
- Beratung und aktive Unterstützung aller Waldeigentümer bei der Gestaltung und Umsetzung standortgerechten, klimaangepassten Waldbaus durch die Fortführung, Entwicklung und den Ausbau bereits vorhandener Beratungsstrukturen sowohl hinsichtlich besonders geeigneter Technik und Technologien als auch der fördertechischen Optimierung.
- Entwicklung und Ausstattung forschender Strukturen bei der Landesforstanstalt für eine wissenschaftliche Begleitung des komplexen Prozesses.

Wie wir bereits bei unseren Stellungnahmen regelmäßig anmerken, sollten die Verfahren zur Ausreichung der bereitgestellten Mittel vereinfacht und damit beschleunigt werden, um diese verantwortungsvoll, aber auch schnell und effektiv den Bedürftigen zugänglich zu machen und die Mittel damit kurzfristig auf die Fläche zu bringen.

Als Familienbetriebe Land und Forst Sachsen und Thüringen e.V. sind wir von den Vorteilen einer breiten Eigentumsstruktur für die wirtschaftliche und auch ökologische Entwicklung des Waldes überzeugt. Die Konzentration forstwirtschaftlicher Fläche in der Hand des Staates führt aus unserer Sicht nur bedingt zu einer nachhaltigen und lösungsorientierten Klärung der derzeitigen katastrophalen Waldsituation. Der Abkauf von Waldflächen privater Waldbesitzer mit staatlichen Mitteln sollte nur dann zur Anwendung gelangen, wenn der Waldbesitzer nicht anderweitig unterstützt werden kann. Die Hilfen des Staates müssen auf die Fläche gebracht werden. Gerade der private Waldbesitzer hat ein Interesse daran, seinen Waldbestand für die kommenden Generationen zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender

Geschäftsführerin

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentationsdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldbau intensivieren, Antrag (Entschliebung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Forstliches Forschungs- und Kompetenzzentrum Götter - ThüringenForst</td> <td>Anstalt öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>FFK Götter / ThüringenForst</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Jägerstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99867 Götter</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Forstliches Forschungs- und Kompetenzzentrum Götter - ThüringenForst	Anstalt öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	FFK Götter / ThüringenForst	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jägerstraße 1	Postleitzahl, Ort	99867 Götter
Name	Organisationsform										
Forstliches Forschungs- und Kompetenzzentrum Götter - ThüringenForst	Anstalt öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	FFK Götter / ThüringenForst										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Jägerstraße 1										
Postleitzahl, Ort	99867 Götter										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Stellungnahme zum 3. Gesetz zur Änderung des EVerG - Zuführungspoleball - Versärfung des Auftrages „angewandte forschliche Forschung“ im EVerG	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief (nachgeschickt/ am 31.8.20 eingeworfen)	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Sofka 31.8.2020	

THÜR. LANDTAG POST
31.08.2020 16:27

20097/2020



THÜRINGENFORST

Wir machen den Wald.
Für Sie!

ThüringenForst · Jägerstraße 1 · 99867 Gotha

Forstliches Forschungs- und
Kompetenzzentrum Gotha

Thüringer Landtag
Postfach 900455
99107 Erfurt

Tel.: +49 3621 225-0
Fax: +49 3621 225-222

ffk-gotha@forst.thueringen.de

Per E-Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom

Geschäftszeichen

Bearbeiter / Durchwahl

Datum

31.08.2020

**Stellungnahme des Forstlichen Forschungs- und Kompetenzzentrums Gotha zum
Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der
Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Dritten Gesetz zur
Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen
Rechts „ThüringenForst“.

Geschäftsanschrift
Forstliches Forschungs- und
Kompetenzzentrum Gotha
Jägerstraße 1
99867 Gotha

Das Forstliche Forschungs- und Kompetenzzentrum Gotha (FFK Gotha) ist eine
Organisationseinheit von ThüringenForst Anstalt öffentlichen Rechts. Durch diese
Konstellation hat diese Stellungnahme einen ergänzenden Charakter zur
Stellungnahme der Landesforstanstalt und beleuchtet insbesondere die
Themenbereiche, die das FFK Gotha und seine Aufgaben betreffen.

Zentrale
ThüringenForst
Anstalt öffentlichen Rechts
Hallesche Straße 16
99085 Erfurt
Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809
zentrale@forst.thueringen.de
www.thueringenforst.de

Vorbetrachtung:

Wie alle hoheitlichen Aufgaben bei ThüringenForst sind auch die Aufgaben des FFK
Gotha im hoheitlichen Bereich durch den bereits seit 2012 erfolgten
kontinuierlichen Abschmelzungsprozess der Finanzzuführung (siehe bestehendes
Errichtungsgesetz) betroffen. Der Personalabbau betrifft dabei alle Bereiche.
Deutliche Auswirkungen sind bis dato in der angewandten praxisnahen
Forschung/Versuchswesen, in der Standortkunde sowie in den unterstützenden
Strukturen (z.B. geografische Informationssysteme) zu verspüren. Von einem
deutlichen Reduktionsprozess im Personalbereich sind ebenfalls die verschiedenen
Inventuren (Forsteinrichtung Kommunalwald sowie Waldbiotopkartierung)
betroffen.

Verwaltungsratsvorsitzender

Vorstand

Eingetragen beim
Amtsgericht Jena
HRA 503042
St.-Nr.: 151/144/09607
USt-ID: DE 811570658
Finanzamt Erfurt

Bankverbindung

So musste beispielsweise das Versuchsflächennetz, welches teilweise bis ins 19.
Jahrhundert zurückreicht, deutlich reduziert werden. Zudem wurden wichtige
personelle Kapazitäten im Bereich der Generhaltung/seltene Baumarten und
waldbaulicher Forschung nicht wieder besetzt.

Trotz Straffungen in Ablaufprozessen können nicht mehr alle Themenbereiche des
FFK Gotha mit der angesichts des Klimawandels notwendigen Intensität aufrecht



THÜRINGENFORST

gehalten oder gar aufgebaut werden. Für den Standort mit 30 jähriger Erfahrung in den Bereichen der forstlichen angewandten Praxisforschung, Umweltmonitoring und Datenerhebungen sowie mehr als 90 Jahre Standortkunde und 70 Jahre Waldschutzmeldedienst hat dies erhebliche Konsequenzen in der zukünftigen Leistungsfähigkeit. Bestehende und zukünftige Kooperationen und das Einwerben von Drittmitteln stehen dabei mit im Fokus. Ohne ausreichendes und gut qualifiziertes Stammpersonal können diese beiden Aspekte nicht bedient werden.

Gerade jetzt, wo umfangreiche Fragestellungen für die Thüringer Wälder im Bereich der Klimaanpassung zu beantworten sind, passen personeller Abbau und Reduktion zu bearbeitender Themenfelder nicht zusammen. Eben das Gegenteil ist der Fall, um allen Waldbesitzern in Thüringen mit qualifiziert erhobenen Daten, eruierten Fakten und gut durchdachten Empfehlungen Unterstützung leisten zu können.

Positive Signale für alle Waldbesitzer in Zeiten des Klimawandels und dessen Auswirkungen auf die Waldbestände in Thüringen beinhaltet das umfängliche Programm „Grünes Herz Thüringen. Aktionsplan Wald 2030 ff“. Die hier getroffenen Weichenstellungen aus der Politik können einen möglichen Weg für die Erhaltung und Stabilisierung unserer Wälder darstellen.

Der vorliegende Gesetzesentwurf „Dritte Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ stellt hierbei einen Baustein der finanziellen Untersetzung des politischen Papieres dar. Zu den einzelnen Sachverhalten wird im Folgenden Stellung genommen:

Zu Artikel 1:

Absatz 1 und 2 (Neu)

Mit den Absätzen 1 und 2 werden die finanziellen Rahmenbedingungen für die Erfüllung sämtlicher der Landesforstanstalt übertragenen hoheitlichen Aufgaben festgelegt. Insbesondere die jährliche Steigerung von 2 % sichert einen unbedingt notwendigen Personalstamm langfristig ab.

Es ist jedoch anzumerken, dass die Finanzzuführung in Höhe von 30.145.700 € in etwa die Höhe aus dem Jahr 2018 darstellt und damit bereits einen in den Aufgaben und Personal reduzierten Zustand wiederherstellt. Was bis dahin seit Anstaltsgründung eingespart wurde, muss eingespart bleiben (Finanzierung sonst nicht abgesichert). Perspektivisch muss die personelle Investition in die Zukunft im Fokus stehen und in die Ausbildung in allen Bereichen bei ThüringenForst geleitet werden. Neben der Erhöhung der Forstwärts- und Anwärterausbildung sollte intensiv über die Wiederaufnahme des Referendariats nachgedacht werden.

Gut ausgebildetes Personal wird in allen Waldbereichen – sei es bei ThüringenForst oder bei Waldbesitzern (Kommunal/Privat/Bund) als auch bei forstlichen Unternehmen gebraucht. Angesichts der sich abzeichnenden Aufgaben im Bereich Wiederbewaldung und Waldumbau mit deutlich steigender Tendenz. Speziell auf das FFK Gotha bezogen, sei darauf hingewiesen, dass dringend auch zukünftig Forsteinrichter mit entsprechender Ausbildung (Forstassessor oder vgl. Ausbildung) für eine qualitativ hochwertige Inventur und Bepanung der Wälder in Thüringen benötigt werden.

Für einen Ausbau von Aufgaben (z.B. der angewandten Waldforschung inkl. Drittmittelinwerbung) wird die alleinige Festschreibung auf den Stand 2018 nicht ausreichen!

Um die nicht im Zuführungsbetrag eingepreisten Zusatzkosten der Bundeswaldinventur 4 und der Bodenzustandshaupterhebung 3 für die komplexe Aufgabenerfüllung von ThüringenForst unschädlich abzusichern, wird es als unverzichtbar angesehen, die für 2023 geplante Erhöhung der Zuführung auf 30.145.700,- € auf das Jahr 2022 vorzuziehen. Analog wird das Vorziehen der



Tarifanpassung um zwei Prozent vom Jahr 2024 auf das Jahr 2023 empfohlen.

Für den Fall, dass seitens der Landesforstanstalt weitere hoheitliche Leistungen erwünscht werden, sollten diese im Gesetz explizit genannt und mit entsprechenden Zusatzmitteln kostendeckend notiert werden. (siehe zusätzliche Bereitstellung von bis zu 2 Mio. € für die Pflege des touristischen Wanderwegenetzes). Perspektivisch ist hier als ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen beispielsweise die landesweite Qualifizierung und flächendeckende Ergänzung des Rettungspunktenetzes für alle Waldbesitzarten oder die dauerhafte Kahlfächenanalyse zu nennen.

Absatz 4 (Neu):

Die gesetzliche Fixierung von jeweils zusätzlich 4 Mio. Euro Finanzzuführung für die Jahr 2019 – 2022 ermöglicht es der Landesforstanstalt wichtige Sofortmaßnahmen hinsichtlich der derzeitigen extremen Situation im gesamten Thüringer Wald fortzuführen. Der Einsatz von Forstschutzkoordinatoren und Forstschutzhelfern sowie die Besetzung offener Stellen hilft allen Waldbesitzern bei der Bewältigung der Sanierungsmaßnahmen in den Wäldern aller Eigentumsformen. Zudem wurde die Fördermittelbereitstellung deutlich gestärkt.

Daneben konnte die Hauptstelle Waldschutz am FFK Gotha befristet aufgestockt werden und unterstützt so die Thüringer Forstämter und Waldbesitzer. Auch wurde das Netz der Waldmessstationen um eine zusätzliche Station in Ostthüringen aufgestockt und sorgt ab dem kommenden Jahr für noch flächendeckendere Daten. Alle Waldmessstationen wurden zudem mit Bodenfeuchtesensoren ausgestattet. Die Bodenfeuchtwerte und deren Auswirkungen sind im Internet jeweils monatlich aktualisiert nachzulesen. Auch im Bereich Fernerkundung werden Mittel aus dieser Sonderzuführung verwendet. Dabei handelt es sich vorrangig um die Detektierung von Schädflächen via Satellit oder Drohne. Die Ergebnisse der Schädflächenauswertung werden allen Waldbesitzern und Behörden über Geoproxy zugänglich gemacht.

Absatz 5 (Neu)

Die hier benannten 11 Mio. € pro Jahr für den Zeitraum 2021 bis 2036 versetzen die Landesforstanstalt in die Lage, über alle Waldbesitzarten hinweg, den klimabedingt notwendigen Waldumbau fachlich fundiert zu planen, zu koordinieren und nachzuhalten. Die unmittelbaren Betriebsarbeiten sind dabei nicht Gegenstand des Gesetzentwurfes (siehe Begründung zum Gesetzentwurf).

Aus Sicht der Landesforstanstalt ergeben sich hieraus folgende Arbeitspakete (siehe Stellungnahme der Landesforstanstalt – hier gekürzt):

1. Eigentumsunabhängige konzeptionelle Planung des Waldumbaus. Erforschung, Darstellung und Datenbereitstellung der sich ändernden standörtlichen und klimatischen Bedingungen. Auswahl und Empfehlung daraus folgender standortsangepasster Saaten bzw. Anpflanzungen sowie deren Pflege und Unterhaltung.
2. Unterstützung aller Waldeigentumsarten bei der Beschaffung von geeignetem Saatgut. Ausbau der bei der Landesforstanstalt vorhandenen Kapazitäten von Saatgutgewinnung und Saatgutverarbeitung sowie Anzucht von Forstpflanzen.
3. Ausbau von Beratung und aktiver Unterstützung aller Waldeigentümer bei der Gestaltung und Umsetzung eines standortgerechten und klimastabilen Waldes durch die Landesforstanstalt. Hierunter fallen auch die Anlage repräsentative Demonstrationsflächen (Baumarten, Waldbilder, Pflege und Technikeinsatz) sowie eine verstärkte und vielgestaltige Öffentlichkeitsarbeit.
4. Entwicklung und Ausstattung des FFK Gothas als forschende Struktureinheit (angewandte Forschung) bei der Landesforstanstalt, welche die Grundlagen des zukunftsgerichteten und klimastabilen Waldes erforschen und daraus zu entwickelnde Schlüsse und Maßnahmen



empfehlen.

5. Entwicklung von Strukturen und Durchführung sowie Nachhalten der Dokumentation, Kontrolle und Nachweisführung der auf die Gestaltung zukunftsgerechter Wälder gerichteten Tätigkeit der Landesforstanstalt unter Beachtung des Datenschutzes.

Betrachtung zu Personal:

Dieses umfassende „Waldumbauprogramm“, welches über alle Waldeigentumsformen Wirkung entfalten soll, umfasst eine zielgerichtete Struktur und Ausstattung mit gut ausgebildetem Personal in allen Ebenen von ThüringenForst. Der Personalgewinnung kommt daher schon jetzt große Bedeutung zu. Wichtig erscheint hierbei der Hinweis, dass aufgrund des angespannten Arbeitsmarktes und der Langfristigkeit des Projektes keine befristeten Beschäftigungsverhältnisse begründet werden können. Ziel muss es sein, so früh wie möglich und mit unbefristeten Verträgen Personal anwerben zu können.

Im speziellen Fall vom FFK Gotha werden für den Aspekt der angewandten Forschung Experten aus vielen Bereichen angesprochen werden müssen. Ein weites Spektrum an Ausbildungen und Erfahrungen sorgt insbesondere im wissenschaftlichen Bereich für sehr gute Erfolge und weite Blickwinkel.

Betrachtung zu einem wissenschaftlich unterlegtem Fachprogramm:

Der Klimawandel und seine Folgen stellen eine immense Herausforderung an unsere Wälder und auch an deren Bewirtschaftung dar. Trockenheit, Stürme und sich daraus entwickelnde Kalamitäten haben extreme Ausmaße angenommen. Sich immer rascher veränderte Umweltbedingungen, unbekannte Auswirkungen auf Böden und Standorte sowie sich in Auflösung befindliche Waldsysteme fordern dringend eine verstärkte und vernetzte Waldforschung.

Hierfür wird eine deutliche Erhöhung im Stammpersonal des FFK Gotha benötigt. Experten in den Bereichen Waldschutz, Boden- und Standortkunde, des Umweltmonitorings (forsthydrologische Modellierung) und auch im Bereich der Fernerkundung sollen das bestehende Team ergänzen und aufbauen. Wichtig ist hier, dass neue Diagnose- und Erkundungsmethoden sowie Auswertesysteme eingeführt werden. Auch eine Digitalisierung der Forschungslandschaft in Thüringen und darüber hinaus steht an.

Auf Grundlage dieser Erfassungen (langjährige Zeitreihen liegen zudem vor) können Spezialisten bodenhydrologische Kennwerte aus aktuellen Klimamodellen generieren, das Risiko für Baumarten und Bestände modellieren und waldbauliche Empfehlungen generieren. Zugleich muss das Team der forschenden Waldwachstumskunde und des forschenden Waldbaus verstärkt und verstetigt werden – hier werden die Versuchsflächen (heimische Baumarten verschiedener Herkunft, seltene heimische Baumarten und auch spezielle nicht-heimische Baumarten, waldbauliche Methoden) unter realen Bedingungen getestet. Nur so kann die Anpassung an die Folgen des Klimawandels mit echten Fakten unterlegt werden. Die Baumartenempfehlungen müssen mit den neuen Klimamodellen verschnitten werden. Risikoabschätzung, Modellierung und „Feldversuche“ müssen Hand in Hand gehen. Diese Aufgaben sind naturbedingt langfristig angelegt – eine Finanzierung über kurzfristige Drittmittelprojekte ist nur ganz bedingt und ausschnittsweise möglich.

Neben dieser praxisorientierten Forschung zu Baumarten, relevanten Schadursachen und waldbaulichen Methoden steht ebenso die Naturwaldforschung auf dem Plan – die hier gewonnenen Erkenntnisse tragen zu einem naturnahen und klimastabilen Waldbau deutlich bei.

Für einen umfassenden Erkenntnisgewinn sind insbesondere der Ausbau und die Vertiefung der bestehenden Kooperationen mit Institutionen in Thüringen aber auch deutschland- und EU-weit von größter Bedeutung. Ein Alleingang des FFK Gotha ist keinesfalls sinnvoll. Die Fülle der Themen kann nur übergreifend und in Forschungsclustern erfolgen. Die Bedeutung der Einrichtung von ThüringenForst liegt insbesondere in der Regionalität und dem Wissenstransfer.



So unterhält das FFK Gotha mit dem Kompetenzzentrum für Wald (SachsenForst) und der LWF in Bayern enge Kooperationen. Viele Arbeiten werden in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Universitäten (forstlich und interdisziplinär) getätigt. Auch ist das FFK Gotha Mitglied im Verband Deutscher forstlicher Forschungs- und Versuchsanstalten und arbeitet mit allen deutschsprachigen Versuchsanstalten zusammen. Die Vernetzung erfolgt zudem fachübergreifend in der Zusammenarbeit mit der Universität und dem MPI in Jena.

Die hier genannte Vernetzung erfordert ebenfalls hochqualifiziertes Fachpersonal (Stammpersonal) – es ist zwingend notwendig in Kooperationen auch immer ein Stück Eigenexpertise einzubringen. Hier wird erhebliches Potential von Seiten des FFK Gotha gesehen – bis dato erfolgt die Einbringung zumeist über Fläche und Daten. Ein Expertenaustausch ist aufgrund des geringen Eigenpersonals kaum möglich. Wichtig wäre hier für Thüringen diese gestärkten Kooperationen über Wissensaustausch.

Eben das hier geforderte Stammpersonal versetzt Thüringen bzw. ThüringenForst in die Lage deutlich effektiver an Drittmitteln des Bundes /der EU zu partizipieren. Hierfür sind eine qualifizierte und daher sehr aufwendige Antragstellung, gute Referenzen sowie eine Betreuung der Wissenschaftler über mehrere Jahre notwendig.

Für ThüringenForst und für das FFK Gotha wären der verbindliche Auftrag der angewandten forstlichen Forschung insbesondere zur Anpassung der Wälder an die Folgen des Klimawandels im Errichtungsgesetz deutlich zu verankern. Ein Teil des Waldumbauprogrammes sollte hierfür festgesetzt werden.

Betrachtung zu aktiven Forstbetriebsarbeiten:

Die für das Waldumbauprogramm im Gesetzentwurf benannten Zuführungen stellen ausschließlich die hoheitlichen Strukturen für alle Waldbesitzer zur Verfügung (siehe Inhalte Arbeitspakete). Die Gelder dürfen nicht für aktive Maßnahmen (Betriebsarbeiten) verwendet werden – siehe Begründung zum Gesetzentwurf.

Gleichwohl stellen Maßnahmen des Waldumbaus auf allen Flächen aller Eigentümer die wichtigste Grundlage für einen langfristig klimastabilen Wald dar. Der Gesetzentwurf stellt hier dar, dass hierfür entweder die eigene Liquidität der Forstbetriebe oder Fördermittel in Anspruch zu nehmen sind. Die betriebliche Situation der Landesforstanstalt lässt derzeit und auch für die absehbare Zukunft keinerlei Spielräume für einen aktiven Waldumbau aus den betrieblichen Mitteln zu. Um hier Chancengleichheit bzw. Realisierungsfreiheit zu generieren wird an dieser Stelle auf die Stellungnahme der ThüringenForst – Anstalt öffentlichen Rechts verwiesen.

In einigen Wochen wird der Waldzustandsbericht wieder den Blick auf unsere Wälder richten – die letzten Jahre musste leider ein immer düsteres Bild gezeichnet werden. Auch dieses Jahr ist keine Trendwende zu erwarten. Trockenheit und sich daraus entwickelnde Schäden drängen zu aktivem Handeln. Eine schnelle Befassung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und möglichst langfristige Perspektiven sind Voraussetzungen für eine möglichst baldige Umsetzung des deutlich intensiveren Waldumbaus in Thüringen!

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Leiterin Forstliches Forschungs- und Kompetenzzentrum

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ und Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren sowie Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Ev. Kirchen bei Landtag und Landesregierung	Kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechtes
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Evangelisches Büro Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstraße 10
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)		
<p>Gesetzesentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ - Drucksache 7/888:</p> <p>Die beabsichtigten Änderungen werden im Wesentlichen befürwortet. Die Gesetzesbegründung enthält leider keine Aussage zur Wiederaufnahme der Referendarausbildung, wiewohl die Wiederaufnahme wünschenswert wäre. Des Weiteren steht in der Begründung zu Nummer 3, dass der Zuschuss von elf Millionen Euro jährlich nicht für aktive Maßnahmen auf der Einzeltäfelung. Das halten wir nicht für sinnvoll, das Geld soll gerade auch dafür verwendet werden! Die Liquidität muss sichergestellt sein.</p> <p>Wir begrüßen die Anträge:</p> <p>Entschließungsantrag „Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkaufmännlichkeit und beim Waldbau investieren“ - Drucksache 7/1013</p> <p>Entschließungsantrag „Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen“ - Drucksache 7/724 – Neufassung</p> <p>Antrag (Alternativantrag) zu Drucksache 7/724 „Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken“ - Drucksache 7/793</p>		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)		<input type="checkbox"/> nein
Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?		
In welcher Form haben Sie sich geäußert?		
<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief		
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!		

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 26.08.2020	

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
01.09.2020 07:59
2011212020

Evangelisches Büro Thüringen · Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum 25.08.2020 Aktenzeichen 3.0.2.2.

Ihr Schreiben: 10.7.2020

: Anhörung zu
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts
„ThüringenForst“
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/868 -
dazu: - Vorlage 7/644 (Änderungsantrag der Fraktion der FDP)

und

Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der
Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren
Antrag (Entschliebung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/1013 -

sowie

Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig
unterstützen
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/724 – Neufassung -

und

Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise
stärken
Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN
- Drucksache 7/793 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem uns übersandten Gesetzentwurf mit vier Anträgen bedanken wir uns für die Anhörung und geben
folgende Stellungnahme ab:

1. Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts
„ThüringenForst“ - Drucksache 7/868



Die beabsichtigten Änderungen des § 12 des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ hinsichtlich der Festlegungen zur Finanzaufführung an die AöR, zu den zusätzlichen Zuführungen an die AöR sowie zur Zuführung zur Bewältigung des Waldumbaus an die AöR in den Nummern 1 bis 3 werden befürwortet.

Die Gesetzesbegründung enthält leider keine Aussage zur Wiederaufnahme der Referendarausbildung, wiewohl die Wiederaufnahme wünschenswert wäre. Des Weiteren steht in der Begründung zu Nummer 3, dass der Zuschuss von elf Millionen Euro jährlich nicht für aktive Maßnahmen auf der Einzelfläche, wie zum Beispiel Ansaat oder Pflanzung verwandt werden soll. Das halten wir nicht für sinnvoll; das Geld soll gerade auch dafür verwandt werden! Die Liquidität muss sichergestellt sein.

2. Entschließungsantrag „Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau investieren“ – Drucksache 7/1013

Wir begrüßen den gesamten Entschließungsantrag. Insbesondere aber begrüßen wir die Bitte an die Landesregierung unter Nummer II.3, die vom Bund im Zuge des Corona-Konjunkturprogramms für „den Wald“ bereitgestellten finanziellen Mittel, falls nötig, durch das Land kofinanzieren und insbesondere den Privatwaldbesitzerinnen und -besitzern als unkomplizierte, pauschalierte Soforthilfe noch im Jahr 2020 zur Verfügung zu stellen, sowie darüber hinaus – falls die Bundeshilfen nicht ausreichen oder nur eingeschränkt nutzbar sind – ein eigenes Notprogramm aufzulegen.

Befürwortet wird ebenfalls unter Nummer II.6, dass sich der Freistaat gegenüber dem Bund dafür einsetzen soll, dass die Mittel in einem möglichst einfachen Verfahren von der Breite der Waldbesitzer – ohne besondere Anforderungen an die Struktur des Forstbetriebs – in Anspruch genommen werden können.

3. Entschließungsantrag „Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen – Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen“ – Drucksache 7/724 – Neufassung

Wir begrüßen den gesamten Antrag, insbesondere aber die Forderungen unter II., den Aktionsplan Wald 2030 konkret finanziell zu untersetzen („Fördermittel für alle Waldbesitzarten im notwendigen – erheblichem – Umfang bereitzustellen“) sowie unter IV.2., dass die Landesregierung aufgefordert wird, sich im Bund für die Einführung einer „Kohlendioxid-Bindungsprämie“ für alle Waldbesitzer einzusetzen, um deren Anstrengungen im Hinblick auf die Klimafunktion des Waldes angemessen zu vergüten.

Auch die nachfolgende Formulierung „Diese Prämie soll flächenbezogen ausgestaltet werden und den Waldbesitzern unbürokratisch einen bestimmten Betrag nach nachvollziehbaren Leistungsparametern gewähren ...“ begrüßen wir ausdrücklich.

Aus unserer Sicht sollte eine solche Prämie für die gesamten Gemeinwohlleistungen, welche der Waldbesitzer für die Gesellschaft erbringt, gezahlt werden. Die Formulierungen in der Begründung tragen wir vollinhaltlich mit.

4. Antrag (Alternativantrag) zu Drucksache 7/724 „Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken“ – Drucksache 7/793

Wir begrüßen diesen Antrag ebenfalls.

Wir bedanken uns nochmals für die Gelegenheit der Stellungnahme und bitte um Aufnahme der Erwägungen.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetsiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

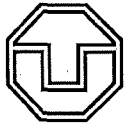
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> <i>T. U. Dresden Tienauer Straße 2</i> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	<i>T. U. Dresden Tienauer Straße 2</i>		
	Name	Vorname									
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer	<i>T. U. Dresden Tienauer Straße 2</i>										

	Postleitzahl, Ort	01737 Tharandt
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Hochschullehrer am Inst. f. Waldbau und Forstschutz Schwerpunkt d. Lehre u. Forschung: Wildökologie u. Jagdwunde	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die vorliegenden Gesetzesvorhaben sind vom Landtag her zu begreifen. Allerdings wäre es wichtig, die Eigenverantwortlichkeit der Forstwirtschaft und die Nachhaltigkeit gewisser politischer, wissenschaftlicher Konzepte aufzuzeigen, bevor Subventionen aus Steuermitteln erfolgen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift <i>/</i>
<i>Dresden, 31.8.2020</i>	



Technische Universität Dresden, PF 1117, 01735

Prof. Dr. forest. Dr. med.

Bearbeiter:

AZ:

Stellungnahme zum Entwurf „Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

Der Gesetzesentwurf hat das Ziel, die Landesanstalt „ThüringenForst“, insbesondere durch finanzielle Zuführungen, aber auch durch Ausweitungen der Kompetenz zu stärken.

Es stellt die Reaktion auf die in den vergangenen Jahren aufgetretenen Waldschäden infolge verschiedener Sturmereignisse und zweier Trockenjahre dar.

(Die Rolle der in der Begründung regelmäßig angeführten Covid-19 Pandemie für diese Problematik wird dem Leser demgegenüber nicht wirklich transparent.)

Es sollen in Zukunft ohne zeitliche Begrenzung jährlich hohe Millionenbeträge an Landesanstalt bzw. Staatsforstbetrieb überwiesen werden. Des Weiteren soll die Landesanstalt ermächtigt werden, Kredite zum Kauf von Waldgrundstücken aufzunehmen.

Der vorliegende Gesetzentwurf stellt ganz offensichtlich einen ersten Schritt zur Abkehr von den Liberalisierungstendenzen der Forstwirtschaft in der Vergangenheit dar, welche nicht nur in Thüringen, sondern auch in anderen Bundesländern zu beobachten waren.

Dem Zeitgeist der 1990er Jahre entsprechend wurde seitens der Politik, doch teilweise auch mit Unterstützung zahlreicher Akteure aus der Verwaltung, der Anschein erweckt, dass ehemalige Staatsforstverwaltungen in Gestalt staatlicher „Forstbetriebe“ oder zumindest Anstalten öffentlichen Rechts ähnlich wie private Konzerne eine wichtige Rolle auf dem Agrarsektor spielen und wie private Betriebe Gewinne erzielen können. Die Besonderheiten forstlichen Wirtschaftens wurden dabei oft übersehen. Die Folgen waren unter anderem deutliche Rationalisierungstendenzen, hin zu immer größeren operativen Einheiten, Mechanisierung der Waldarbeit, Personalabbau auf allen Ebenen,

Kostenreduktion beinahe um jeden Preis, „Outsourcing“ von Prozessen und andere seinerzeit „moderne“ Aktivitäten, die teilweise bis heute andauern.

Diese Politik, die mit einer stetigen personellen Schwächung der operativ tätigen Einheiten (bei weitgehend erhaltener Administration) einherging, ist neben dem Klimawandel wohl mitursächlich für die aktuelle Krise der Forstwirtschaft.

Grundsätzlich ist es wichtig, staatliche wie private Forstbetriebe bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Der vorliegende Gesetzesentwurf will die Probleme im Wesentlichen durch immer mehr Geld lösen. Das alleine wird nicht ausreichen.

Bevor zusätzliche Mittel in jährlicher Höhe von mittleren zweistelligen Millionenbeträgen bewilligt werden, sollte klar sein, welche Konzepte entwickelt werden, um in Zukunft die Probleme unserer Wälder zu lösen.

Seit den frühen 1980er Jahren, als es die immissionsbedingten Walderkrankungen zu bewältigen galt, ist die Notwendigkeit eines Waldumbaus jeder Försterin und jedem Förster hinreichend bekannt. In diesen vierzig Jahren ist viel geleistet worden, doch waren die bisherigen Ansätze ganz offenbar nicht ausreichend oder auch nicht ernsthaft genug betrieben, um die ureigene Aufgabe forstlichen Wirtschaftens, die Entwicklung auch gegenüber Extremereignissen stabiler, Waldbestände, angemessen zu lösen. Forstwirtschaft bedeutet langfristiges Wirtschaften, das erfordert wissenschaftlich fundierte und über Jahrhunderte vorausschauende Konzepte.

Konzepte, welche die Antwort auf aktuell wichtige Fragen liefen, beispielsweise die Frage genetischer Vielfalt in forstlichem Vermehrungsgut, die Frage der Ausweisung von Flächen ohne Nutzung oder auch die Frage nach Wildtiermanagementkonzepten, welche diesen Namen wirklich verdient haben und nicht immer mehr zur Schädlingsbekämpfung werden.

Der aktuelle Klimawandel ist ein Problem, welches uns die Notwendigkeit eines solchen langfristigen Ansatzes noch deutlicher vor Augen führt.

Die Zuführung von Steuergeldern an den staatlichen Forstbetrieb ist aktuell sicher wichtig. Sie sollte allerdings grundsätzlich abhängig gemacht werden von einem Konzept, welches Wald- und Forstwirtschaft, wie wir sie in den vergangenen Jahren betrieben haben, grundlegend überdenkt. Der Hinweis auf den „notwendigen Waldumbau“ und die doch sehr vage Begründung zu Nr. 3 reichen hier nicht aus.

Die Vorstellung, dass der Ankauf privater Waldgrundstücke dazu beiträgt, die Situation zu verbessern, ist nicht nachvollziehbar. Es wird in der Begründung zu Nr. 5, der Eindruck erweckt, dass Wälder, die sich in öffentlichem Besitz befinden, besser bewirtschaftet werden, als solche in Privatbesitz („Vorbildfunktion“). Die aktuellen Probleme betreffen allerdings staatliche ebenso wie private Forstbetriebe. Ob staatliche Forstbetriebe wirklich bessere langfristige Konzepte der Bewirtschaftung entwickeln, muss sich erst noch zeigen.

Stellungnahme zum Entschließungsantrag „Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren“

Auf die Stellungnahme zum Entwurf „Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung wird auch hier verwiesen.

Eine solche Entschließung sollte mehr sein als nur die Klage über die Situation und die Forderung nach zusätzlichen Finanzmitteln.

Die zukünftigen Aufgaben erfordern einen großen personellen und finanziellen Einsatz. Wir dürfen allerdings nicht davon ausgehen, dass es mit einem „weiter so“, lediglich mit mehr Steuergeld, getan ist. Daher muss klar sein und auch in einer derartigen Entschließung zum Ausdruck kommen:

Es reicht nicht, die Verantwortung ausschließlich beim Klimawandel zu suchen und das eigene Handeln in Vergangenheit und Gegenwart nicht oder kaum zu hinterfragen. Erst wenn jeder Forstbetrieb, egal ob Kleinstprivatwald oder Landesforstbetrieb seine „Hausaufgaben“ für die nächsten Jahrzehnte macht, erst wenn jeder Forstbetrieb sich der großen gesellschaftlichen Verantwortung, die mit der Langfristigkeit des Wirtschaftens verbunden ist, bewusst ist, und erst, wenn jeder Forstbetrieb auch sein bisheriges Handeln grundlegend zu ändern bereit ist, werden wir die Probleme unserer Wälder lösen.




Zu denken gibt der letzte Satz der Begründung: ob die „in den letzten drei Jahrzehnten aufgebauten Strukturen in der Thüringer Forstwirtschaft“ wirklich so erhalten bleiben müssen, ist zu hinterfragen. Wie in der Stellungnahme zum Entwurf „Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ bereits dargelegt, wäre zunächst zu prüfen, ob diese Strukturen auch Teil einer Lösung sein können, oder ob sie nicht eher ein Teil des Problems sind.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/868; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldbau Intensivieren, Antrag (Entschleßung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none; height: 40px;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none; text-align: center;">  <div style="display: inline-block; vertical-align: middle; font-size: small;"> Geschäftsstelle: Kindermannstr. 130 99867 Gotha </div> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	 <div style="display: inline-block; vertical-align: middle; font-size: small;"> Geschäftsstelle: Kindermannstr. 130 99867 Gotha </div>	Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	 <div style="display: inline-block; vertical-align: middle; font-size: small;"> Geschäftsstelle: Kindermannstr. 130 99867 Gotha </div>									
Postleitzahl, Ort											
2. Haben Sie sich als <u>natürliche Person</u> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)											
2.	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none; height: 40px;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	- Forstfachgenossenschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Verbesserung finanziell Ausstattung HÖR Thüringen Forst - Änderung der Ausrichtung HÖR Thüringen Forst weg von reinem Wirtschaftsverband hin zur Erfüllung der neuen gesellschaftlichen Ansprüche und deren Finanzierung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gotha 18.09.2020	

**Landesverband
Thüringen****Geschäftsstelle**

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Kindermannstraße 130
99867 Gotha
☎ Dienst: 03 621/ 225 141
☎ Funk: 0178 / 37 63 026
☎ 0180/ 35 51 81 41 28
✉ info@bdf-thueringen.de

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

vom
28.08.2020**Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung
der Anstalt öffentliches Recht „ThüringenForst“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der BDF Landesverband Thüringen bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme zur Gesetzesänderung. Im Wesentlichen sollen finanzielle Änderungen zur Ausstattung der AöR ThüringenForst beschlossen werden. Dies begrüßt der BDF ausdrücklich. Aus unserer Sicht war bereits seit Gründung der AöR ThüringenForst diese langfristig finanziell nicht ausreichend ausgestattet. Obwohl alle Leistungen der AöR wie zuvor der Verwaltung innerhalb des Ministeriums zugestanden werden sollten, sieht die Praxis leider anders aus.

Leistungen wurden in die Eigenfinanzierung der AöR ThüringenForst „übergeben“. Beispielhaft sind Versicherungskosten für Dienst-Kfz über die Finanzierung der Ausbildung bis zur Nichterstattung der jährlichen Kostensteigerung durch Tarifabschlüsse und Besoldungserhöhungen aufgeführt.

Dies erfolgte alles ohne die Berücksichtigung von natürlichen Schadereignissen. Den vorliegenden Gesetzentwurf begrüßt der BDF als einen strukturell richtigen Ansatz. Die Ausgestaltung der beabsichtigten Maßnahmen sollte aus Sicht des BDF in einigen Schwerpunkten geändert werden. Dazu im Einzelnen folgend.

Der BDF besteht seit 1949 als forstpolitische, berufsständische und gewerkschaftliche Vertretung der Forstleute und Angestellten in allen Waldbesitzarten. Mit etwa 10.000 Mitgliedern ist der BDF auch Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion (dbb), in der Union Europäischer Forstleute (UEF) und im Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR). Gegenüber Verwaltung und Arbeitgebern werden die Forstleute vertreten, indem Einfluss auf alle forst- und naturschutzpolitischen Zielsetzungen genommen wird. Ebenso erfolgt die Information der politischen Entscheidungsträger mit fachlichen Informationen.

Landesverband Thüringen
Geschäftsstelle
Kindermannstraße 130
99867 Gotha
Email: info@bdf-thueringen.

Landesvorsitzender

Drucksache 7/ 868

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und Bündnis90/ DIE GRÜNEN

Artikel 1

1. Absatz 2 Satz 2

„... zuzüglich einer Jährlichen Steigerung in Höhe von zwei Prozent erstmalig ab dem Jahr 2024“

Der BDF begrüßt die Änderung, fordert hier jedoch, dass diese Änderung bereits ab dem Jahr 2021 greift.

Alle bisherigen Tarif- und Gehaltserhöhungen musste die AöR ThüringenForst selbst finanzieren. Ein Erstbeginn in 2024 würde wieder eine zusätzliche Belastung wegen der Finanzierung aus der nächsten Tarif-u. Gehaltsrunde ergeben. Damit wird die Erreichung einer ausreichenden Finanzausstattung wieder in Frage gestellt. In der eigenen Begründung zu Nummer 1 wird richtigerweise auf den Sachverhalt eines zwanghaften Personalabbaus bei Nichteinführung einer Anpassungsklausel hingewiesen. Wieso dieser erst ab dem Jahr 2024 greifen soll, erschließt sich nicht. Diese 2% greifen bereits seit Gründung der AöR ThüringenForst und mussten bisher durch Personalabbau insbesondere bei den Forstwirten kompensiert werden.

Diese Forderung hat der BDF bereits bei der letzten Gesetzesänderung angemahnt.

Weiter zu 1 zu den Finanzbeträgen

Vorgeschlagen wird eine Reduzierung der Finanzzuführung von 2020 (29,1Mio€) bis 2022 (27,41Mio€). Dies lehnt der BDF ab. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso unter den heutigen Bedingungen eine weitere Finanzreduzierung bis zum Jahr 2022 beschlossen werden soll.

Diese reduzierten Zuführungen führen bereits ohne die derzeitige Katastrophenlage unter normalen Wirtschafts-/ Erlösbedingung zu einem weiteren Personalabbau mit der Folge eines Verlustes an Leistungsfähigkeit insbesondere in der Fläche und bei der hoheitlichen Aufgaben. Diese Reduzierung der hoheitlichen Aufgaben sind unter normalen Bedingungen beschlossen worden und sind aus Sicht des BDF für die jetzige Situation nicht mehr angemessen.

Der BDF fordert die Anhebung ab dem Jahr 2023 bereits auf das Jahr 2021 vorzuziehen.

Diese Vorziehung ermöglicht dann auch die dringend notwendige Aufstockung der forstlichen Ausbildung und unbefristeten Übernahme von selbst ausgebildeten Fachpersonal. Hierbei geht es um die Ausweitung der Ausbildung von Forstwirten im eigenen forstlichen Bildungszentrum Gehren (interne Ausbildung von derzeit 15 Forstwirten) und deren unbefristete Übernahmemöglichkeit nach dreijähriger Ausbildung. Insbesondere die derzeitige Katastrophe zeigt deutlich, dass es in

BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE



Thüringen und Deutschlandweit keine ausreichende Unternehmerstruktur gibt, die auch wie erforderlich über einen längeren Zeitraum ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stellen kann. Nur mit ortskundigen, sofort abrufbaren Forstwirten (ohne Ausschreibungsprozedere) ist eine effektive Käferbekämpfung ohne Chemie und zeitnah möglich.

Für die Anleitung dieser Forstwirte und insbesondere für den massiv angestiegenen Bedarf an forstlicher Beratung im hoheitlichen Bereich bedarf es zur unmittelbaren Katastrophenbewältigung und zur langfristigen Sicherung eines Waldes und dessen Umbau ausgebildete Förster (Fachschule/ Bachelor/ gehobener Dienst). Wenn nicht jetzt die Ausbildungskapazitäten hochgefahren werden, wird mit dem natürlichen massiven Personalabgang zwischen 2023 und 2026 kein ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen. Das trifft nicht nur für ThüringenForst sondern für alle Forstbetriebe/ Forstverwaltungen bundesweit zu

Für Thüringen hat der BDF einen zusätzlichen Bedarf von 400 Stellen ermittelt.

2. zu Absatz 4

Insofern die Sonderzuführungen in Höhe von 4Mio€ im Gesetz ihren Niederschlag finden, begrüßt der BDF dies sehr. Wichtig hierbei ist jedoch die Art und Weise, wie dieser Betrag eingesetzt werden kann. Soweit hier keine eingeschränkte Verfügbarkeit vorgesehen ist, stellt dies einen wesentlichen Beitrag zur Möglichkeit der Ausbildung und Nachwuchsförderung dar.

3. neuer Absatz 5

Der BDF sieht ebenfalls die Notwendigkeit der Stärkung in der Hoheit und hier in der Beratung und Betreuung sowie im Waldbau für den Nichtstaatswald.

Aus Sicht des BDF sollten hier die vorgesehene Umsetzung geändert werden. Die Einschränkung nur auf konzeptionelle Planung erscheint zu kurz gefasst. Auch der BDSF sieht die Verpflichtung von Nicht-Staatswaldbesitz Einzelmaßnahmen auf der Fläche selbst zu finanzieren/ über Förderung Unterstützung zu bekommen.

Jedoch wird keine Planung entsprechende Pflanzen zur Verfügung stellen.

Hier sollte ein konkreter Betrag für die Pflanzenbereitstellung/ Anzucht als aktive Maßnahme zur Verfügung gestellt werden oder solche Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden.

Gleiches gilt für forstliche Forschung. ThüringenForst verfügt immer noch über eine große Anzahl von forstlichen Versuchsflächen. Diese müssen erhalten werden und die Forschung intensiviert werden.

In der Vergangenheit mussten leider auch zahlreiche aus DDR-Zeiten über Jahrzehnte betriebenen Forschungsflächen aus finanziellen und Personellen Engpässen von ThüringenForst aufgegeben werden.

Dieses sollte sich nicht wiederholen und als aktive Maßnahmen zugelassen werden.

4. Redaktionelle Änderungen

5. neuer Absatz 5

Die Möglichkeit der Kreditaufnahme zum Flächenankauf wird begrüßt. Inwieweit dies in der Praxis bei einem Finanzierungsvorbehalt durch das Finanzministerium realistisch erscheint, bleibt anzuzweifeln. Hier sind konkrete Regelungen erforderlich. Derzeit und in den nächsten Jahren laufen Bindungsfristen von Treuhand und Nachfolgern für Weiterverkäufe von Waldeigentum aus. Wenn es der Landesregierung ein Ziel ist, öffentlichen Wald neu auszurichten, sollte dies auch die Möglichkeit von Waldankauf beinhalten. Ggf. mögliche Waldankäufe sind einmalige Gelegenheiten und sollten im Interesse der Bürger immer genutzt werden.

vom BDF weitere für erforderliche gehaltenen Gesetzesänderungen

§12 Absatz 1, zweiter Satz

„Bei den betrieblichen Aufgaben soll die Landesforstanstalt insgesamt mindestens Kostendeckung erreichen.“

Dies bestimmt die Ausrichtung der AöR ThüringenForst zum Zeitpunkt ihrer Errichtung. Ob dieses wesentliche Ziel „Kostendeckung“ angesichts der derzeitigen Katastrophe realistisch erscheint, wird angezweifelt. Kurzfristig ist es aus der Erlöslage völlig unrealistisch. Aus den Erfahrungen von Kyrill (2007 waren die Schadzahlen nicht so hoch wie jetzt) und der Erholung des Absatzmarktes bis zur Errichtung der AöR ThüringenForst in 2013 zeigt sich, dass die Festlegung auf Kostendeckung unrealistisch ist. Dem folgend sollte sie geändert werden.

Ein weiterer Aspekt ist die geänderte gesellschaftliche Sichtweise. Eine reine Ausrichtung auf Kostendeckung ist mit den mittlerweile völlig geänderten gesellschaftlichen Anforderungen an Wald an sich aus Sicht des BDF nicht mehr zeitgemäß.

Und wenn sich die gesellschaftlichen Anforderungen ändern, muss auch die Ausrichtung der AöR ThüringenForst geändert werden.

Der BDF schlägt daher folgende sinngemäße Formulierung vor:

Streichung des Wortes „mindestens“ und ersetzen durch das Wort „möglichst“.

§2 Absatz 2 Satz 2

In Zusammenhang mit der geforderten geänderten Ausrichtung der AöR ThüringenForst sollten die in §2 Absatz 2 Satz 1 aufgeführten „Allgemeinwohlbelange“ näher definiert werden.

Drucksache 7/ 644

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird vom BDF abgelehnt. Aus Sicht des BDF gewinnt Wald an sich immer mehr an gesellschaftlicher Bedeutung. Die Gewinnerzielungsabsicht tritt immer mehr in den Hintergrund. Die gesellschaftlichen Anforderungen an den Waldbesitzer steigen immer mehr an. Wenn denn hier der Staat die Möglichkeit hat, Aufgaben für die Gesellschaft zu übernehmen und mehr Wald allen zur Verfügung zu stellen, sollte dem Raum gegeben werden. Die angeführte Gesetzesvorlage ermöglicht sicherlich hoheitliche Maßnahmen wenn es um Waldschutz geht. Dies ist in der Praxis völlig unrealistisch. Allein ein zeitlicher Verzug vom Erkennen von Schädlingsbefall bis zum Absterben umfasst weniger als Zwei Wochen. Hier eine Ersatzvornahme als realistische Maßnahme anzusehen, geht an der Realität völlig vorbei. Und es ist ja keine Zwangsmaßnahme vorgesehen („Verstaatlichungsmechanismus“) Gedacht ist hier lediglich die Nutzung von Angeboten durch Verkaufsinteressenten. Auch im Zuge einer touristischen Weiterentwicklung kann z.B. durch staatliche Flächen der Druck und die Verantwortung von Privatwaldeigentümern genommen werden.

Drucksache 7/724

Antrag der Fraktion der CDU

Der BDF begrüßt grundsätzlich die Forderungen der CDU-Fraktion unter ii. und III. unabhängig von dem bereits erfolgten Zeitablauf.

zu III.

Der BDF begrüßt die Schaffung eines vom Haushalt unabhängigen Sondervermögens in Höhe von 50 Mio Euro für die nächsten zehn Jahre. Der BDF Thüringen verweist auf die Aussagen aller im Landtag vertretene Parteien anlässlich der Veranstaltung im Oktober 2019 vor der Wahl. Hier haben alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen unisono diese 500Mio Euro als ihr Ziel für den Wald erklärt. Anwesend für die Fraktionen waren Tilo Kummer (DIE LINKE), Robert Geheeb (SPD), Anja Siegesmund (Bündnis90/ Die GRÜNEN), Mike Mohring (CDU), Thomas Kemmerich (FDP) und Stefan Möller (AfD). Der BDF würde es begrüßen, wenn diese Vorwahlaussage nunmehr ihre Umsetzung erfahren würde.

zu IV.

zu 1.:

Der BDF unterstützt die Forderung der CDU nach Anreizen zur Anpflanzung und Bewirtschaftung der Wälder. Dies könnte aus Sicht des BDF in ein besonderes Förderprogramm für alle Waldbesitzarten münden.

zu 2.:

Grundsätzlich steht der BDF eine flächenbezogenen Prämie für die Leistungen des Waldes offen gegenüber. Die Variante einer „Kohlendioxid-Bindungsprämie“ ist sicher

eine Möglichkeit. Zu bedenken ist hierbei jedoch, was passiert, wenn der prämierte Wald weg ist (Sturm, Käfer). Muss dann die Prämie wie bei Fördermittel zurückgezahlt werden?

Hier ist sehr genaues agieren erforderlich um nicht aus einer momentanen Förderung ein Rückzahlungsfiasco zu machen.

Weitere Prämien, wie z.B. für Wasserversorgung, Freistellung von Grundsteuer für Waldbesitz, sollten als Gesamtpaket betrachtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Anhörung zu Gesetzentwürfen zum fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	BUND Thüringen e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Trommsdorffstraße
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	5
	Postleitzahl, Ort
	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Landesgeschäftsführer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der BUND Thüringen fordert die Erhöhung der Zuwendungen an ThüringenForst an einen Paradigmenwechsel in der Waldbewirtschaftung in Thüringen zu binden. Im Staatswald muss eine gemeinwohl-, naturschutz- und klimaschutzorientierte Bewirtschaftung Vorrang haben. Dazu ist für den Staatswald die FSC-Zertifizierung einzuführen und im Gesetz zur Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst" zu verankern.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 31.08.20	

THÜR. LANDTAG POST
31.08.2020 07:46

1997612020

Landesverband
Thüringen e.V.

Abs.: BUND Thüringen e.V., Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

bund.thueringen@bund.net
www.bund-thueringen.de

Erfurt, der 28.08.20

Stellungnahme zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Beteiligung an dem o.g. Verfahren und die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns. Der BUND Thüringen nimmt zu den geplanten Änderungen im Thüringer Waldgesetz wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:

Die Wälder in Thüringen stehen unter Druck. Trockenheit, Borkenkäferkalamitäten, Stürme, Waldbrände und Luftverschmutzung schädigen die Wälder. Durch die Dürreperioden in 2018 und 2019 hat sich die Situation der Wälder in Thüringen dramatisch zugespitzt. Ganze Waldbestände aus naturfernen Fichten- und Kiefernmonokulturen brechen zusammen.

Auslöser für die Waldkrise sind die beiden aufeinander folgenden Dürre-Sommer 2018 und 2019. Dennoch sterben die Bäume nicht allein wegen der Hitze bzw. Trockenheit. Darauf deutet auch das breite Spektrum betroffener Baumarten hin. Neben Arten, welche gegenüber Trockenstress sensibel reagieren, wie der Fichte sind auch Baumarten betroffen, welche bisher als tolerant gegenüber Trockenheit angesehen wurden, wie die Waldkiefer. Auch das Buchensterben lässt sich nicht alleine durch zwei aufeinanderfolgende „Jahrhundertsommer“ erklären. Aus der zeitlichen Perspektive des Lebenszyklus eines Buchenwaldes gehören solche Ereignisse nicht zur Ausnahme, sondern zum Normalfall. Auch ohne Klimawandel würden solche Trockenperioden noch zu den normalen Klimaschwankungen in unseren Breiten gehören. Nicht normal ist das vorzeitige Absterben der Altbuchen in Folge dieser Hitzeperioden. Als eigentliche Ursachen der aktuellen Waldkrise lassen sich vier Einflussfaktoren benennen:

1.1. Baumartenzusammensetzung

Mit 38% der Waldfläche ist die Fichte als „Brotbaum des Försters“ die mit Abstand häufigste Baumart in Thüringen. Damit stockt die Fichte in weiten Teilen Thüringens außerhalb ihres ökologischen Optimums. Die sturmgefährdete und dürr empfindliche Baumart ist besonders anfällig gegenüber dem Borkenkäfer. Durch die jahrzehntelange Förderung von Nadelwaldmonokulturen waren die verheerenden Borkenkäferkalamitäten vorprogrammiert.

1.2. Luftschadstoffe

Dauerbelastung durch Luftschadstoffe in Form von Stickoxiden aus dem Straßenverkehr und Ammoniakemissionen aus Massentierhaltung verursachen zu einem wesentlichen Anteil den schlechten Zustand der Wälder. In den letzten 25 Jahren lag der Anteil gesunder Buchen bei 15 %, 40% gelten als stark geschädigt (TMIL 2018). Hohe Stickstoffeinträge gehören zu den bedeutendsten Belastungsfaktoren für den Wald. Stickoxide schädigen das Feinwurzelsystem und damit die Wasseraufnahmefähigkeit der Bäume. Ammoniakeintrag führt zur Bodenversauerung und wirkt ähnlich wie der „Saure Regen“.

Die sog. kritischen Belastungsgrenzen („critical loads“), die zur Gesunderhaltung von Waldökosystemen einzuhalten sind, werden seit Jahren bei Stickstoff an allen Waldmessstationen in Thüringen deutlich überschritten. Seit 2014 sind die ohnehin hohen Werte noch einmal deutlich angestiegen (TMIL 2018).

1.3. Art der Waldbewirtschaftung

Intakte Naturwälder Osteuropas reagieren offenbar bisher kaum negativ auf die Erwärmung. Diese verfügen über die doppelte Biomasse unserer Wirtschaftswälder, deren Bäume sind durch natürliche Selektion sehr gut an den Standort angepasst und die Böden sind weniger durch Befahrung und damit verbundene Erosion gestört. Durch ein weitgehend geschlossenes Kronendach ist das Waldinnenklima konstant feucht, die Verdunstung wird minimiert.

Bei den forstlich genutzten Laubwäldern sind Dürreschäden vielfach die Konsequenz intensiver Bewirtschaftung. Häufige Durchforstung und ein dichtes Rückegassensystem beeinträchtigen das Waldinnenklima und erhöhen die Anfälligkeit der Wälder gegenüber Austrocknung. Besonders betroffen sind sog. Altschirmschläge wie im Hainich oder am Possen. Hier sind nach forstlichen Eingriffen nur Überhälter als Schirm stehen geblieben. Gerade die Buche reagiert als Schattenbaumart empfindlich auf solche Freistellungen und erleidet „Sonnenbrand“.

1.4. Klimawandel

Lange Phasen mit negativer klimatischer Wasserbilanz führen zur Austrocknung selbst tieferer Bodenschichten. In vielen Gebieten außerhalb des Thüringer Waldes geht der Wassergehalt des Bodens seit Jahren kontinuierlich zurück. Wenn die Bäume nicht mehr auf gespeicherte Wasserreserven zurückgreifen können, benötigen sie in der Vegetationszeit regelmäßig ergiebige Niederschläge. Bleiben diese wie in den Jahren 2018 und 2019 aus, führt das bis zum Absterben ganzer Waldgebiete.

Um die Waldkrise zu bewältigen und die Gemeinwohlleistungen der Wälder zu gewährleisten müssen:

- die Anstrengungen zum Klimaschutz verstärkt werden
- Luftschadstoffe aus dem Verkehrs- und Landwirtschaftssektor eliminieren
- die Wälder wieder als Ökosysteme und nicht als Holzplantagen behandelt werden

Stellungnahme zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ (Anlage 2)

Überwiegend kurzfristige, forstökonomische Interessen, welche gerade nicht eine generationenübergreifende langfristige Waldentwicklung mit wechselnden, klimatischen Rahmenbedingungen im Blick hatten, haben zur aktuellen Waldkrise wesentlich beigetragen. Nur eine naturschutzgerechte Waldbewirtschaftung mit natürlicher Baumartenzusammensetzung und langen Umtriebszeiten gewährleistet zukunftsfähige, stabile Wälder, welche auch einen nachhaltigen Holzertrag bringen. (siehe auch 10-Punkte-Aktionsplan Wald, von Ministerin Anja Siegesmund, TMUEN).

Grundsätzlich ist daher zu begrüßen, wenn für ThüringenForst als größter Waldbesitzer durch Erhöhung der Zuwendungen die Zwänge zur Eigenfinanzierung reduziert werden. Im Staatswald muss eine gemeinwohl-, natur- und Klimaschutzorientierte Bewirtschaftung Vorrang haben.

Eine Erhöhung der Zuwendungen an die Landesforstanstalt wird aber nur dann zur Bewältigung der Waldkrise beitragen, wenn die Zuwendungen auch an Kriterien für eine Waldbewirtschaftung gebunden sein, welche einen Paradigmenwechsel im Umgang mit den Wäldern einleiten.

In Zukunft müssen alle Maßnahmen in den Wäldern sich vordergründig an den natürlich ablaufenden Prozessen in mitteleuropäischen Laubwäldern orientieren. Das Leitbild ist immer die Natur! Dies bedeutet gleichzeitig, in allen Phasen der Waldentwicklung die forstlichen Aktivitäten und deren Auswirkungen auf das ökologische Netzwerk möglichst gering zu halten.

Das bedeutet u.a.:

- Erhöhung der Menge des Baumholzes auf 70% der Vorräte entsprechender Naturwälder
- Orientierung der Holzernte am Zieldurchmesser eines Baumes
- Reduktion der Zahl der Durchforstungen
- Reduktion der Befahrung der Waldböden und des Rückegassennetzes
- Integration von Biotopbäumen und Totholz
- Integration nutzungsfreier Flächen im Rahmen des 5 % Biodiversitäts - Zieles
- Regulierung der Wilddichte

Daher wird folgende Ergänzung im vorgelegten Gesetzentwurf gefordert:

§ 2 des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ vom 25. Oktober 2011 (GVBl. S. 273), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Absatz 2 erhält folgende Fassung:

(2) Die Landesforstanstalt bewirtschaftet den ihr übertragenen Staatswald als betriebliche Aufgabe nach Maßgabe des Thüringer Waldgesetzes in der Fassung vom 18. September 2008 (GVBl. S. 327) in der jeweils geltenden Fassung unter besonderer Beachtung der Allgemeinwohlbelange und nach den nationalen Waldbewirtschaftungsstandards des FSC. Dazu führt die Landesforstanstalt regelmäßig die FSC-Zertifizierung durch. Sie kann zur Wahrnehmung dieser Aufgaben Dritte beauftragen.

Begründung:

Mit der FSC-Zertifizierung wird nicht nur der notwendige Paradigmenwechsel zu einer ökologischeren Waldbewirtschaftung eingeleitet. Die FSC-Zertifizierung bietet auch ein anerkanntes Controlling-Instrument, welches gewährleistet, dass die eingesetzten staatlichen Mittel dem Ziel der Sicherung, sowie dem Ausbau der gemeinwohl-, natur- und klimaschutzorientierten Bewirtschaftung des Waldes als vordringliche Aufgabe im gesamtgesellschaftlichen Interesse nachprüfbar gerecht werden.

Stellungnahme zu Nr. 3: Bereitstellung von Mitteln für den Waldumbau

Für den Waldumbau insbesondere auf den kalamitätsgeschädigten Flächen sollen zusätzlich 11 Mio. Euro pro Jahr bis 2036 zur Verfügung gestellt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass nur durch entsprechende forstliche Unterstützungsmaßnahmen die Entwicklung klimaresilienter Wälder gewährleistet werden kann.

Diese Einschätzung widerspricht dem aktuellen waldökologischen Wissenstand. Gerade die aktuelle Waldkrise zeigt, wie riskant forstwirtschaftliche Eingriffe durch falsche Baumartenwahl und rein ertragsorientierte Bewirtschaftung für die Entwicklung stabiler Waldgesellschaften ist. Massive „Aufräumarbeiten“ und nachfolgende maschinelle Pflanzungen verhindern die ökologisch verträgliche Eigenentwicklung der Wälder und müssen daher unterbleiben.

Die Kalamitätsflächen sollen sich überwiegend von alleine zu resilienten Zukunftswäldern entwickeln. Dieser Entwicklung sind 10 Jahre Zeit zu geben ohne bodenschädigende maschinelle Räumung. Zusätzliche Pflanzung kann den Prozess unterstützen bzw. ergänzen. Neben dem ökologischen Vorteil der sukzessionalen Eigenentwicklung sind Finanzmittel in erheblichem Umfang einsparbar.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/686; Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau intensivieren, Antrag (Entschließung) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/1013; Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen, Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 7/724 - Neufassung - und Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken, Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/793											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Forstverein e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Thüringer Forstverein Geschäftsstelle</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Possentallee 54</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99706 Sondershausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Forstverein e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Forstverein Geschäftsstelle	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Possentallee 54	Postleitzahl, Ort	99706 Sondershausen
Name	Organisationsform										
Thüringer Forstverein e.V.	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Forstverein Geschäftsstelle										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Possentallee 54										
Postleitzahl, Ort	99706 Sondershausen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse										
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Siehe Anlage zu PK+3!	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Zustimmung Drucksache 7/868, eine Ergänzung - Ablehnung Vorlage 7/644 - Zustimmung Drucksache 7/724 - Zustimmung Drucksache 7/1013	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Sondershausen, d. 28.08.2020	

Anlage zu Pkt. 3

Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)

- Vorsorge für den heimatlichen Wald unter Wahrung der Nachhaltigkeit sowie von Erfordernissen des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes,
- Forstliche Fortbildung, insbesondere auch durch persönlichen Gedankenaustausch zur Verwirklichung einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft im Sinne des § 19 des Thüringer Waldgesetzes,
- Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich Forstwirtschaft und Waldökosysteme,
- Förderung von Heimatpflege und Heimatkunde durch Bewahrung des forstgeschichtlichen Erbes Thüringens.

THÜR. LANDTAG POST
31.08.2020 07:58
19979/2020

Thüringer Forstverein e.V. – Possenallee 54 – 99706 Sondershausen

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten

per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de



Thüringer Forstverein e.V.

– Geschäftsstelle –

Possenallee 54

D-99706 Sondershausen

E-Mail: thueringen@forstverein.de

28. August 2020

Anhörungsverfahren: Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

- Drucksache 7/868 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zur geplanten Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ Stellung nehmen zu dürfen.

Nach dem bisherigen Stand des Errichtungsgesetzes war eine kontinuierliche Abschmelzung des jährlichen Zuführungsbetrages aus dem Landeshaushalt für die Landesforstanstalt vorgesehen. Zum Zeitpunkt der damaligen Festlegung wurde davon ausgegangen, dass unter zu erwartenden durchschnittlichen Rahmenbedingungen diese Abschmelzung durch Effektivitätssteigerungen und die Etablierung neuer Geschäftsfelder sowie durch Personalabbau abgepuffert werden könnte. Inzwischen ist deutlich geworden, dass selbst bei durchschnittlichen Bedingungen infolge der Abschmelzung vor allem infolge des vorgenommenen realen Personalabbaus ein maßgeblicher Verlust der von der Landesforstanstalt erwarteten und im Errichtungsgesetz normierten Aufgaben und Leistungen in Qualität und Quantität verzeichnet werden musste. Dies wird verschärft durch die derzeitige Forstschutzsituation, in deren Folge es zu erheblichen Mindereinnahmen aufgrund der dramatischen Holzmarktlage und gleichzeitig erhöhten Personalaufwendungen, maßgeblich auch im Beratungs- und Betreuungsbereich, bei der Landesforstanstalt gekommen ist. Die erwarteten „Neuen Geschäftsfelder“ für ThüringenForst konnten bisher nur in sehr geringem Umfang wirtschaftliche Effekte erzielen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Politik nunmehr eine Trendwende in dieser Hinsicht vollziehen will. Wir sehen diese Trendwende in vielerlei Hinsicht als unumgänglich an:

Der Wald mit seinen vielfältigen Waldfunktionen bietet auf dem Wege der nachhaltigen Forstwirtschaft die Möglichkeit vielfältigen Nutzens für die Gesellschaft. Der Forstwirtschaft kommt dabei gleichzeitig die Rolle eines Moderators zu, der zwischen diesen vielfältigen, sich zum Teil widersprechenden Nutzungsansprüchen der Gesellschaft und den Waldeigentümern vermitteln kann. Infolge der bereits deutlich erkennbaren, maßgeblich klimatisch verursachten bzw. begünstigten dramatischen Änderungen in Thüringens Wäldern werden die Konflikte zwangsläufig erheblich zunehmen. Eine

stabile staatliche Forststruktur mit Gemeinschaftsforstämtern und Forstrevieren beherrschbarer Größe bilden aus unserer Sicht dafür eine entscheidende Basis. Dem "Förster", gemeint ist der Revierleiter, wird nach wie vor eine hohe Kompetenz von der Gesellschaft zuerkannt, wenn es um den Wald geht. Nur wenn er in der Lage ist, in seinem Revier allen erwarteten Aufgaben in sachgerechter Qualität nachzukommen, wird es möglich sein, die zukünftigen Aufgaben zu bewältigen. Die Forststruktur weiter zu "verschlanken" und statt dessen Parallelstrukturen mit Teilkompetenzen für den Wald aufzubauen, ergibt aus unserer Sicht überhaupt keinen Sinn. Das gilt insbesondere auch für die nichtmateriellen Leistungen des Waldes, deren Bedeutung für die Gesellschaft weiter zunehmen werden. Genannt seien nur Klimaschutz, Wasser- und Bodenschutz, Naturschutz usw.. Die gut ausgebildeten Forstleute haben auch dafür Kompetenz.

Wir sehen in der Bereitschaft der Politik, nunmehr aufgrund der besorgniserregenden Lage des Waldes und der Forstwirtschaft in Größenordnung mehr Geld zur Verfügung zu stellen, auch eine deutliche weitere Abwendung von der Kielwassertheorie, nach der durch die Holzproduktion die nichtmateriellen Leistungen quasi im Kielwasser mit erbracht werden können. Von der Gesellschaft erwartete Leistungen müssen auch finanziell von der Gesellschaft honoriert werden. Dieses Erkenntnis, die in anderen Ressorts bereits Gang und Gäbe ist, scheint jetzt auch endlich Einzug in der Forstwirtschaft zu halten.

Aus diesen Gründen findet der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN (**Drucksache 7/868**) unsere ausdrückliche Unterstützung. Allerdings sollte ein Teil der in Nr. 3 genannten Zuführung an die Landesforstanstalt zur Bewältigung des Waldumbaus (jeweils 11 Mio. Euro in den Jahren 2019 bis 2022) auch direkt in flächenwirksame Maßnahmen Eingang finden, falls dafür auch weiterhin keine Fördermittel durch ThüringenForst in Anspruch genommen werden können.

Entgegen des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (**Vorlage 7/644**) sehen wir in der erweiterten Kreditaufnahmemöglichkeit für ThüringenForst keinen "Verstaatlichungsmechanismus". Nach unserer Einschätzung wird es nicht zu einem großflächigen Eigentumswechsel in Richtung Staatswald kommen. Allerdings können auf diese Weise Einzelfalllösungen zur Verbesserung der Forststruktur erreicht werden, die durch hoheitliches Handeln nur mit immensem Aufwand und unklarem Ergebnis erreichbar wären. Unklare Eigentumsverhältnisse sind aus unserer Sicht ein Haupt- Hemmnis im Forstschutz, wenn es auf schnelles Handeln ankommt. Hier braucht es zukünftig wirksame forstpolitische Instrumente, da sich die Situation Jahr für Jahr verschärft. Diese Vorlage wird von uns daher abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der CDU (**Drucksache 7/724**) findet ebenfalls unsere Zustimmung. Eine konkrete finanzielle Untersetzung des Aktionsplanes Wald 2030 beispielsweise durch ein Sondervermögen schafft Rechtssicherheit für die notwendigen Investitionen und setzt ein deutliches Zeichen, dass es sich vorliegend nicht nur um kurzfristige politische Versprechen handelt. Die Waldbesitzer brauchen Planungssicherheit für mindestens zehn Jahre. Gerade für die notwendige Aufforstung und Pflege der großflächigen Schadflächen müssen auch im forstlichen Unternehmerbereich Investitionen und Neugründungen erfolgen.

Die Idee der "Kohlendioxid-Bindungsprämie" für alle Waldbesitzer wird von ebenfalls sehr positiv gesehen, weil wir darin ein einfaches und dauerhaftes Unterstützungsinstrument sehen.

Der vorliegende Antrag (Drucksache 7/793) geht in die gleiche Richtung und wird von uns daher auch unterstützt.

Der Thüringer Forstverein teilt die in der vorliegenden Entschließung (**Drucksache 7/1013**) getroffenen Einschätzungen und Forderungen. Insbesondere die Forderung nach einer möglichst einfach gestalteten Unterstützung für Waldbesitzer wird von uns nachdrücklich unterstützt. Sehr positiv sehen wir in diesem Antrag auch die Erwähnung der Situation der Holzverarbeitenden Industrie. Falls hier im Zusammenhang mit vorgesehenen Strukturhilfemaßnahmen eine Verbesserung der Struktur auf der Holzabnehmerseite möglich wäre, könnte dadurch ebenfalls ein Stück Katastrophenvorsorge betrieben werden. Aus unserer Sicht wurde hier speziell in Thüringen zu sehr auf große Strukturen gesetzt und eine Unterstützung mittlerer Holzverarbeitender Betriebe vernachlässigt. Dezentrale Holzabnehmer würden ebenfalls zu einer Verringerung von Rohholztransporten und damit zur CO₂- Vermeidung beitragen.

Mit freundlichen Grüßen

(Vorsitzender) |

Anlagen: Erklärungen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst", Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Thüringer Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbezirksinhaber</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Alfred-Hess-Straße 8</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbezirksinhaber	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred-Hess-Straße 8	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbezirksinhaber	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred-Hess-Straße 8									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs									
- Zum Dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst" Drs. 7/868 dazu Drs. 7/644; - Förderung des Privat- und Kommunalwaldes bei der Bewältigung der Forstkalamität und beim Waldumbau Intensivieren Drs. 7/1013; - Gemeinwohl- und Klimaschutzleistungen des Waldes würdigen - Wälder und Waldbesitzer nachhaltig unterstützen Drs. 7/724; - Wälder in Thüringen erhalten und schützen, Waldbesitzer sowie das Cluster Forst und Holz in der Krise stärken Drs. 7/793									
1.	bei natürlichen Personen <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> </table> bei juristischen Personen <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> </table>	Name	Vorname			Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein
Name	Vorname								
Name	Organisationsform								
Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein								
2.	bei natürlichen Personen Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.) <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 30%;">Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table> bei juristischen Personen Geschäfts- oder Dienstadresse <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 30%;">Straße, Hausnummer</td> <td>Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort		Straße, Hausnummer	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Straße, Hausnummer									
Postleitzahl, Ort									
Straße, Hausnummer	Richard-Breslau-Straße 14								
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt								
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person								
Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf									

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags <input type="checkbox"/> Zustimmung zum Gesetzentwurf <input type="checkbox"/> Ablehnung des Gesetzentwurfs <input type="checkbox"/> weitere Angaben: Konstruktive Bewertung des Gesetzentwurfes mit Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen.
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative Anlass der Stellungnahme Form der Stellungnahme <input type="checkbox"/> schriftlich <input type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu. <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein

☐ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Erfurt, Datum	11.12.2020	Unterschrift	
---------------	------------	--------------	--

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

Diskussionsforum

des Thüringer Landtags

Anlage

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/868-

Welche grundsätzliche Auffassung vertreten Sie zum Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ in Drucksache 7/868?

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag/Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte
11. September 2020	Wolfgang Keller* Rentner	Ich bin mit dem Antrag voll...	Meine volle Zustimmung zum Antrag.

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilddokG nicht in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht.